

# Die gesetzgeberische Tätigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR und die Entwicklung der Sowjetexekutive von 1949 bis 1953

von Boris Meissner

*Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg*

## Die verfassungsändernde Gesetzgebung des Obersten Sowjets der UdSSR während seiner dritten Legislaturperiode

Die letzte Neuwahl des Obersten Sowjets der UdSSR hat im März 1950 stattgefunden. Seitdem ist das sowjetische „Bundesparlament“ nur zu vier kurzen Tagungen zusammengetreten. Die I. Tagung fand vom 12. bis zum 19. Juni 1950, die II. Tagung vom 6. bis zum 10. März 1951, die III. Tagung vom 5. bis zum 8. März 1952 und die IV. Tagung am 15. März 1953 statt. Da die dritte Legislaturperiode des Obersten Sowjets in diesem Jahre abläuft, kann bestenfalls noch eine ordentliche Tagung des sowjetischen „Bundesparlaments“ erwartet werden.

Obgleich der Oberste Sowjet der UdSSR im sowjetischen Staatsaufbau nur rein dekorative Funktionen zu erfüllen hat, kommt seiner gesetzgeberischen Tätigkeit eine beschränkte verfassungspolitische Bedeutung zu, da sie den gesetzgeberischen Akten der Sowjetexekutive eine gewisse Scheinlegalität verleiht. Vor allem gilt dies für jene gesetzgeberischen Akte, die eine Aenderung der formellen und materiellen Rechtsverfassung der UdSSR bewirken. Die Aenderungen der formellen Rechtsverfassung betrafen wie in den vorhergehenden Jahren vor allem Veränderungen in der administrativ-territorialen Gliederung und der zentralen Verwaltung des Sowjetstaates. Der Inhalt der entsprechenden Verfassungsnovellen wird im Anhang auf S. 5711

bis 5714 wiedergegeben. Besondere Bedeutung kam der letzten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 15. März 1953 zu, die unmittelbar nach dem Tode Stalins stattfand. Das sowjetische „Bundesparlament“ bestätigte den gemeinsamen Beschluß seines Präsidiums, des Ministerrates (MR) der UdSSR und des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU vom 6. März 1953 sowie die sonstigen Maßnahmen, die von der neuen Sowjetregierung unter G. M. Malenkow im staatlichen Bereich getroffen worden waren. Der scheinparlamentarische Charakter der gesetzgeberischen Tätigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR kam darin klar zum Ausdruck, daß die zahlreichen Veränderungen, die in der verwaltungsgebietlichen Gliederung der Sowjetunion im Verlauf des Jahres 1952 durchgeführt worden waren, keinerlei Beachtung fanden. Dabei erforderten diese Veränderungen genau so eine Aenderung der sowjetischen Bundesverfassung wie die Umbildung der Ministerien. Da anzunehmen ist, daß der Oberste Sowjet der UdSSR das Versäumte auf einer seiner nächsten Tagungen nachholen wird, soll in der folgenden Darstellung nur auf jene Aenderungen der formellen Rechtsverfassung näher eingegangen werden, welche die Ministerien und sonstigen Zentralverwaltungen betreffen.

## Die Reorganisation der Regierungsspitze und die Reform der Bundesverwaltung nach dem Tode Stalins

Der Beschluß vom 6. März 1953, der von dem Obersten Sowjet der UdSSR am 15. März 1953 bestätigt wurde, ist vor allem darum bedeutsam, weil er eine Reorganisation der Regierungsspitze vorsieht, die eine grundlegende Aenderung der materiellen Rechtsverfassung der UdSSR darstellt.

Die entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses, die sich auf den staatlichen Bereich beziehen, hatten folgenden Wortlaut (*Prawda* vom 7. März 1953):

### „I. Ueber den Vorsitzenden und die Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR:

1. Zum Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR wird G. M. Malenkow ernannt.
2. Zu den Ersten Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR werden  
L. P. Berija, W. M. Molotow, N. A. Bulganin und  
L. M. Kaganowitsch ernannt.



## II. Ueber das Präsidium des Ministerrats der UdSSR:

1. Es wird als notwendig angesehen, im Ministerrat der UdSSR statt zweier Organe, das Präsidium und das Büro des Präsidiums, ein Organ, das Präsidium des Ministerrats der UdSSR, zu haben.
2. Es wird bestimmt, daß das Präsidium des Ministerrats der UdSSR aus dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und den Ersten Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR besteht.

## III. Ueber den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR:

Als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wird K. E. Woroschilow empfohlen unter gleichzeitiger Entbindung N. M. Schwerniks von dieser Funktion.

## Ueber den Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR:

1. Zum Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wird N. M. Pegow ernannt unter seiner gleichzeitigen Freistellung von den Funktionen eines Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.
2. Der gegenwärtige Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. F. Gorkin, wird zum Stellvertreter des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR ernannt.“

Die obersten Organe der Sowjetexekutive sind das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR — das kollegial organisierte Staatsoberhaupt der Sowjetunion — und der Ministerrat der UdSSR — die Sowjetregierung.

Das Präsidium des Obersten Sowjets war vom Obersten Sowjet der UdSSR auf seiner I. Tagung in der dritten Legislaturperiode im Bestande von einem Vorsitzenden, sechzehn Stellvertretenden Vorsitzenden, einem Sekretär und fünfzehn Mitgliedern gewählt worden.

Der Sekretär des Präsidiums übte zugleich die Funktion eines Leiters der Präsidialkanzlei aus. Die Präsidialkanzlei war aus der Verwaltung für laufende Angelegenheiten (Uprawnienje Delami) des Präsidiums hervorgegangen, die am 10. Juni 1947 in eine Kanzlei (Kanzeljarija) des OS-Präsidiums umbenannt worden war. Die neue personelle Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR ist aus dem Anhang auf S. 5707—5708 zu ersehen. Bemerkenswert ist vor allem die Ernennung des Marschalls K. E. Woroschilow an Stelle von N. M. Schwernik zum nominellen Staatsoberhaupt der Sowjetunion. In dieser Ernennung kann man, abgesehen von innerpolitischen Erwägungen, eine Reaktion gegen die Wahl General Eisenhower zum amerikanischen Staatspräsidenten sehen. Nunmehr wird auch der Sowjetstaat an seiner Spitze durch einen Soldaten repräsentiert. Im institutionellen Aufbau des Präsidiums ist durch die Schaffung des Amtes eines Stellvertretenden Sekretärs eine gering-

fügige Aenderung bewirkt worden, die im Art. 48 der formellen Verfassung, in dem der genaue Bestand des Präsidiums festgelegt ist, keinen Niederschlag gefunden hat. Das Motiv, das die Neubildung veranlaßt hat, ist leicht zu erkennen. Zum neuen Sekretär des Präsidiums ist der bisherige ZK-Sekretär N. M. Pegow, ein naher Mitarbeiter Malenkows, ernannt worden. Ihm dürfte die Aufgabe zufallen, von der Partei aus ein Gegengewicht gegenüber dem Marschall Woroschilow zu bilden und die Kontrolle über das Präsidium auszuüben, dem auf Grund der formellen Verfassung sehr weitgehende Befugnisse zufallen. Der bisherige Sekretär des Präsidiums, A. F. Gorkin, wurde zum Stellvertreter Pegows ernannt, da seine genauen Kenntnisse der Routinegeschäfte und des Protokolls anscheinend nicht entbehrt werden konnten.

Es ist möglich, daß Gorkin auch das Amt eines Leiters der Präsidialkanzlei beibehalten hat.

Viel weitgehendere Veränderungen haben im institutionellen Aufbau der Regierungsspitze stattgefunden, die nur teilweise in der Aenderung des Art. 70 der formellen Verfassung zum Ausdruck gekommen sind, in dem die Zusammensetzung des Ministerrats der UdSSR behandelt wird. Bisher war neben dem Ministerpräsidenten nur von gewöhnlichen Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats die Rede. Bei dem großen Umfange des Ministerrats der UdSSR, dem 1952 allein 52 Minister angehörten, bildete das Gremium der Stellvertretenden Ministerpräsidenten, das 1952 14 bis 15 Mitglieder umfaßte, die eigentliche Sowjetregierung. Wir haben auf die Bedeutung dieses Gremiums, das als Institution in der formellen Verfassung gar nicht vorgesehen war, bereits in der Abhandlung über die Entwicklung der Ministerien in Rußland hingewiesen und ihm die Bezeichnung „Kleiner Ministerrat“ gegeben. (Vgl. Europa-Archiv 2/1948, S. 1149 ff., 3/1948, S. 1201 ff. und 4/1948, S. 1255 ff.). Aus dem Beschluß vom 6. März 1953 geht erstmalig hervor, daß dieses Gremium offiziell als Präsidium des Ministerrats (MR-Präsidium) bezeichnet wird. Es umfaßt nunmehr neben dem Ministerpräsidenten (als Vorsitzendem) eine im neugefaßten Art. 70 nicht näher bestimmte Anzahl von Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und gewöhnlichen Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Wenn man das MR-Präsidium mit dem ZK-Präsidium vergleicht, so könnte man die Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten als die Vollmitglieder und die gewöhnlichen Stellvertretenden Ministerpräsidenten als die Kandidaten bezeichnen. Zum Unterschied von dem in der Parteisatzung aufgeführten Parteipräsidium ist das Regierungspräsidium als Institution auch in der am 15. März 1953 geänderten Bundesverfassung nicht verankert. Durch den Beschluß vom 6. März 1953 wurde das bisherige MR-Präsidium von fünfzehn



Mitgliedern auf fünf verkleinert. Mit einem gewissen Recht ist das neue MR-Präsidium mit dem Staatskomitee für Verteidigung (GKO) aus der Kriegszeit verglichen worden, das als Kriegskabinet einen Aktionsausschuß des Politbüros darstellte. Da das Politbüro in der Form des verkleinerten ZK-Präsidiums wiederhergestellt worden ist, hatte man zunächst den Eindruck, daß das Direktorium der Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten dazu bestimmt war, der Regierungsgewalt und Entscheidungsfreiheit des neuen Sowjetdiktators Grenzen zu setzen.

Wir wissen nicht, ob diese „Direktorialverfassung“ dem letzten Willen *Stalins* entsprach und von diesem im Falle seines Hinscheidens als Dauereinrichtung gedacht war. *Malenkow* ist es verhältnismäßig leicht gelungen, die seinen Machtbefugnissen gesetzten Schranken zu lockern und eine verfassungsrechtliche Verfestigung der neuen Institution zu verhindern. Die am 15. März 1953 erfolgte Ernennung *Mikojans* zum gewöhnlichen Stellvertretenden Ministerpräsidenten zeigt, daß in Kürze mit einer wesentlichen personellen Erweiterung des MR-Präsidiums gerechnet werden kann, das damit den Charakter eines Direktoriums endgültig verlieren würde. Es spricht vieles dafür, daß *Malenkow* in der „Direktorialverfassung“ von vornherein nur eine Uebergangslösung gesehen hat, die ihm die Möglichkeit bot, den Einfluß *Molotows*, der neben ihm die größten Chancen gehabt hatte, Nachfolger *Stalins* zu werden, einzudämmen. Dieser hatte seit 1930 ununterbrochen an der Spitze des Staatsapparates gestanden. Er war bis zum Frühjahr 1941 Regierungschef und von da ab der alleinige Erste Stellvertreter *Stalins* im staatlichen Bereich. Er stand damit an der Spitze des Regierungspräsidiums und verfügte im Büro des MR-Präsidiums über eine eigene Kanzlei, der die Verwaltung für laufende Angelegenheiten (*Uprawlenije Delami*) des Ministerrates der UdSSR untergeordnet war. Durch den Beschluß vom 6. März 1953 wurde nicht nur *Malenkow* zum Ministerpräsidenten ernannt, sondern auch die bisherige Sonderstellung *Molotows* beseitigt. An die Stelle eines Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten traten vier Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten, wobei dem mit *Malenkow* eng verbundenen Marschall *Berija* im Verhältnis zu *Molotow* der Vorrang zufiel. Die Befugnisse des bisherigen Büros des MR-Präsidiums dürften einerseits von der Privatkanzlei *Malenkows*, andererseits von der Verwaltung für laufende Angelegenheiten des Ministerrates der UdSSR übernommen worden sein. Die Privatkanzlei *Malenkows* wird mit derjenigen *Stalins* weitgehend identisch sein, wobei anzunehmen ist, daß ihre Leitung bei dem früheren Kollegen *Malenkows*, *A. N. Poskrebyschew*, verblieben ist. Die Verwaltung für laufende Angelegenheiten des Minister-

rats der UdSSR, die bisher von *M. T. Pomasnew* geleitet wurde, dürfte als Kanzlei reorganisiert werden. Es ist möglich, daß diese Aufgabe dem bisherigen ZK-Sekretär *N. G. Ignatow* zugefallen ist, der laut Beschluß vom 6. März 1953 „im Zusammenhang mit der Uebernahme leitender Arbeit im Ministerrat der UdSSR“ von seinem bisherigen Amt befreit wurde. Zum Unterschied von seinem zum gleichen Zweck freigestellten Kollegen *Ponomarenko* ist *Ignatow* als Minister nicht in Erscheinung getreten. Obgleich es *Malenkow* gelungen ist, *Molotow* auf das Außenministerium zu beschränken, verfügt er vorläufig noch nicht über die Machtfülle *Stalins*, da die unmittelbare Kontrolle über die Sowjetwehrmacht von Marschall *Bulganin* ausgeübt wird, der neben *Malenkow* und *Berija* als der stärkste Mann im Regierungspräsidium anzusehen ist. Zwei Maßnahmen haben es *Malenkow* ermöglicht, seine Führerstellung weiter zu festigen. Die erste Maßnahme war die Reorganisation des ZK-Sekretariats und die Abgabe des Amtes eines Generalsekretärs (1. Sekretärs) der Partei an seinen bisherigen Stellvertreter im parteilichen Bereich, *N. S. Chruschtschew*. Auf diese Maßnahme wird bei der Betrachtung der Entwicklung der Partei noch näher einzugehen sein. Sie bot *Malenkow* die Möglichkeit, den entscheidenden Schwerpunkt seiner Regierungstätigkeit im staatlichen Bereich zu bilden, der bisher zum Unterschied vom Parteiapparat nur teilweise seiner Kontrolle zugänglich war.

Die zweite Maßnahme, deren innerpolitische Bedeutung erst im Zusammenhang mit dieser Schwerpunktbildung deutlich erkennbar geworden ist, betraf die Reform der Bundesverwaltung, die mit dem Beschluß vom 6. März 1953 in die Wege geleitet und mit dem Gesetz über die Umbildung der Ministerien vom 15. März 1953 zu einem vorläufigen Abschluß gebracht wurde. Die Notwendigkeit der Verwaltungsreform wurde von *Malenkow* in seiner Regierungserklärung vor dem Obersten Sowjet der UdSSR mit folgenden Worten begründet (*Iswestija* vom 16. März 1953):

„Es muß gesagt werden, daß die Maßnahmen zur Zusammenlegung der gegenwärtig bestehenden Ministerien und zur Vereinigung der Leitung verwandter Zweige der Volkswirtschaft, der Kultur und der Verwaltung in je einem Ministerium nicht erst heute herangereift sind. Sie wurden bereits seit längerer Zeit, noch zu Lebzeiten des Genossen *Stalin*, von unserer Partei und der Regierung gemeinsam mit ihm erwogen. Jetzt, angesichts des schweren Verlustes, den unser Land erlitten hat, haben wir die Durchführung der herangereiften organisatorischen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Leitung der staatlichen und der wirtschaftlichen Tätigkeit lediglich beschleunigt. Wenn wir diese Maßnahmen vorschlagen, gehen wir davon aus, daß man noch aktiver für die Realisierung der von Partei und Regierung ausgearbeiteten Pläne für die weitere Entwicklung der



UdSSR kämpfen und diese Pläne noch aktiver und erfolgreicher verwirklichen muß.

Wir gehen davon aus, daß die Durchführung der organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Verbesserung der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung, die dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Prüfung vorgelegt werden, zweifellos bessere Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung der unserem Lande gestellten historischen Aufgaben der weiteren unermüdlichen und allseitigen Festigung unseres großen sozialistischen Nationalitätenstaates, der Stärkung der mächtigen Sowjetwehrmacht zur Gewährleistung der Verteidigung und Sicherheit unserer Heimat, der weiteren umfassenden Entwicklung der sozialistischen Industrie und der Festigung der Kolchosordnung, der Entwicklung der Kultur und der Hebung des Wohlstandes der Arbeiter, Kolchosbauern und Geistesschaffenden, aller Sowjetmenschen, der Gewährleistung eines erfolgreicherer Vorwärtsschreitens auf dem Wege des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande schaffen wird.

Wir haben die Möglichkeit, die Reorganisation zur Zusammenlegung der Ministerien erfolgreich durchzuführen und alle ihre Vorzüge zu realisieren, da wir über bedeutend stärkere Kader verfügen, die reiche Erfahrungen erworben haben und die Leitung der zusammengelegten Ministerien zu übernehmen imstande sind.“

Es ist durchaus möglich, daß die von Malenkow durchgeführte Verwaltungsreform bereits zu Lebzeiten Stalins erwogen worden ist. In gewisser Hinsicht stellt sie die Fortsetzung der Maßnahmen dar, die in Verbindung mit der Reform der Parteiverwaltung 1949 auch im staatlichen Bereich getroffen wurden. Die Initiative wird bereits damals bei Malenkow gelegen haben, der eine Reorganisation der Parteiverwaltung auf der Grundlage des produktions-territorialen Verwaltungsprinzips durchführte. Dieses Prinzip war von L. M. Kaganowitsch, der nunmehr als der vierte Erste Stellvertretende Ministerpräsident dem Regierungspräsidium angehört, 1934 sowohl im staatlichen als auch im parteilichen Bereich verwirklicht worden, während Shdanow 1939 eine Reform der Parteiverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des funktionalen Verwaltungsprinzips vornahm. Der Aufbau der Parteiverwaltung auf produktions-territorialer Grundlage legte eine stärkere Zusammenfassung der Staatsverwaltung nahe,

wie sie bis 1939 bestanden hat. Der Zusammenhang zwischen beiden Reformen ist im wirtschaftlichen Bereich, wie wir noch später sehen werden, besonders deutlich erkennbar.

Auf die Vorzüge und Nachteile des produktions-territorialen Verwaltungsprinzips haben wir bereits an anderer Stelle hingewiesen. Abgesehen von verwaltungspolitischen Erwägungen gibt die Zusammenfassung der Bundesbehörden Malenkow die Möglichkeit, weitgehende personelle Veränderungen im Staatsapparat vorzunehmen. Wie die neue Zusammensetzung des Ministerrats der UdSSR zeigt (vgl. Anhang auf S. 5709—5711), gehören zu den „stärkeren Kadern“, die für die Leitung der zusammengelegten Ministerien in Frage kommen, entweder alte bewährte Fachleute, die aus der Schule Kaganowitsch hervorgegangen sind, wie beispielsweise *Malyschew*, *Tewossjan*, *Ustinow*, oder Malenkow treu ergebene Mitarbeiter aus der Moskauer Parteizentrale, wie *Ponomarenko*, *Kossjatschenko* und *Koslow*. Der Anteil der ausgesprochenen Parteigänger Malenkows, der „Malenkowzy“ (Malenkow-Leute) in den einzelnen Ressortverwaltungen dürfte nach der Reform eine weitgehende Steigerung erfahren.

Auch von den reinen Fachleuten dürfte eine ganze Reihe zu den „Malenkowzy“ gerechnet werden, so z. B. die Mitglieder des neuen ZK-Präsidiums *Perwuchin* und *Saburow*.

Der Staatsapparat besitzt in der Sowjetunion nicht die Geschlossenheit der Parteorganisation und kann sie bei der Verschiedenheit der Dimensionen auch gar nicht haben. Im staatlichen Bereich besitzen die Staatspolizei, die Wehrmacht und der Auswärtige Dienst eine weitgehende Selbständigkeit. Die Reform der Bundesverwaltung ermöglicht es Malenkow, jene Teilbereiche fest in seine Hand zu bekommen, die der unmittelbaren Kontrolle des Ministerpräsidenten sowieso zugänglich sind. Erst wenn ihm dies in vollem Umfange gelungen ist, dürfte er sich jenen Teilbereichen zuwenden, die zunächst der Kontrolle jener Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten unterstehen, die zu ihm in keinem so engen Vertrauensverhältnis stehen wie Berija und Kaganowitsch.

### Die Entwicklung der Ministerien und der außerministeriellen Zentralverwaltungen

Die große Reform der Staats- und Parteiverwaltung im Jahre 1934 ist unter der Devise „Zentralisation der Leitung und Dekonzentration der Verwaltung“ durchgeführt worden. Gleichzeitig wurde mit dem Prinzip der einheitlichen Befehlsgewalt (Jedynotschalije) der Grundsatz der uneingeschränkten Einzelleitung in der gesamten Verwaltung eingeführt. Der „demokratische“ Zentralismus und das monokratische Führerprinzip sind seitdem zusammen mit dem Planprinzip die entscheidenden Or-

ganisationsgrundsätze des stalinistischen Herrschaftssystems geblieben. Nach dem Tode Stalins hat nur eine geringfügige Modifizierung des Führerprinzips stattgefunden. Auch die Reformen Shdanows und Malenkows sind von diesen drei bestimmenden Organisationsgrundsätzen des totalitären Sowjetstaates ausgegangen. Sowohl bei der Reform von 1939 als auch bei den späteren Reformen der Nachkriegszeit hat in Verbindung mit der Auseinandersetzung zwischen dem funktionalen und produktions-



territorialen Verwaltungsprinzip hauptsächlich nur die Frage nach der Uebereinstimmung des verwaltungsmäßigen Aufbaus des Staats- und Parteiapparats sowie nach dem Ausmaß der verwaltungsmäßigen Dekonzentration zur Diskussion gestanden.

Lag von 1939 bis 1948 im staatlichen Bereich die Tendenz zu einer immer weitgehenderen Dekonzentration der zentralen Staatsverwaltung vor, so setzte nach dem Tode Sjdanows 1948 ein entgegengesetzter Prozeß ein (vgl. nachfolgende Tabelle).

#### Die Bundesministerien der UdSSR 1934 bis 1953

(Gliederung nach der Organisationsform)

	1934	1936	1938	1941	1947	1949	1952	1953 (März)
Allunionistische Ministerien (Zentralisierte Ministerien)	12	8	11	25	36	29	30	12
Unions-republikanische Ministerien (koordinierte Ministerien)	3	10	10	16	23	20	22	13
	15	18	21	41	59	49	52	25

Dieser Konzentrationsprozeß, der nunmehr von Malenkow gefördert wurde, verfolgte nicht den Zweck, die Verwaltungsdekonzentration als solche zu beseitigen. Sie sollte nur eingeschränkt werden, um den Partei- und Staatsapparat in verwaltungsmäßiger Hinsicht besser aufeinander abzustimmen und mit Hilfe einer weitgehenden Rationalisierung die Effektivität der Verwaltung allgemein zu steigern.

Nach den Aufgabengebieten lassen sich bei den Bundesministerien politisch-administrative, wirtschaft-

liche und kulturell-soziale Ministerien unterscheiden, auf die im Zusammenhang mit den Auswirkungen der neuen Verwaltungsreform noch näher eingegangen werden soll. Entwicklungsmäßig läßt sich feststellen (vgl. nachfolgende Tabelle), daß der Anteil der politisch-administrativen und kulturell-sozialen Bundesministerien an der Gesamtzahl der Ministerien im Zuge des Konzentrationsprozesses seit 1949 gewachsen ist und dem Verhältnis im Jahre 1936 nahe kommt.

#### Die Bundesministerien der UdSSR 1934 bis 1953

(Gliederung nach dem Aufgabengebiet)

	1934	1936	1938	1941	1947	1949	1952	1953 (März)
Politisch-administrative	3	5	6	7	6	6	7	5
Wirtschaftliche	12	12	14	33	49	39	41	18
Kulturell-soziale	—	1	1	1	4	4	4	2
	15	18	21	41	59	49	52	25

Die Entwicklung der Bundesministerien läßt sich verhältnismäßig leicht verfolgen, da die entsprechenden Umbildungen Änderungen der formellen Rechtsverfassung nach sich ziehen. Bedeutend schwieriger ist dies bei den außerministeriellen Zentralverwaltungen, die uns unter den Bezeichnungen Kommissionen, Staatskomitees, Räte, Komitees und Hauptverwaltungen entgegentreten. Von diesen außerministeriellen Zentralverwaltungen gehören nur einzelne dem Ministerrat unmittelbar an und sind im Artikel 70 der Verfassung aufgeführt. Für die anderen gilt nur die allgemein gefaßte Bestimmung des Artikels 68 Punkt f:

„Der Ministerrat der UdSSR bildet, falls notwendig,

besondere Komitees und Hauptverwaltungen beim Ministerrat der UdSSR für Angelegenheiten des Aufbaus der Wirtschaft, der Kultur und der Verteidigung.“

Wir haben uns bemüht, in der nachfolgenden Uebersicht einen Ueberblick über die Entwicklung dieser außerministeriellen Zentralverwaltungen seit 1941 zu geben, zumal sie zu einem großen Teil den Bundesministerien an Bedeutung keineswegs nachstehen und entwicklungsmäßig die Vorstufe zahlreicher Ministerien gebildet haben. Bei der näheren Betrachtung der Auswirkungen der letzten Verwaltungsreform soll neben den Ministerien auch auf die außerministeriellen Zentralverwaltungen näher eingegangen werden.



## Die außerministeriellen Zentralverwaltungen der UdSSR 1941 bis 1953

Bezeichnung der Zentralverwaltung	Gründungs- datum	Organisatorische Veränderungen 1941 bis 1953	Stand nach der Verwaltungsreform vom März 1953
Staatliche Plankommission der UdSSR (GOSSPLAN)	23. 1. 1930 verselbständigt	9. 1. 1948 in Staatliches Plan- komitee umgewandelt	Besteht als Staatliches Plankomitee (GOSSPLAN) weiter
Hauptverwaltung des Nörd- lichen Seeweges (Glawsewmor- putj, GUSMP)	17. 12. 1932		15. 3. 1953 in Ministerium für See- und Binnenschifffahrt ein- gegliedert
Hauptverwaltung der Zivilen Luftflotte	25. 2. 1932	Sommer 1948 in das Wehrmächts- ministerium eingegliedert	Bestandteil des Verteidigungs- ministeriums
Komitee für Radio und Funk- wesen	31. 1. 1933		15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Telegraphen-Agentur der So- wjetunion (TASS)	15. 1. 1935 reorganisiert		Besteht als selbständige ZV weiter
Akademie der Wissenschaften der UdSSR	23. 11. 1935 reorganisiert		Besteht als selbständige ZV weiter
Komitee für Kunstangelegen- heiten	17. 1. 1936		15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Komitee für Hochschulangele- genheiten	21. 5. 1936	10. 4. 1946 in Ministerium für Hochschulbildung umgewandelt	15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Komitee für Sport und Leibes- übungen	21. 6. 1936		Besteht als selbständige ZV weiter, soweit nicht dem Gesundheits- ministerium eingegliedert
Hauptverwaltung für Forst- schutz und Waldanpflanzung		14. 10. 1948 als Hauptverwaltung für Aufforstung reorganisiert	Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für Hydro- meteorologischen Dienst (GUGMS)	14. 11. 1936		Besteht als selbständige ZV weiter
Verwaltung des Moskau- Wolga-Kanals	1937		Dürfte nunmehr dem Ministerium für See- und Binnenschifffahrt angehören
Hauptkomitee der Landwirt- schaftlichen Allunionsausstel- lung	1937		Dürfte nunmehr dem Landwirt- schaftsministerium angehören
Verwaltung der Staatsbank	15. 1. 1938 verselbständigt	4. 6. 1946 in das Finanzministe- rium eingegliedert	Bestandteil d. Finanzministeriums
Komitee für Filmwesen	23. 3. 1938	20. 3. 1946 in ein Ministerium für Filmwesen umgewandelt	15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Verwaltung für Staatliche Re- serven (vom 17. 10. 1931 bis 20. 8. 1939 Komitee der Re- serven)	20. 8. 1939 reorganisiert	4. 5. 1946 in die Ministerien für Lebensmittel und Materialreser- ven umgewandelt, die am 23. 7. 1948 zu einem Ministerium für Staatliche Lebensmittel und Mate- rialreserven vereinigt wurden, das am 14. 3. 1951 aufgelöst wurde.	Bestandteil des GOSSPLAN
Komitee für Maße und Ge- wichte	5. 9. 1938		Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für Geodätik und Kartenwesen (GUCK)	14. 9. 1938		Besteht als selbständige ZV weiter
Komitee für geologische An- gelegenheiten	23. 3. 1939	14. 6. 1946 in das Ministerium für Geologie umgewandelt	Nach Auflösung des Ministeriums für Geologie 15. 3. 1953 Funktio- nen an Ministerien der Grund- stoff- und Förderindustrie über- tragen



Bezeichnung der Zentralverwaltung	Gründungs- datum	Organisatorische Veränderungen 1941 bis 1953	Stand nach der Verwaltungsreform vom März 1953
Staatsarbitrage (Gossarbitrash)	3. 5. 1939 reorganisiert		Besteht als selbständige ZV weiter, soweit nicht dem Justizministe- rium eingegliedert
Umsiedlungsverwaltung	4. 9. 1939 verselbständigt		Besteht als selbständige ZV weiter
Komitee für Standards (Vom 9. 7. bis 19. 10. 1940 Komitee für Standardisierung)	9. 7. 1940		Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für militä- rische Bauten (Glawwoenprom- stroj)	1940	19. 1. 1946 in Ministerium für den Bau von Kriegs- und Kriegsmarine- betrieben umgewandelt, das am 9. 3. 1949 in das Ministerium für den Bau von Maschinenbaubetrie- ben eingegliedert wurde	Ministerium für den Bau von Maschinenbaubetrieben 15. 3. 1953 in Ministerium für Bauwesen ein- gegliedert
Hauptverwaltung für Sulfid- spiritus und Hydrolysen- industrie	1940	29. 7. 1948 in Ministerium für Holz- und Papierindustrie ein- gegliedert	Dürfte auch weiterhin dem neuen Ministerium für Holz- und Papier- industrie angehören
Hauptverwaltung für Arbeits- reserven	2. 10. 1940	15. 5. 1946 in Ministerium für Arbeitsreserven eingegliedert	Ministerium für Arbeitsreserven 15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Komitee für Erfassung und Verteilung der Arbeitskräfte	1941	15. 5. 1946 in Ministerium für Arbeitsreserven eingegliedert	Ministerium für Arbeitsreserven 15. 3. 1953 in Kultusministerium eingegliedert
Komitee für Stalin-Prämien auf dem Gebiete der Wissen- schaft, des Wehrwesens und der Erfindungen	26. 3. 1941		Besteht als selbständige ZV weiter
Komitee für Stalin-Prämien auf dem Gebiete der Kunst und Literatur	26. 3. 1941		Besteht als selbständige ZV weiter
Staatliche Etat-Kommission	5. 6. 1941 verselbständigt		Besteht als selbständige ZV weiter
Kommission betr. Befreiung und Aufschub vom Militä- rdienst	1941		Dürfte nunmehr dem Verteidi- gungsministerium angehören
Sowjetisches Informationsbüro (Sowinformbüro)	1941		Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für Versor- gung der Volkswirtschaft mit Erdöl und Oelerzeugnissen (Glawneftsnab)	1941	9. 1. 1948 in GOSSNAB eingeglie- dert; 28. 12. 1948 ausgegliedert und mit Ministerium für Oelindu- strie vereinigt	Dürfte nunmehr dem GOSSPLAN angehören, soweit nicht beim Ministerium für Oelindustrie ver- blieben
Hauptverwaltung für Versor- gung der Volkswirtschaft mit Holz und Holzmaterial (Glaw- lessnab)	1941	9. 1. 1948 in GOSSNAB einge- gliedert	Bestandteil des GOSSPLAN, so- weit nicht auf Ministerium für Holz- und Papierindustrie über- gegangen
Hauptverwaltung für Versor- gung der Volkswirtschaft mit Kohlenbrennstoff (Glawugls- nab)	1942	9. 1. 1948 in GOSSNAB einge- gliedert	Bestandteil des GOSSPLAN, so- weit nicht auf Ministerium für Kohlenindustrie übergegangen
Hauptverwaltung für staat- liche Betreuung und Regelung der Lebensverhältnisse der Familien von Wehrmachts- angehörigen	1942		Dürfte dem Verteidigungsministe- rium angehören



## STAATSFORMEN UND VERFASSUNGEN

Bezeichnung der Zentralverwaltung	Gründungs- datum	Organisatorische Veränderungen 1941 bis 1953	Stand nach der Verwaltungsreform vom März 1953
Hauptverwaltung für künst- lichen flüssigen Brennstoff und Erdgas (Glawgastopprom)	1943	28. 12. 1948 in Ministerium für Oelindustrie eingegliedert	Bestandteil des Ministeriums für Oelindustrie
Hauptverwaltung für Bau von Erdgasleitungen (Glawneft- gasstroj)	1943	28. 12. 1948 in Ministerium für Oelindustrie eingegliedert	Bestandteil des Ministeriums für Oelindustrie
Verwaltung für Druckerei und Verlagsangelegenheiten	1943	1945 aufgelöst. Funktionen 1946 von der Vereinigung der Staats- verlage der UdSSR übernommen, das 6. 2. 1949 in den Glawpoli- grafisdat eingegliedert wurde	Glawpoligrafisdat 15. 3. 1953 in das Kultusministerium einge- gliedert
Komitee für den Wiederauf- bau in den von der Besetzung befreiten Gebieten	21. 8. 1943	Dürfte 1947 aufgelöst worden sein	Funktionen auf die Verwaltung der zuständigen Gebietskörper- schaften übergegangen
Komitee für Architekturangele- genheiten	29. 9. 1943		Besteht als selbständige ZV weiter, soweit nicht dem Kultusministe- rium eingegliedert
Rat für Angelegenheiten der Russischen Orthodoxen Kirche (Rat für die religiösen Bezie- hungen zwischen dem Staat und der Orthodoxen Kirche)	12. 10. 1943		Besteht als selbständige ZV weiter
Rat für Angelegenheiten der religiösen Kultgemeinschaften (Rat für die religiösen Bezie- hungen zwischen dem Staat und den nicht-orthodoxen Be- kenntnissen)	1. 7. 1944		Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für Maschinenbau	1944	9. 3. 1949 in das Ministerium für Bau von Maschinenbaubetrieben eingegliedert	Ministerium für Bau von Maschi- nenbaubetrieben 15. 3. 1953 in Ministerium für Bauwesen ein- gegliedert
Komitee für Angelegenheiten der Kultur-Bildungs-Anstalten	1944	1945 aufgelöst. Funktionen auf die republikanischen Komitees für Kultur-Bildungs-Angelegenheiten übertragen	Uebernahme der Funktionen durch Kultusministerium der UdSSR möglich
Verwaltung des Bevollmächtig- ten für die Repatriierung so- wjetischer Staatsbürger	1945		Besteht als selbständige ZV weiter
Hauptverwaltung für sowjeti- sches Eigentum im Ausland	1946		Besteht als selbständige ZV weiter
Technischer Rat für Mechani- sierung von zeitraubenden und schweren Arbeiten	1946	9. 1. 1948 in GOSSTECHNIK eingegliedert	Bestandteil des GOSSPLAN
Rat f. Kolchosangelegenheiten	19. 9. 1946		Dürfte als selbständige ZV weiter- bestehen, soweit nicht dem Land- wirtschaftsministerium eingeglie- dert
Hauptverwaltung für Ange- legenheiten der Produktions- und Konsumgenossenschaften	9. 11. 1946		Dürfte als selbständige ZV weiter- bestehen
Staatsverlag für fremdsprachige Literatur	1946	6. 2. 1949 Glawpoligrafisdat unter- stellt	Bestandteil d. Kultusministeriums
Hauptverwaltung für staat- liche Aufsicht über den Berg- bau (GUGGN)	17. 10. 1947		Dürfte als selbständige ZV weiter- bestehen



Bezeichnung der Zentralverwaltung	Gründungs- datum	Organisatorische Veränderungen 1941 bis 1953	Stand nach der Verwaltungsreform vom März 1953
Staatskomitee für die Einführung fortschrittlicher Technik in die Volkswirtschaft (GOSSTECHNIK)	9. 1. 1948	17. 1. 1951 dem GOSSPLAN eingegliedert	Bestandteil des GOSSPLAN
Staatskomitee für die materielle und technische Versorgung der Volkswirtschaft (GOSSNAB)	9. 1. 1948		15. 3. 1953 dem GOSSPLAN eingegliedert
Statistische Zentralverwaltung (ZSU)	Jan. 1949		Dürfte als selbständige ZV weiterbestehen
Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Druckereindustrie, des Verlagswesens und des Buchhandels (Glawpolitgrafisdat)	6. 2. 1949		15. 3. 1953 in das Kultusministerium eingegliedert
Staatskomitee für Bauangelegenheiten	9. 5. 1950		Besteht als selbständige ZV weiter
Staatskomitee für Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren (GOSSPRODSNAB)	16. 4. 1951		15. 3. 1953 dem GOSSPLAN eingegliedert

### Die Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die politisch-administrativen Bundesbehörden

Als das wichtigste Ergebnis der Verwaltungsreform vom März 1953 im Bereich der politisch-administrativen Bundesbehörden kann die Bildung einheitlicher Ministerien für Innere Angelegenheiten und Verteidigung unter den Marschällen *Berija* und *Bulganin* bezeichnet werden. Die Ministerien für Staatssicherheit (MGB) und Innere Angelegenheiten (MWD) sind wie im Juli 1941 erneut in einer Hand vereint. Diese Verbindung war im April 1943 wieder gelöst worden. Im Januar 1946 hatte *Berija* auch die unmittelbare Leitung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten abgegeben. Nunmehr untersteht der gesamte MGB-MWD-Apparat erneut seiner unmittelbaren Kontrolle. Die Persönlichkeiten der Minister für Staatskontrolle (*Merkulow*) und Justiz (*Gorschenin*) verbürgen eine enge Zusammenarbeit des Kontroll- und Justizapparats mit der Staatspolizei. Der Fall *Ignatjew* deutet darauf hin, daß es *Berija* gelungen ist, die Kontrolle über den Staatssicherheitsdienst in vollem Umfange wiederzugewinnen und die Eigenständigkeit der Staatspolizei gegenüber der Partei zu wahren. Ein endgültiges Urteil über das Verhältnis von Staatspolizei und Partei wird allerdings erst dann abgegeben werden können, wenn nähere Einzelheiten über die Stellvertreter *Berijas* und die neuen Innenminister der Unionsrepubliken bekannt werden.

Das Kriegsministerium und das Kriegsmarineministerium sind gleichfalls erneut zu einem einheitlichen Wehrmachtsministerium zusammengeschlossen worden, das nunmehr wieder den Namen eines Ver-

teidigungsministeriums trägt. Das Volkskommissariat für Kriegsmarine (NKWMF) war Ende 1937 vom Volkskommissariat für Verteidigung (NKO) losgelöst worden. Anfang 1946 wurden die beiden Volkskommissariate unter dem späteren Marschall *Bulganin* zu einem Wehrmachtsministerium zusammengefaßt, das Anfang 1950 erneut in die beiden Ministerien für Krieg und Marine aufgeteilt wurde. Marschall *Bulganin*, der die unmittelbare Leitung des Wehrmachtsministeriums im März 1949 an Marschall *Wassilewskij* abgetreten hatte, hat erneut die unmittelbare Kontrolle über die gesamte Sowjetwehrmacht übernommen. Zu seinen beiden Ersten Stellvertretern wurden durch Beschluß vom 6. März 1953 die Marschälle *Wassilewskij* (bisher Kriegsminister der UdSSR) und *Shukow* ernannt. Nach der Vereinigung des bisherigen Kriegsmarineministeriums mit dem Kriegsministerium auf Grund des Gesetzes vom 15. März 1953 dürfte der bisherige Kriegsmarineminister, N. G. *Kusnezow*, zum dritten Ersten Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR ernannt worden sein. In jedem Fall ist er als Oberbefehlshaber eines Wehrmachtsteils gewöhnlicher Stellvertreter *Bulganins* geworden. Die Namen der anderen Stellvertretenden Verteidigungsminister (zweiten Ranges) sind bisher nicht bekannt geworden. Die Partei hat ihren Einfluß auf den Wehrmachtsapparat dadurch verstärkt, daß ein naher Mitarbeiter *Malenkows* und *Chruschtschew*, der bisherige ZK-Sekretär *Breshnjow*, auf Grund des Beschlusses vom 6. März 1953 zum Leiter der Politischen Haupt-



verwaltung der Kriegsmarine bestimmt worden ist. Als Stellvertreter des Leiters der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee, des Generalobersten F. F. *Kusnezow*, dürfte er nunmehr bestrebt sein, die unmittelbare Kontrolle über die gesamte politische Organisation der Sowjetwehrmacht zu gewinnen. Mit einer Aktivierung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes innerhalb der Sowjetwehrmacht kann ebenfalls fest gerechnet werden. Von der Stärke der parteipolitischen und abwehrpolizeilichen Organisation abgesehen, wird bei den kommenden Versuchen des neuen Sowjetdiktators, seinen Einfluß auf den militärischen Sektor auszuweiten, der personellen Zusammensetzung des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium größte Bedeutung zufallen. Vor dem Kriege haben diesem elfköpfigen Gremium neben dem Verteidigungskommissar und seinen Stellvertretern von den Politbüromitgliedern Stalin, Woroschilow, Shdanow, Berija, Kaganowitsch und Chruschtschew angehört. In der Nachkriegszeit ist Bulganin hinzugekommen, der als Verteidigungsminister von Amts wegen Vorsitzender des Obersten Kriegsrates sein wird. Diesem dürfte auch Malenkow als Nachfolger Stalins angehören, soweit er nicht bereits nach dem Tode Shdanows in dieses Gremium aufgenommen worden ist. Auf die Staatspolizei und Sowjetwehrmacht und ihre besondere Stellung im stalinistischen Herrschaftssystem ist an anderer Stelle näher eingegangen worden (vgl. Europa-Archiv 13—14/1951, S. 4151 ff.). Die Darstellung ihrer Entwicklung seit 1950/51 muß einer späteren Abhandlung überlassen bleiben. Im Bereich der auswärtigen Verwaltung ist die Leitung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MID) erneut von *Molotow* übernommen worden, der sie im März 1949 an seinen Ersten Stellvertreter *Wyschinskij* abgetreten hatte. Auf Grund des Beschlusses vom 6. März 1953 sind *Molotow* nunmehr

zwei Erste Stellvertreter zur Seite gestellt worden, zu denen *Wyschinskij* und *Malik* ernannt worden sind. *Wyschinskij* ist gleichzeitig zum Ständigen Vertreter der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen bestimmt worden. Die Meldungen der Sowjetpresse lassen darauf schließen, daß die übrigen Stellvertretenden Außenminister ihre bisherige Stellung beibehalten haben. Zu diesen Stellvertretenden Außenministern (zweiten Ranges) ist auf Grund des Beschlusses vom 6. März 1953 der Vorsitzende des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, W. W. *Kusnezow*, getreten, der in seinem bisherigen Amt durch Schwernik abgelöst worden ist.

Auf die Entwicklung und den organisatorischen Aufbau des Auswärtigen Dienstes der UdSSR wird in einer gesonderten Abhandlung noch näher einzugehen sein. Es ist vorläufig noch nicht abzusehen, in welcher Form *Malenkow* versuchen wird, seinen Einfluß innerhalb des Auswärtigen Dienstes geltend zu machen. Die bisherige enge Verbindung zwischen dem Außenministerium (MID) und dem Außenhandelsministerium (MWT) ist gelockert worden, da der Binnen- und Außenhandel gemeinsam einer Bundesbehörde unterstellt worden sind. *Mikojan*, der im März 1949 die unmittelbare Leitung des Außenhandelsministeriums abgegeben hatte, hat damit erneut die unmittelbare Kontrolle über den gesamten Handel und damit auch über die Außenhandelsorganisation übernommen. Allgemein kann festgestellt werden, daß durch diese Vorgänge das bisherige Regierungssystem, das sich nach dem Revirement vom März 1949 herausgebildet hatte, wesentliche Änderungen erfahren hat. Von L. M. Kaganowitsch abgesehen, haben sämtliche Stellvertretenden Ministerpräsidenten erneut die Obliegenheiten von Fachministern übernommen und sind damit viel stärker durch allgemeine Verwaltungsaufgaben in Anspruch genommen.

### Die Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die wirtschaftlichen Bundesbehörden

Im wirtschaftlichen Bereich hat sich die Verwaltungsreform besonders nachhaltig ausgewirkt. 41 Ministerien und 4 Staatskomitees im Range von Ministerien sind zu 18 Ministerien und 2 Staatskomitees zusammengeschlossen worden. Der enge Zusammenhang zwischen der Reform der Parteiverwaltung von 1948 und der organisatorischen Umgestaltung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung ist aus der nachfolgenden Aufstellung deutlich zu ersehen. 6 ZK-Abteilungen stehen insgesamt 20 Ministerien und sonstige Zentralverwaltungen im staatlichen Bereich gegenüber.

Es ist bezeichnend, daß der Leiter der ZK-Abteilung für Landwirtschaft (und Beschaffungswesen), A. I. *Koslow*, die Leitung des neuen Ministeriums für Landwirtschaft und Beschaffungswesen sowie

der Leiter der ZK-Abteilung für Planung, Finanzen und Handel, G. P. *Kossjatschenko*, die Leitung des reorganisierten GOSSPLAN übernommen hat. Das Ministerium für Landwirtschaft und Beschaffungswesen ist eine völlige Neubildung, da es sämtliche Zentralbehörden auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft umfaßt und damit seinen Befugnissen nach nur mit dem früheren Wirtschaftsausschuß für Landwirtschaft und Beschaffungswesen verglichen werden kann. Man hat allgemein den Eindruck, daß eine Reorganisation der bisherigen Wirtschaftsausschüsse des Wirtschaftsrates beim Ministerrat der UdSSR noch bevorsteht, da nicht angenommen werden kann, daß die Leitung der operativen Verwaltungstätigkeit der zusammenhängenden Industrieministerien unmittelbar von den Wirt-



schaftsabteilungen des ZK oder von den entsprechenden Abteilungen des GOSSPLAN übernommen werden wird. Diese haben in erster Linie nur planende und kontrollierende Funktionen auszuüben. Die regulierende und koordinierende Tätigkeit war Aufgabe des Wirtschaftsrates als der obersten Befehlszentrale der Sowjetwirtschaft und seiner Wirtschaftsausschüsse. Der 1937 errichtete Wirtschaftsrat (Ekonomsowjet) war als Nachfolger des 1936 aufgelösten Rates für Arbeit und Verteidigung (STO) im wirtschaftlichen Bereich anzusehen.

#### Die Partei- und Staatsverwaltung im wirtschaftlichen Bereich

ZK-Abteilungen	Ministerien
1. Landwirtschaft (und Beschaffungswesen)	1. Landwirtschaft und Beschaffungswesen
2. Schwerindustrie	2. Kohlenindustrie 3. Oelindustrie 4. Metallindustrie 5. Chemische Industrie 6. Baumaterialienindustrie 7. Kraftwerke- und Elektroindustrie
3. Maschinenbauindustrie	8. Maschinenbau 9. Transport- und Schwerer Maschinenbau 10. Rüstungsindustrie 11. Bauwesen
4. Leichtindustrie	12. Leicht- und Nahrungsmittelindustrie 13. Holz- und Papierindustrie
5. Verkehrswesen	14. See- und Binnenschifffahrt 15. Verkehrswesen 16. Nachrichtenwesen
6. Planung, Finanzen und Handel	17. Staatliches Plankomitee (GOSSPLAN) 18. Staatskomitee für Bauangelegenheiten 19. Finanzen (einschl. GOSSBANK und COSSTRACH) 20. Binnen- und Außenhandel

Die Dekonzentration der Wirtschaftsverwaltung veranlaßte 1940 die Bildung der folgenden sechs Wirtschaftsausschüsse:

- I. Metalle und Chemie (Vorsitzender 1940/41: Bulganin);
- II. Maschinenbau (Vorsitzender 1940/41: Malyschew);
- III. Rüstungsindustrie (Vorsitzender 1940/41: Wosnesenskij);
- IV. Brennstoff- und Energiewirtschaft (Vorsitzender 1940/41: Perwuchin);
- V. Konsumgüter (Vorsitzender 1940/41: Kossygin);
- VI. Landwirtschaft und Beschaffungswesen (Vorsitzender 1940/41: Andrejew).

Vorsitzender des Wirtschaftsrates war von Amts wegen der jeweilige Vorsitzende des Rates der Volks-

kommissare (RdVK) der UdSSR (seit 1946 Ministerrat der UdSSR) bzw. sein Erster Stellvertreter. Heute dürfte L. M. Kaganowitsch der für die gesamte Wirtschaft zuständige Erste Stellvertretende Ministerpräsident sein. Außer den Leitern der sechs Wirtschaftsausschüsse gehörten dem Wirtschaftsrat die jeweiligen Volkskommissare (seit 1946 Minister) für Finanzen und Außenhandel sowie die Vorsitzenden des GOSSPLAN und des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften an. Der Wirtschaftsrat koordinierte mit Hilfe der Wirtschaftsausschüsse die Verwaltungstätigkeit der Wirtschaftsministerien, sorgte für eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und eine Verbesserung der Planungstätigkeit des GOSSPLAN. Er überprüfte die vom GOSSPLAN aufgestellten Vierteljahres- und Jahrespläne und legte sie dem RdVK UdSSR (seit 1946 MR UdSSR) zur Bestätigung vor. Er setzte die Kapitalinvestitionen fest, lenkte die Bautätigkeit und regelte die Versorgung mit Rohstoffen, die Erzeugung, Bereitstellung und Verteilung von Wirtschaftsgütern sowie die Ausbildung, Bereitstellung und Verteilung von Arbeitskräften. Im Zusammenhang mit der Bildung des Ministeriums für Landwirtschaft und Beschaffungswesen ist es möglich, daß in Zukunft von einem besonderen Wirtschaftsausschuß für Landwirtschaft und Beschaffungswesen abgesehen werden wird. Auf die Industrieausschüsse als Hilfsorgane des Wirtschaftsrates werden Malenkow und Kaganowitsch trotz der erneuten Erweiterung der Befugnisse des GOSSPLAN kaum verzichten können. Auf dem Gebiet der Industrie ist nur teilweise eine Rückkehr zur Ausgangslage von 1938/39 feststellbar. Den ZK-Abteilungen für Schwer- und Maschinenindustrie sowie den bisherigen Wirtschaftsausschüssen I bis IV entsprechen jetzt insgesamt zehn Ministerien. Von der Wiederherstellung eines einheitlichen Ministeriums für Schwerindustrie, das 1939 als Volkskommissariat in sechs Volkskommissariate aufgeteilt worden war, ist abgesehen worden. Dafür entsprechen den Volkskommissariaten für Maschinenbau- und Rüstungsindustrie, die 1939 in insgesamt sieben Volkskommissariate aufgegliedert worden waren, nunmehr die drei neu errichteten Ministerien für Maschinenbau, Schweren und Transportmaschinenbau sowie Rüstungsindustrie. Die Abweichungen betreffen vor allem die verwaltungsmäßige Organisation der Rüstungsindustrie. Wie aus der Uebersicht über die Entwicklung der Wirtschaftsministerien bis 1949 (Europa-Archiv 15/1949, S. 2354) ersehen werden kann, traten zu den ursprünglichen vier Volkskommissariaten für Rüstungsindustrie (Flugzeugbau, Bewaffnung, Munition, Schiffbau) während des Krieges noch die beiden Volkskommissariate für Panzer- und Granatwerferindustrie. Das VK für Panzerindustrie ist aus dem Hauptteil des VK für mittleren Maschinenbau und einem Teil des VK für schweren



Maschinenbau, das VK für Granatwerferindustrie aus dem VK für allgemeinen Maschinenbau hervorgegangen. Bei der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion 1945/46 wurden die Volkskommissariate für Munition, Panzer- und Granatwerferindustrie in die Ministerien für Landwirtschaftlichen Maschinenbau, Transportmaschinenbau sowie Maschinenbau- und Geräteherstellung umgewandelt.

Die Rüstungsministerien der Kriegszeit sind heute, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht, nicht in einem einzigen Rüstungsministerium zusammengefaßt, sondern gleichmäßig auf die obengenannten drei Ministerien verteilt. Diese werden von der ZK-Abteilung für Maschinenbauindustrie erfaßt, die erst nach der Reform von 1948 errichtet worden ist.

#### Die Verwaltung der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion

1941/42 (Volkskommissariate)	1953 (Ministerien)
Flugzeugbau	
Bewaffnung	Rüstungsindustrie
Munition	
Granatwerfer	Maschinenbau
Panzer	
Schiffbau	Schwerer und Transportmaschinenbau

Den ZK-Abteilungen für Leichtindustrie (die fast den gleichen Zuständigkeitsbereich wie der bisherige Wirtschaftsausschuß für Konsumgüter besitzt) und für Verkehrswesen entsprechen jetzt jeweils drei Ministerien. Bemerkenswert ist, daß die 1932 gegründete Hauptverwaltung des Nördlichen Seeweges (Glawsewmorputj), die im hohen Norden wesentliche Verwaltungsfunktionen zu erfüllen hatte, mit dem neu errichteten Ministerium für See- und Binnenschifffahrt vereinigt worden ist. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der Funktionen des Glawsewmorputj auf die zuständigen Gebietskörperschaften übergegangen ist. Das Ministerium für Automobilindustrie, das nach der III. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im März 1952 errichtet worden ist, wurde aufgelöst. Bis 1952 bestanden nur republikanische Ministerien für Automobiltransport. Die Funktionen des aufgelösten Bundesministeriums wurden vom Ministerium für Verkehrswesen übernommen. Es ist nicht bekannt, ob nach dem Kriege ein besonderer Wirtschaftsausschuß für Verkehrswesen und nach dem Vorbild der ZK-Abteilung für Planung, Finanzen und Handel ein entsprechender Wirtschaftsausschuß beim Wirtschaftsrat des Ministerrates errichtet worden ist. Jedenfalls werden durch die ZK-Abteilungen für Planung, Finanzen und Handel nunmehr neben dem Staatlichen Plankomitee und dem Staatskomitee für Bauangelegenheiten die beiden Ministerien für Finanzen sowie

Binnen- und Außenhandel erfaßt, denen im Rahmen der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung eine besondere Bedeutung zukommt. Das Ministerium für Finanzen, das mit einer kurzen Unterbrechung seit 1938 ununterbrochen von A. G. *Swerjew* geleitet wird, ist nicht nur für das Finanz- und Steuerwesen, sondern auch für das Bank- und Kreditwesen sowie für das Versicherungswesen zuständig. Die GOSSBANK und der GOSSTRACH sind in das System des Finanzministeriums eingebaut. Bei der Aufstellung des Finanzplans und des Staatsbudgets arbeiten Finanzministerium und GOSSPLAN eng zusammen. Eine weitere sehr enge Verbindung besteht zur Staatlichen Etatkommission beim MR UdSSR (Gossudarstwennaja Schtatnaja Kommissija), die 1935 im Rahmen des Finanzkommissariats errichtet und erst im Sommer 1941 verselbständigt wurde.

Die Ministerien für Binnen- und Außenhandel sind erneut wie von 1925 bis 1932 unter *Mikojan* zu einem einheitlichen Ministerium für Binnen- und Außenhandel zusammengefaßt worden. Zu seinem Ersten Stellvertreter wurde auf Grund des Beschlusses vom 6. März 1953 ein Vertrauensmann *Malenkows*, der langjährige Minister für Elektroindustrie, I. G. *Kabanow*, ernannt. Gewöhnliche Stellvertreter *Mikojans* wurden die bisherigen Minister für Außenhandel und für (Binnen-) Handel, *Kumykin* und *Shaworonkow*. Die übrigen Stellvertreter (zweiten Ranges) scheinen größtenteils in ihrem Amt verblieben zu sein.

Ein besonders bemerkenswertes Ergebnis der Verwaltungsreform im wirtschaftlichen Bereich bildet die Umgestaltung des GOSSPLAN, der damit zum vierten Male in der Nachkriegszeit reorganisiert worden ist. Die erste Nachkriegsreform des GOSSPLAN erfolgte durch das Dekret vom 29. August 1946, auf das bei einer zusammenfassenden Darstellung der Nachkriegsentwicklung der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung noch näher einzugehen sein wird. Durch das Dekret wurden die Befugnisse der Staatlichen Plankommission wesentlich erweitert und seine bisherige Struktur grundlegend geändert. Neben den jährlichen Produktions- und Finanzplänen wurde dem GOSSPLAN auch die Aufstellung eines Technischen Jahresplanes aufgetragen, der im Zusammenwirken mit dem Technischen Rat für Mechanisierung von zeitraubenden und schweren Arbeiten abgefaßt wurde. Mit dem Dekret vom 9. Januar 1948 wurde die zweite Reform des GOSSPLAN eingeleitet, die im Januar 1949 zunächst zu einem gewissen Abschluß gebracht wurde. Die Staatliche Plankommission wurde in ein Staatliches Plankomitee umgewandelt, dessen Befugnisse wesentlich eingeschränkt wurden. Die Technische Planung wurde dem Staatskomitee für die Einführung fortschrittlicher Technik in die Volkswirtschaft über-



tragen. Die einzelnen Hauptverwaltungen für Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen wurden im Januar 1948 im GOSSNAB zusammengefaßt. Die Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung (ZUNChU) wurde im Januar 1949 aus dem System des GOSSPLAN herausgelöst und in eine selbständige Statistische Zentralverwaltung (ZSU) beim MR UdSSR umgewandelt.

Das Übergewicht des funktionalen Verwaltungsprinzips beim Aufbau des GOSSPLAN, das *Wosnessenskij* in den ersten Nachkriegsjahren die Möglichkeit gegeben hatte, den wirtschaftlichen Bereich weitgehend seiner Kontrolle zu unterwerfen, wurde beseitigt und die 1946 aufgegebene synthetische Planung nach Wirtschaftsgebieten wiederhergestellt. Der GOSSPLAN wurde zusammen mit dem GOSS-TECHNIK und GOSSNAB dem Wirtschaftsrat des Ministerrates untergeordnet. Auf Grund der neuen Reform vom 6. März 1953 scheinen die Befugnisse des GOSSPLAN, der die Bezeichnung Staatliches Plankomitee beibehält, auf der bisherigen strukturellen Grundlage wesentlich erweitert worden zu sein. Mit der Eingliederung des GOSTECHNIK war dem Staatlichen Plankomitee bereits im Januar 1951 erneut die Technische Planung übertragen worden. Nunmehr ist sowohl der GOSSNAB als auch der GOSSPRODSNAB in das Staatliche Plankomitee eingegliedert worden. Dem GOSSPLAN fällt somit nicht nur die Wirtschaftsplanung in einem erweiterten Umfange (unter Einschluß des Materialversorgungsplanes), sondern auch die Durchführung der Versorgung der Sowjetwirtschaft mit Rohstoffen und technischen Geräten sowie die Bereitstellung von Lebensmitteln und Industriewaren zu, die seit 1931 die Aufgabe einer selbständigen Zentralverwaltung war. Neben dem GOSSPLAN bleibt nur noch das Staatskomitee für Bauangelegenheiten bestehen, das im Mai 1950 an die Stelle des aufgelösten Ministe-

riums für Städtebau getreten ist. Das Staatskomitee für Bauangelegenheiten ist vor allem für die Städteplanung zuständig.

Bei der architektonischen Verwirklichung der städtebaulichen Planung ist das Staatskomitee für Bauangelegenheiten auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Komitee für Architekturangelegenheiten angewiesen. Von den wirtschaftlichen Sonderverwaltungen des MR UdSSR, die neben den Staatskomitees weiterbestehen, sind vor allem die Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Auslande, der Rat für Kolchosangelegenheiten und die Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Produktions- und Konsumgenossenschaften zu nennen.

Die Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Auslande, der die entsprechenden Verwaltungen in den einzelnen Ländern der sowjetischen Macht- und Interessensphäre untergeordnet sind (so z. B. die Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland) arbeitet nicht nur mit den zuständigen Befehlsstellen der Sowjetwirtschaft, sondern auch mit der Staatspolizei eng zusammen.

Auf die beiden Sonderverwaltungen, denen die staatliche Aufsicht über den genossenschaftlichen Sektor der Sowjetwirtschaft untersteht, wird bei der Betrachtung der Nachkriegsentwicklung der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung noch näher einzugehen sein.

Der Rat für Kolchosangelegenheiten ist mit der ZK-Abteilung sowie dem Ministerium für Landwirtschaft und Beschaffungswesen eng verbunden, während die Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Produktions- und Konsumgenossenschaften auf eine Zusammenarbeit mit der ZK-Abteilung sowie dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften der UdSSR und der RSFSR (Zentrosojus) angewiesen ist.

### Die Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die kulturellen Bundesbehörden

Auf die Nachkriegsentwicklung der sowjetischen Kulturverwaltung ebenso wie auf die Entwicklung der sowjetischen Arbeits- und Sozialverwaltung wird in einer späteren Abhandlung noch näher einzugehen sein. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Verwaltungsreform vom März 1953 bildet die Errichtung eines einheitlichen Ministeriums für Kultur der UdSSR unter einem der nächsten Mitarbeiter Malenkows, dem ehemaligen ZK-Sekretär P. K. *Ponomarenko*, der bisher im Rahmen des Parteiapparates vor allem für die führenden Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorgane und organisatorische Fragen zuständig war.

Neben den Ministerien für Hochschulbildung, für Filmwesen und für Arbeitsreserven sind die folgenden außerministeriellen Zentralverwaltungen im

neuen Kultusministerium zusammengefaßt worden: das Komitee für Kunstangelegenheiten, das Komitee für Radio und Funkwesen, die Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Druckereiindustrie, des Verlagswesens und des Buchhandels (Glawpoligrafisdat).

Das Ministerium für „Kultur“ ist somit einerseits für den Kadernachwuchs (an akademisch gebildeten Funktionären sowie Facharbeitern), andererseits für den Einsatz sämtlicher Mittel zur ideologischen Massenführung und zur propagandistischen Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung zuständig. Der Eingliederung des Glawpoligrafisdat in das Kultusministerium kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.

Zu der Zuständigkeit des Glawpoligrafisdat, das am 6. Februar 1949 errichtet wurde, gehörten sämt-



liche Angelegenheiten der Druckereiindustrie, des Verlagswesens und des Buchhandels unter Einschluß der Zensur der Druckerzeugnisse, die bis dahin durch die Hauptverwaltungen für Angelegenheiten der Literatur und der Verlage der Unionsrepubliken (Glawlit der RSFSR usw.) ausgeübt wurde. Außer der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, dem TASS und dem Sowinformbüro dürften die beiden Räte für die Russische Orthodoxe Kirche und die nicht-orthodoxen Bekenntnisse auf eine besonders enge Zusammenarbeit mit dem neuen Kultusministerium angewiesen sein, das seinerseits mit den ZK-Abteilungen für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorgane, für Propaganda und Agitation sowie für Schulwesen eng verbunden ist. Die Einglie-

derung des gesamten Ministeriums für Arbeitsreserven in das Kultusministerium deutet darauf hin, daß Ponomarenko auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialverwaltung sich auch mit Angelegenheiten befassen wird, die bisher zur Zuständigkeit des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften gehört haben, da ein Arbeitsministerium seit 1933 in der Sowjetunion nicht besteht.

Zu der Sozialverwaltung wäre auch das Gesundheitsministerium der UdSSR zu rechnen, in dessen Leitung im Zusammenhang mit der „Aerzteverschwörung“ ein Wechsel eingetreten ist. An Stelle von Generaloberst Smirnow ist *Tretjakow* zum neuen Gesundheitsminister der UdSSR ernannt worden.

### Schrifttumsverzeichnis

- Fainsod*, M.: „Recent Developments in Soviet Public Administration“, in *Journal of Politics*, 11. Jahrg. (1949), S. 679—714.
- Hazard*, J. N.: „Public Administration and Reconstruction in the USSR“, in *American Review on the Soviet Union*, 9. Jahrg. (1948), S. 28—37.
- Meissner*, Boris: „Die Entwicklung der Ministerien in Rußland“, in *Europa-Archiv*, März 1948, S. 1201 bis 1208, und April 1948, S. 1255—1262.
- Meissner*, Boris: „Die verfassungsändernde Gesetzgebung des Obersten Sowjets der UdSSR und die Entwicklung der Ministerien 1947—1949“, in *Europa-Archiv* 14/1949, S. 2301—2306, und 15/1949, S. 2351—2354.
- Meissner*, Boris: *Rußland im Umbruch. Der Wandel in der Herrschaftsordnung und sozialen Struktur der Sowjetunion*. Frankfurt a. M.: Verlag für Geschichte und Politik 1951.
- Studenikin*, S. S., *Wlassow*, W. A., und *Jewtichjew*, I. I.: *Sowjetskoje Administratiwnoje Prawo* (Sowjetisches Verwaltungsrecht). Moskau 1950.
- Trajnin*, I. P., *Lewin*, I. D. (Herausgeber): *Sowjetskoje Gossudarstwennoje Prawo* (Sowjetisches Staatsrecht). Moskau 1948.
- Boljschaja Sowjetskaja Enziklopedija* (Große Sowjet-enzyklopädie). 2. Ausgabe. Moskau. Von 1950 bis 1952 14 Bände erschienen.
- Wedomosti Werchownowo Sowjeta SSSR* (Anzeiger des Obersten Sowjets der UdSSR).
- Sbornik Sakonow SSSR i Ukasow Presidiuma Werchownowo Sowjeta SSSR* (Sammlung der Gesetze der UdSSR und der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR).
- Ferner die Zeitungen und Zeitschriften: *Iswestija*, *Prawda* und *Kultura i Shisnj*.



## Dokumentarischer Anhang

### Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR

#### Personelle Zusammensetzung Frühjahr 1953<sup>1</sup>

##### Vorsitzender:

K. E. Woroschilow (seit 6. 3. 1953) Marschall der Sowjetunion. Mitglied des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium der UdSSR. 1925—1934 Volkskommissar für Krieg und Marine, 1934—1939 für Verteidigung. 1942 — 6. 3. 1953 Stellv. Vorsitzender des RdVK bzw. MR UdSSR. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (seit 1925). 30. 6. 1941—22. 11. 1944 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).

##### Stellvertretende Vorsitzende:

1. M. P. Tarassow (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR. (Nachfolger von I. A. Wlassow.) Vorher Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften.
2. M. S. Gretschucha (seit 19. 3. 1946) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR.
3. W. I. Koslow (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Weißrussischen SSR (Nachfolger von N. J. Natalewitsch).
4. N. G. Gejdarow (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Aserbaidshanischen SSR (Nachfolger von M. B. F. Kassumow).
5. S. N. Tschchubianischwili (seit Okt. 1952) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Georgischen SSR (Nachfolger von W. B. Gogua).
6. M. P. Papjan (seit 19. 3. 1946) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Armenischen SSR.
7. O. W. Kuusinen (seit 19. 3. 1946) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Karelo-Finnischen SSR. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU. 16. 10. 1952—6. 3. 1953 Vollmitglied des ZK-Präsidiums.
8. A. M. Jakobson (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR (Nachfolger von J. J. Vares).
9. K. M. Osolins (seit April 1952) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR (Nachfolger von A. M. Kirchensteins).
10. J. J. Palezkis (seit 19. 3. 1946) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Litauischen SSR. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
11. I. S. Kodize (seit Okt. 1952) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Moldauischen SSR (Nachfolger von F. G. Browko).
12. Sch. Raschidow (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Usbekischen SSR (Nachfolger von A. I. Nijasow).
13. A. Saryjew (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Turkmenischen SSR (Nachfolger von A. Berdyjew).
14. D. K. Kerimbajew (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR (Nachfolger von A. Kasakpajew).
15. T. Kulatow (seit 19. 3. 1946) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kirgisischen SSR.
16. N. Doschudojew (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Tadshikischen SSR (Nachfolger von M. Schagadajew).

##### Sekretär:

N. M. Pegow (seit 6. 3. 1953) 1944—1946 Stellv. Leiter der ZK-Abteilung für Organisation und Konstruktion. 1946—1948 Sekretär des Rates für Kolchosangelegenheiten. 1948—1952 Leiter der ZK-Abteilung für Leichtindustrie. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 ZK-Sekretär und Kandidat des ZK-Präsidiums. Vorsitzender der Mandatprüfungskommission auf dem 19. Parteikongreß der KPdSU.

##### Stellv. Sekretär:

A. F. Gorkin (seit 6. 3. 1953) 1938—1953 Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1939—1952 Kandidat des ZK der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Mitglied der ZRK der KPdSU.

<sup>1</sup> Die ursprüngliche Zusammensetzung der Präsidien des Obersten Sowjets der UdSSR der zweiten und dritten Legislaturperiode ist aus den Stenographischen Sitzungsberichten der I. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der 2. Legislaturperiode (Moskau, 1946, S. 343 ff.) und der *Prawda* v.

20. 6. 1950 zu ersehen. Bei Veränderungen, die vor dem 19. 6. 1950 erfolgten, sind die Namen der Vorgänger eingeklammert worden. Die Veränderungen nach dem Tode Stalins sind aus der *Prawda* v. 7. und 16. 3. 1953 zu ersehen.



## Mitglieder:

1. N. S. Chruschtschew (seit 19. 6. 1950) Generalsekretär (1. Sekretär) des ZK der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1938, Vollmitglied 1939). Mitglied des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium der UdSSR. 1935—1938 Leiter (1. Sekretär) der Moskauer Parteiorganisation, 1938—1947 Generalsekretär (1. Sekretär) der KP der Ukraine. 1944—1949 Vorsitzender des RdVK bzw. MR der Ukrainischen SSR. 1949—6. 3. 1953 ZK-Sekretär und Leiter (1. Sekretär) der Moskauer Parteiorganisation.
2. M. A. Susslow (seit 19. 6. 1950) 2. Sekretär des ZK der KPdSU. Seit 1941 Mitglied des ZK der KPdSU. 1948—1951 Kandidat des Politbüros. 16. 10. 1952— 6. 3. 1953 Vollmitglied des ZK-Präsidiums. Seit 1947 ZK-Sekretär (für Propaganda und Agitation).
3. N. M. Schwernik (seit 15. 3. 1950) 1929—1944 Vorsitzender des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften. 1944—1946 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR. 1946—6. 3. 1953 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Mitglied des ZK-Präsidiums (16. 10. 1952 Vollmitglied, 6. 3. 1953 Kandidat), vorher des Politbüros (1939—1952 Kandidat). Schwernik hat die Stelle im Präsidium eingenommen, die durch den Rücktritt von P. K. Ponomarenko am 10. 3. 1951 freigeworden war. (Vgl. Anzeiger des Obersten Sowjets der UdSSR vom 21. 3. 1951, Nr. 5.)
4. A. A. Andrejew (seit 15. 3. 1953) Nachfolger von W. W. Kusnezow. Früheres Mitglied des Politbüros (1926 Kandidat, 1932—1952 Vollmitglied). Seit 16. 10. 1952 nur Vollmitglied des ZK der KPdSU. 1934—1952 Vorsitzender der Kommission für Parteikontrolle. 1930—1934 Volkskommissar für Arbeiter- und Bauerninspektion, 1934—1935 für Verkehrswesen, 1943—1945 für Ackerbau, 15. 3. 1946—6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR.
5. M. F. Schkirjatow (seit 19. 6. 1950) Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle (seit 16. 10. 1952). 1934 bis 1952 Stellv. Vorsitzender der Kommission für Parteikontrolle. 16. 10. 1952—6. 3. 1953 Vollmitglied des ZK-Präsidiums. Vollmitglied des ZK der KPdSU (seit 1934).
6. W. M. Andrianow (seit 19. 6. 1950) Leiter (1. Sekretär) der Leningrader Parteiorganisation (seit 1949). 1939—1946 Leiter der ZK-Abteilung für Organisation und Instruktion. 1946—1948 Leiter der ZK-Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane. 1948—1949 Leiter der ZK-Verwaltung für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorgane. Seit 1946 Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR. Seit 1939 Vollmitglied des ZK der KPdSU. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Vollmitglied des ZK-Präsidiums.
7. M. D. A. Bagirov (seit 19. 3. 1946) Generalsekretär (1. Sekretär) der KP Aserbaidshans und Leiter (1. Sekretär) der Parteiorganisation Baku (seit 1933). Mitglied des ZK-Präsidiums (16. 10. 1952—6. 3. 1953 Vollmitglied, seit 6. 3. 1953 Kandidat). Mitglied der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR.
8. L. G. Melnikow (seit 19. 6. 1950) Generalsekretär (1. Sekretär) der KP der Ukraine (seit 1949). Mitglied des ZK-Präsidiums (16. 10. 1952—6. 3. 1953 Vollmitglied, seit 6. 3. 1953 Kandidat). Mitglied der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR.
9. J. A. Kalnbersins (seit 19. 6. 1950) Generalsekretär (1. Sekretär) der KP Lettlands. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU.
10. S. I. Muratow (seit 19. 6. 1950) 1. Sekretär des Gaukomitees Tatarien der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU.
11. S. A. Wagapow (seit 19. 6. 1950) 1. Sekretär des Gaukomitees Baschkirien der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU.
12. A. D. Danijalow (seit 19. 6. 1950) 1. Sekretär des Gebietskomitees Daghestan der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
13. S. A. Lebedewa (seit 19. 6. 1950) Büromitglied des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU.
14. S. T. Fjodorowa (seit 19. 6. 1950) ZK-Sekretärin des Komsomol (seit 1949). Büromitglied des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU.
15. S. M. Budjennyj (seit 19. 3. 1946) Marschall der Sowjetunion. Mitglied des ZK der KPdSU (1934 Kandidat, 1939 Vollmitglied, 1952 Kandidat).



## Der Ministerrat der UdSSR

### Personelle Zusammensetzung Frühjahr 1953<sup>2)</sup>

#### Präsidium des Ministerrats

##### Vorsitzender:

- G. M. Malenkow (seit 6. 3. 1953) Vorsitzender des ZK-Präsidiums, Mitglied des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium der UdSSR. 18. 10. 1946—6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. 16. 10. 1952—5. 3. 1953 stellvertretender, 5. 3.—14. 3. 1953 amtierender Generalsekretär (1. Sekretär) der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1941, Vollmitglied 1946). ZK-Sekretär März 1939—März 1953. 30. 6. 1941—4. 9. 1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO), des sowjetischen Kriegskabinetts.

##### Erste Stellvertreter:

1. L. P. Berija (seit 6. 3. 1953) Marschall der Sowjetunion. Innenminister der UdSSR. Mitglied des ZK-Präsidiums und des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium der UdSSR. Seit 1941 Stellv. Vorsitzender des RdVK (bzw. MR UdSSR). Dezember 1938—Januar 1946 Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1939, Vollmitglied 1946). 30. 6. 1941—4. 9. 1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).
2. W. M. Molotow (seit 6. 3. 1953) Außenminister der UdSSR. Mitglied des ZK-Präsidiums. 19. 12. 1930 bis 6. 5. 1941 Vorsitzender des RdVK UdSSR. 6. 5. 1941—6. 3. 1953 alleiniger Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des RdVK bzw. MR UdSSR. Mai 1939 bis März 1949 Volkskommissar bzw. Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1923, Vollmitglied 1925). 30. 6. 1941—4. 9. 1945 alleiniger Erster Stellv. Vorsitzender des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).
3. N. A. Bulganin (seit 6. 3. 1953) Marschall der Sowjetunion. Verteidigungsminister und Vorsitzender des Obersten Kriegsrates der UdSSR. Mitglied des ZK-Präsidiums. 1937 bis 1938 Vorsitzender des RdVK der RSFSR. 1938 bis 1945 Stellv. Vorsitzender des RdVK UdSSR. 5. 3. 1947—6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. In den dreißiger Jahren zunächst Vorsitzender des Moskauer Stadtsowjets (Oberbürgermeister), 1938—1940 der GOSSBANK. Februar 1947 bis März 1949 Wehrmachtsminister der UdSSR. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat März 1946, Mitglied 1948). 22. 11. 1944—4. 9. 1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).
4. L. M. Kaganowitsch (seit 6. 3. 1953) Mitglied des ZK-Präsidiums. Vermutlich auch Mitglied des Obersten Kriegsrates beim Verteidigungsministerium der UdSSR. August 1938 bis März 1947 Stellv. Vorsitzender des RdVK bzw. MR UdSSR. 19. 12. 1947 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. In den dreißiger Jahren Volkskommissar auf dem Gebiet der Schwerindustrie und des Verkehrswesens. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1926, Mitglied 1930). Vom 20. 2. 1942 bis 4. 9. 1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).

##### Stellvertreter:

1. A. J. Mikojan (seit 15. 3. 1953) Mitglied des ZK-Präsidiums. Minister für Binnen- und Außenhandel der UdSSR. 1937 bis 1938 und ab 1940 stellv. Vorsitzender des RdVK bzw. MR UdSSR. 1938 bis März 1949 Außenhandelsminister der UdSSR. In den zwanziger und dreißiger Jahren Volkskommissar auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK-Präsidiums, vorher des Politbüros (Kandidat 1926, Mitglied 1935). 3. 2. 1942 bis 4. 9. 1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung (GKO).

<sup>2)</sup> Zur personellen Zusammensetzung des Ministerrats der UdSSR im Frühjahr 1949 vgl. Europa-Archiv 15/1949, S. 2351 bis 2353. Zu den Quellenangaben der Veränderungen von 1949

bis 1953 vgl. die Umschauberichte des Verfassers in *Osteuropa*, 1952, S. 123 ff. und 212. Die Veränderungen nach dem Tode Stalins sind aus der *Prawda* v. 7. und 16. 3. 1953 zu ersehen.



## Allunionistische Ministerien

1. Kohlenindustrie	A. F. Sassjadko	(seit 28. 12. 1948)	25. 2. 1947 bis 28. 12. 1948 Minister für Kohlenindustrie der westlichen Gebiete. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK der KPdSU.
2. Oelindustrie	N. K. Baibakow	(seit 28. 12. 1948)	15. 3. 1946 bis 28. 12. 1948 Minister der Erdölindustrie der westlichen und südlichen Gebiete. Seit 16. 10. 1952 Mitglied des ZK der KPdSU.
3. Metallindustrie	I. F. Tewossjan	(seit 15. 3. 1949)	1939—1941 Volkskommissar für Schiffbauindustrie. 1941 bis 29. 7. 1948 Volkskommissar bzw. Minister für Schwarzmetallindustrie. 29. 7. 1948 bis 14. 6. 1949 Minister für Metallindustrie. 14. 6. 1949 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. Seit 1939 Vollmitglied des ZK der KPdSU. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Kandidat des ZK-Präsidiums.
4. Chemische Industrie	S. M. Tichomirow	(seit 18. 1. 1950)	Nachfolger von M. G. Perwuchin. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
5. Maschinenbau	M. S. Saburow	(seit 6. 3. 1953)	1941—1943 stellv. Vorsitzender des RdVK UdSSR und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. 5. 3. 1949 bis 6. 3. 1953 (als Nachfolger Wosnessenskij) Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees. 25. 2. 1947 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. Vermutlich bereits vor dem 19. Parteikongreß Mitglied des ZK der KPdSU (B). Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK-Präsidiums.
6. Transport- und Schwerer Maschinenbau	W. A. Malyschew	(seit 6. 3. 1953)	1940—1943 Stellv. Vorsitzender des RdVK UdSSR. 1939 Volkskommissar für schweren Maschinenbau, 1940—1942 für mittleren Maschinenbau, 1942—1945 für Panzerindustrie, 1945 bis 20. 12. 1947 für Transportmaschinenbau. 12. 1. 1950 bis 6. 3. 1953 Minister für Schiffbau. 20. 12. 1947 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. Seit 1939 Vollmitglied des ZK der KPdSU. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Vollmitglied des ZK-Präsidiums.
7. Kraftwerke und Elektroindustrie	M. G. Perwuchin	(seit 6. 3. 1953)	1943 bis 18. 1. 1950 Volkskommissar bzw. Minister für Chemische Industrie. 18. 1. 1950 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. Seit 1939 Vollmitglied des ZK der KPdSU. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK-Präsidiums.
8. Rüstungsindustrie	D. F. Ustinow	(seit 15. 3. 1953)	1942—1953 Volkskommissar bzw. Minister für Bewaffnung. Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU.
9. Bauwesen	N. A. Dygaj	(seit 15. 3. 1953)	28. 6. 1947 bis 9. 3. 1949 Minister für Bau von Kriegs- und Kriegsmarinebetrieben, 9. 3. 1949 bis 15. 3. 1953 für Bau von Maschinenbaubetrieben. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
10. Verkehrswesen	B. P. Beschtschew	(seit 5. 6. 1948)	Seit 16. 10. 1952 Vollmitglied des ZK der KPdSU.
11. Nachrichtenwesen	N. D. Pssurzew	(seit 30. 3. 1949)	
12. See- und Binnenschifffahrt	S. A. Schaschkow	(seit 15. 3. 1953)	1939—1953 Volkskommissar bzw. Minister für Binnenschifffahrt. Seit 18. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.

## Unions-Republikanische Ministerien

1. Innere Angelegenheiten	L. P. Berija	(seit 6. 3. 1953)	Erster Stellv. Ministerpräsident der UdSSR (siehe oben).
2. Auswärtige Angelegenheiten	W. M. Molotow	(seit 6. 3. 1953)	Erster Stellv. Ministerpräsident der UdSSR (siehe oben).
3. Verteidigung	N. A. Bulganin	(seit 6. 3. 1953)	Erster Stellv. Ministerpräsident der UdSSR (siehe oben).
4. Binnen- u. Außenhandel	A. I. Mikojan	(seit 6. 3. 1953)	Stellv. Ministerpräsident der UdSSR (siehe oben).



5. Landwirtschaft und Beschaffungswesen	A. I. Koslow	(seit 15. 3. 1953)	1946—1947 Minister für Viehzucht. 1948 bis 1953 Leiter der ZK-Abteilung für Landwirtschaft (und Beschaffungswesen).
6. Kultur	P. K. Ponomarenko	(seit 15. 3. 1953)	1938—1947 Generalsekretär der KP Weißrusslands. 1944—1948 Vorsitzender des RdVK bzw. MR der Weißrussischen SSR. 1948 bis 6. 3. 1953 ZK-Sekretär. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Vollmitglied, seit 6. 3. 1953 Kandidat des ZK-Präsidiums. 28. 10. 1950 bis 15. 3. 1953 Minister für Beschaffung.
7. Leicht- und Nahrungsmittelindustrie	A. N. Kossygin	(seit 15. 3. 1953)	1939—1940 Volkskommissar für Textilindustrie. 17. 2. bis 28. 12. 1948 Finanzminister. 28. 12. 1948 bis 15. 3. 1953 Minister für Leichtindustrie. 1941—1947 Vorsitzender des RdVK bzw. MR RSFSR. 15. 3. 1946 bis 6. 3. 1953 Stellv. Ministerpräsident der UdSSR. 1946—1952 Mitglied des Politbüros (1946 Kandidat, 1948 Vollmitglied). 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Kandidat des ZK-Präsidiums.
8. Baustoffindustrie	P. A. Judin	(seit 30. 5. 1950)	1945 bis 30. 5. 1950 Volkskommissar bzw. Minister für Bau von Betrieben der Schwerindustrie. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
9. Holz- und Papierindustrie	G. M. Orlov	(seit 15. 3. 1953)	12. 3. 1947 bis 29. 7. 1948 Minister für Holzindustrie. 29. 7. 1948 bis 16. 2. 1951 Minister für Holz- und Papierindustrie. 16. 2. 1951 bis 15. 3. 1953 Minister für Holzindustrie. Seit 16. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.
10. Finanzen	A. G. Swerjew	(seit 1938)	Mit Unterbrechung vom 17. 2. bis 28. 12. 1948, wo das Ministeramt von A. N. Kossygin ausgeübt wurde. 16. 10. 1952 bis 6. 3. 1953 Kandidat des ZK-Präsidiums.
11. Gesundheitswesen	A. F. Tretjakow	(seit Januar 1953)	Als Nachfolger von Generaloberst E. J. Smirnow.
12. Justiz	K. P. Gorschenin	(seit 4. 2. 1948)	Vorher Generalstaatsanwalt der UdSSR.
13. Staatskontrolle	W. N. Merkulow	(seit 28. 10. 1950)	Nachfolger von L. S. Mechlis. Generaloberst der Staatssicherheit. Dezember 1938 bis Januar 1941 1. Stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten (NKWD). Januar—Juli 1941 Volkskommissar für Staatssicherheit (NKGB). Juli 1941 bis April 1943 1. Stellv. NKWD-Kommissar. April 1943 bis Oktober 1946 NKGB-Kommissar. 1939 Vollmitglied, 18. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.

#### Staatskomitees

1. Staatliches Plankomitee	G. P. Kossjatschenko	(seit 6. 3. 1953)	Nachfolger Saburows. Vorher Leiter der ZK-Abteilung für Planung, Finanzen und Handel.
2. Staatskomitee für Bauangelegenheiten	K. M. Sokolow	(seit 9. 5. 1950)	1945 bis 1. 6. 1949 Minister für Bau- und Wegemaschinenherstellung. 1. 6. 1949 bis 9. 5. 1950 Minister für Städtebau. Seit 18. 10. 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.

### Verfassungsändernde Gesetze des Obersten Sowjets der UdSSR<sup>1</sup>

#### Verfassungsnovelle 1950<sup>2</sup>

##### *Gesetz über die Bestätigung der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR*

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ordnet an:

1. Es werden bestätigt die Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

vom 9. Januar 1948 „Ueber die Reorganisation der Staatlichen Plankommission in ein Staatliches Plankomitee des Ministerrats der UdSSR“;

vom 9. Januar 1948 „Ueber die Bildung eines Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für materielle und technische Versorgung der Volkswirtschaft“;

vom 9. Januar 1948 „Ueber die Bildung eines Staatskomitees

<sup>1</sup>) Text der Unionsverfassung von 1936 in der Fassung von 1941, der Verfassungsnovellen von 1944 und des Verfassungsänderungsgesetzes von 1947 bei *Dennewitz-Meißner*: Die Verfassungen der modernen Staaten, Bd. I, Hamburg 1947. Text

der Verfassungsnovellen von 1948 und 1949 bei B. Meißner: „Die verfassungsändernde Gesetzgebung des Obersten Sowjets der UdSSR“, Europa-Archiv 14/1949, S. 2305/6.

<sup>2</sup>) Quelle: *Iswestija* v. 21. 6. 1950, Nr. 146.



tees des Ministerrats der UdSSR für die Einführung fortschrittlicher Technik in die Volkswirtschaft“;  
vom 1. Juni 1949 „Ueber die Bildung eines allunionistischen Ministeriums für Städtebau“;  
vom 25. Februar 1950 „Ueber die Bildung eines Kriegsmarineministeriums der UdSSR“;  
vom 5. April 1950 „Ueber die Bildung eines Ministeriums für Baumwollanbau der UdSSR“;  
vom 9. Mai 1950 „Ueber die Bildung eines Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Bauangelegenheiten“.  
2. Die notwendigen Aenderungen und Ergänzungen der Artikel 70, 77 und 78 der Verfassung der UdSSR sind vorzunehmen und diese Artikel folgendermaßen zu fassen:

„Artikel 70. Der Ministerrat der UdSSR, der vom Obersten Sowjet der UdSSR gebildet wird, besteht aus:  
dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR;  
den Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR;  
dem Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees des Ministerrats der UdSSR;  
dem Vorsitzenden des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für materielle und technische Versorgung der Volkswirtschaft;  
dem Vorsitzenden des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für die Einführung fortschrittlicher Technik in die Volkswirtschaft;  
dem Vorsitzenden des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Bauangelegenheiten;  
den Ministern der UdSSR;  
dem Vorsitzenden des Komitees für Kunstangelegenheiten.“

„Artikel 77. Zu den Allunionistischen Ministerien gehören die Ministerien für:

Flugzeugindustrie;	Nachrichtenwesen;
Automobil- und Traktorenindustrie;	Landwirtschaftlichen Maschinenbau;
Außenhandel;	Werkzeugmaschinenbau;
Kriegsmarine;	Bau- und Wegebau-
Bewaffnung;	maschinenherstellung;
Geologie;	Bau von Maschinenbau-
Städtebau;	betrieben;
Staatliche Lebensmittel- und Materialreserven;	Bau von Betrieben der
Beschaffung;	Schwerindustrie;
Maschinenbau und Geräteherstellung;	Schiffbauindustrie;
Metallindustrie;	Transportmaschinen-
Seeschifffahrt;	industrie;
Oelindustrie;	Arbeitsreserven;
Nachrichtenmittelindustrie;	Schweren Maschinenbau;
Verkehrswesen;	Kohlenindustrie;
Binnenschifffahrt;	Chemische Industrie;
	Elektroindustrie;
	Kraftwerke.“

„Artikel 78. Zu den Unions-Republikanischen Ministerien gehören die Ministerien für:

Innere Angelegenheiten;	Filmwesen;
Krieg;	Leichtindustrie;
Hochschulbildung;	Forstwirtschaft;
Staatskontrolle;	Holz- und Papierindustrie;
Staatssicherheit;	Fleisch- und Milchindustrie;
Gesundheitswesen;	Nahrungsmittelindustrie;
Auswärtige Angelegenheiten;	Baumaterialienindustrie;
	Fischindustrie;

Landwirtschaft;  
Sowjetwirtschaften;  
Handel;

Finanzen;  
Baumwollanbau;  
Justiz.“

Der Vorsitzende des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. N. Schwernik  
Der Sekretär des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. A. Gorkin

Moskau, Kreml, 17. Juni 1950.

### Verfassungsnovelle 1951<sup>3</sup>

#### *Gesetz über die Bestätigung der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR*

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ordnet an:

1. Das Dekret des Obersten Sowjets der UdSSR vom 20. Juni 1950 „Ueber die Bildung der Gebiete Vilnius (Wilna), Kaunas (Kauen), Klaipeda (Memel) und Šiauliai (Schaulen) im Verbands der Litauischen SSR“ wird bestätigt. Im Einklang hiermit ist die Verfassung der UdSSR durch den Artikel 29c zu ergänzen, dem folgende Fassung zu geben ist:

„Artikel 29c. Die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik besteht aus den Gebieten: Vilnius (Wilna), Kaunas (Kauen), Klaipeda (Memel), Šiauliai (Schaulen).“

2. Das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 17. Februar 1951 „Ueber die Auflösung des GOSSTECHNIK UdSSR“ wird bestätigt. Im Einklang damit sind im Artikel 70 der Verfassung der UdSSR die folgenden Worte zu streichen:

„Vorsitzender des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für die Einführung fortschrittlicher Technik in die Volkswirtschaft.“

3. Das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. Dezember 1950 „Ueber die Aufteilung des Ministeriums für Metallindustrie der UdSSR in zwei Ministerien“ und das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. Februar 1951 „Ueber die Aufteilung des Ministeriums der Holz- und Papierindustrie der UdSSR in zwei Ministerien“ werden bestätigt. Im Einklang hiermit sind in den Artikeln 77 und 78 der Verfassung der UdSSR folgende Aenderungen einzufügen:

Der Artikel 77 der Verfassung der UdSSR ist nach den Worten „Automobil- und Traktorenindustrie“ durch die Worte „Papier- und Holzverarbeitungsindustrie“ zu ergänzen; das Wort „Metallindustrie“ ist aus dem Artikel zu streichen; der Artikel ist nach dem Wort „Chemische Industrie“ durch die Worte zu ergänzen: „Buntmetallindustrie; Schwarzmetallindustrie“.

Im Artikel 78 der Verfassung der UdSSR sind die Worte „Papier- und Holzindustrie“ durch das Wort „Holzindustrie“ zu ersetzen.

Der Vorsitzende des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. N. Schwernik

Der Sekretär des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. A. Gorkin

Moskau, Kreml, 10. März 1951

<sup>3</sup>) Quelle: *Wedomosti Werchownowo Sowjeta SSSR* (Anzeiger des Obersten Sowjets der UdSSR) v. 21.3.1951, Nr. 5.



## Verfassungsnovelle 1952<sup>4</sup>

### *Gesetz über die Bestätigung der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR*

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ordnet an:

1. Das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 10. April 1951 „Ueber die Aufhebung des Gebiets Stalinabad der Tadshikischen SSR“ und das Dekret vom 5. November 1951 „Ueber die Bildung der Gebiete Tbilissi (Tiflis) und Kutais im Bestand der Georgischen SSR“ werden bestätigt. Im Einklang hiermit sind die notwendigen Aenderungen und Ergänzungen der Artikel 25 und 27 der Verfassung der UdSSR vorzunehmen und diese folgendermaßen zu fassen:

„Artikel 25. Die Georgische Sozialistische Sowjetrepublik besteht aus den Gebieten: Kutais und Tbilissi (Tiflis), der Abchasischen Autonomen Sowjetrepublik, der Adscharischen Autonomen Sowjetrepublik und dem Süd-Ossetischen Autonomen Gebiet.“

„Artikel 27. Die Tadshikische Sozialistische Sowjetrepublik besteht aus den Gebieten: Garm, Kuljab, Leninabad und dem Berg-Badachschanischen Autonomen Gebiet.“

2. Es werden bestätigt die Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. März 1951 „Ueber die Auflösung des Ministeriums für Städtebau;

vom 26. April 1951 „Ueber die Auflösung des Ministeriums für Staatliche Lebensmittel- und Materialreserven“; vom 26. April 1951 „Ueber die Bildung des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren“. Im Einklang hiermit sind die Artikel 70 und 77 der Verfassung der UdSSR folgendermaßen zu ändern und zu ergänzen:

Der Artikel 70 ist nach den Worten „Vorsitzender des Staatskomitees des Ministerrats für Bauangelegenheiten“ durch die Worte zu ergänzen: „Vorsitzender des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren“.

Im Artikel 77 sind die Worte „Städtebau“ und „Staatliche Lebensmittel und Materialreserven“ zu streichen.

Der Vorsitzende des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. N. Schwernik

Der Sekretär des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. A. Gorkin

Moskau, Kreml, 8. März 1952

## Verfassungsnovellen 1953<sup>5</sup>

### *Gesetz über die Umbildung der Ministerien der UdSSR*

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ordnet an:

1. Das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR und das Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR, zu vereinigen.

2. Das Kriegsministerium der UdSSR und das Kriegsmarineministerium der UdSSR sind in einem Ministerium,

dem Ministerium für Verteidigung der UdSSR, zu vereinigen.

3. Das Ministerium für Außenhandel der UdSSR und das Ministerium für Handel der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Binnen- und Außenhandel der UdSSR, zu vereinigen.

4. Das Ministerium für Landwirtschaft der UdSSR, das Ministerium für Baumwollanbau der UdSSR, das Ministerium für Sowjetwirtschaften (Sowchose) der UdSSR, das Ministerium für Beschaffung der UdSSR und das Ministerium für Forstwirtschaft der UdSSR sind zu einem Ministerium, dem Ministerium für Landwirtschaft und Beschaffungswesen der UdSSR, zu vereinigen.

5. Das Ministerium für Hochschulbildung der UdSSR, das Ministerium für Filmwesen der UdSSR, das Komitee für Kunstangelegenheiten, das Komitee für Rundfunkinformation, die Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Druckereindustrie, des Verlagswesens und des Buchhandels (Glawpoligrafisdat) und das Ministerium für Arbeitsreserven der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Kultur der UdSSR, zu vereinigen.

6. Das Ministerium für Leichtindustrie der UdSSR, das Ministerium für Nahrungsmittelindustrie der UdSSR, das Ministerium für Fleisch- und Milchindustrie der UdSSR und das Ministerium für Fischindustrie der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Leicht- und Nahrungsmittelindustrie der UdSSR, zu vereinigen.

7. Das Ministerium für Eisenmetallindustrie der UdSSR und das Ministerium für Buntmetallindustrie der UdSSR sind zu einem Ministerium, dem Ministerium für Metallindustrie (Metallurgie) der UdSSR, zu vereinigen.

8. Das Ministerium für Automobil- und Traktorenindustrie der UdSSR, das Ministerium für Maschinenbau und Geräteherstellung der UdSSR, das Ministerium für Landwirtschaftlichen Maschinenbau der UdSSR und das Ministerium für Werkzeugmaschinenbau der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Maschinenbau der UdSSR, zu vereinigen.

9. Das Ministerium für Transportmaschinenbau der UdSSR, das Ministerium für Schiffbauindustrie der UdSSR, das Ministerium für Schweren Maschinenbau der UdSSR und das Ministerium für Bau- und Wegebau-maschinenherstellung der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Transport- und Schweren Maschinenbau der UdSSR, zu vereinigen.

10. Das Ministerium für Kraftwerke der UdSSR, das Ministerium für Elektroindustrie der UdSSR und das Ministerium für Nachrichtemittelindustrie der UdSSR sind in einem Ministerium, dem Ministerium für Kraftwerke und Elektroindustrie der UdSSR, zu vereinigen.

11. Das Ministerium für Bewaffnung der UdSSR und das Ministerium für Flugzeugindustrie der UdSSR sind zu einem Ministerium, dem Ministerium für Rüstungsindustrie (Verteidigungsindustrie) der UdSSR, zu vereinigen.

12. Das Ministerium für Holzindustrie der UdSSR sowie das Ministerium für Papier- und Holzverarbeitungsindustrie der UdSSR sind zu einem Ministerium, dem Ministerium für Holz- und Papierindustrie der UdSSR, zu vereinigen.

13. Das Ministerium für den Bau von Betrieben der Schwerindustrie der UdSSR und das Ministerium für den Bau von Maschinenbaubetrieben der UdSSR sind zu

<sup>4</sup>) Quelle: *Iswestija* v. 11. 3. 1952, Nr. 60.

<sup>5</sup>) Quelle: *Iswestija* v. 16. 3. 1953, Nr. 65.



einem Ministerium, dem Ministerium für Bauwesen der UdSSR, zu vereinigen.

14. Das Ministerium für Seeschifffahrt der UdSSR, das Ministerium für Binnenschifffahrt der UdSSR und die Hauptverwaltung des Nördlichen Seeweges sind zu einem Ministerium, dem Ministerium für See- und Binnenschifffahrt der UdSSR, zu vereinigen.

15. Das Ministerium für Geologie der UdSSR ist aufzulösen, und seine Funktionen sind entsprechend auf das Ministerium für Metallindustrie der UdSSR, das Ministerium für Kohlenindustrie der UdSSR, das Ministerium für Oelindustrie der UdSSR, das Ministerium für Chemische Industrie der UdSSR, das Ministerium für Baumaterialienindustrie der UdSSR und andere Ministerien, denen die Förderindustrie untersteht, zu übertragen.

16. Das Ministerium für Automobiltransport der UdSSR ist aufzulösen und seine Funktionen dem Ministerium für Verkehrswesen zu übertragen.

17. Das Staatskomitee des Ministerrats der UdSSR für materielle und technische Versorgung der Volkswirtschaft (GOSSNAB UdSSR) und das Staatskomitee des Ministerrats der UdSSR für Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren (GOSSPRODSNAB) sind mit dem Staatlichen Plankomitee der UdSSR (GOSSPLAN) zu vereinigen.

Der Vorsitzende des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. K. Woroschilow

Der Sekretär des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. N. Pegow

Moskau, Kreml, 15. März 1953.

*Gesetz über die Aenderung und Ergänzung  
der Artikel 70, 77 und 78 der Verfassung  
(des Grundgesetzes) der UdSSR*

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ordnet an:

Im Einklang mit dem Gesetz „Ueber die Umbildung der Ministerien der UdSSR“ sind die notwendigen Aenderungen und Ergänzungen der Artikel 70, 77 und 78

der Verfassung der UdSSR vorzunehmen und diese Artikel folgendermaßen zu fassen:

„Artikel 70. Der Ministerrat der UdSSR, der vom Obersten Sowjet der UdSSR gebildet wird, besteht aus: dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR; den Ersten Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR;

den Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR;

den Ministern der UdSSR;

dem Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees des Ministerrats der UdSSR;

dem Vorsitzenden des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Bauangelegenheiten.“

„Artikel 77. Zu den Allunionistischen Ministerien gehören die Ministerien für:

Kohlenindustrie;	Kraftwerke und Elektro-
Oelindustrie;	industrie;
Metallindustrie;	Rüstungsindustrie;
Chemische Industrie;	Bauwesen;
Maschinenbau;	Verkehrswesen;
Transport- und Schweren	Nachrichtenwesen;
Maschinenbau;	See- und Binnenschifffahrt;

„Artikel 78. Zu den Unions-Republikanischen Ministerien gehören die Ministerien für:

Innere Angelegenheiten;	Leicht- und Nahrungs-
Auswärtige Angelegen-	mittelindustrie;
heiten;	Baumaterialienindustrie;
Verteidigung;	Holz- und Papierindustrie;
Binnen- und Außenhandel;	Finanzen;
Landwirtschaft und Be-	Gesundheitswesen;
schaffungswesen;	Justiz;
Kultur;	Staatskontrolle.“

Der Vorsitzende des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. K. Woroschilow

Der Sekretär des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der UdSSR  
gez. N. Pegow

Moskau, Kreml, 15. März 1953.



# Die Entwicklung der rußländischen Emigration nach dem Zweiten Weltkrieg

## Vierter Teil

Von Dr. Hans von Rimscha, Professor an der Universität Erlangen

Im ersten Teil dieser Arbeit (Europa-Archiv 16/1952) wurde das Gesamtbild der rußländischen Emigration in seiner geschichtlichen Entwicklung gezeichnet. Im zweiten Teil (Europa-Archiv 22—23/1952) wurde das Erbe General Wlassows und die Partei der Solidaristen (NTS) geschildert, und der dritte Teil (Europa-Archiv 3/1953) befaßte sich mit dem Kampfbund für die Befreiung Rußlands (SBONR) und den republikanisch-demokratischen Einigungsbestrebungen. Der folgende, abschließende vierte Teil schildert die monarchistischen Gruppen, die National-Patrioten (RONDD) sowie die Bestrebungen zu einer Einigung der verschiedenen Gruppen unter amerikanischer Einflußnahme.

### Die Monarchisten

Die Monarchisten sind seit Beendigung des Ersten Bürgerkrieges (1921) ein sehr starker Faktor in der russischen Emigration gewesen. Denn es war ja die ehemals herrschende Schicht, die am unmittelbarsten von der Revolution in Mitleidenschaft gezogen wurde, und die zarentreuen Elemente haben als erste den Weg in die Fremde suchen müssen. Außerdem hatte die sogenannte „weiße Bewegung“, die im Unterschied zur herrschenden Ansicht zunächst nicht unter der Fahne des Zarismus, sondern im Namen der Erzungenschaften des „Februar“ begonnen hatte<sup>156a</sup>, zu einer wachsenden Enttäuschung auch weiter liberaler Kreise an der russischen Demokratie geführt und den monarchistischen Gedanken spürbar gestärkt. Als nach Ende des Bürgerkrieges im demokratischen Lager die Krise ausbrach und gleichzeitig die Konservativen sich unter der Fahne der Monarchie zu sammeln begannen, erhielt die monarchistische Bewegung fortgesetzten Zuzug aus den Kreisen der bisher unpolitisch gewesen Militärs.

Doch diese Entwicklung war nicht von Dauer. Bald brach auch unter den Monarchisten eine akute Krise aus, als persönliche Rivalitäten und politische Gegensätze zur Bildung verschiedener Gruppen führten<sup>157</sup>. Zudem litten die Monarchisten — ebenso wie die Sozialisten — unter einer immer bedrohlicher werdenden Ueberalterung. Bald versagten die Söhne der alten Exzellenzen, der Generäle, Gouverneure, Minister, Hofbeamten der Zarenzeit ihren Vätern die Gefolgschaft und fühlten sich in der Periode zwischen den Weltkriegen, dem Zuge der Zeit entsprechend, in wachsendem Maße vom Faschismus der verschiedensten Schattierungen angezogen. Die aus der

jungen Generation der Monarchisten hervorgegangene „Jungrussische Bewegung“ (Mladorossy) wurde bereits erwähnt. Immerhin blieb der monarchistische Gedanke doch so lebensfähig, daß die Monarchisten — seit 1921 im „Obersten Monarchistischen Rat“ (Wysschij monarchitscheskij sowjet, WMS) zusammengeschlossen — ihre starke Position innerhalb der Emigration nicht nur bis zum heutigen Tag wahren, sondern interessanterweise nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Zuzug neuer Emigranten auch noch festigen konnten.

#### Der Prätendent

Von besonderer Bedeutung ist für die Monarchisten natürlich die Person des künftigen Monarchen. Diese Frage hat in den zwanziger Jahren zu schweren Zerwürfnissen im monarchistischen Lager geführt, als ein (kleiner) Teil den aus mancherlei Gründen von den meisten scharf abgelehnten Großfürsten *Kyrill Wladimirowitsch*, entsprechend den Thronfolgersetzen, zum Kronprätendenten erklärte. Der größere und einflußreichere Teil der Monarchisten hatte sich damals, die Frage der Nachfolgeschaft offenlassend und diese Haltung damit begründend, daß der Tod des letzten Zaren nicht verbürgt sei, um den ältesten Romanow, den sich einer viel größeren Popularität erfreuenden Großfürsten *Nikolaj Nikolajewitsch*, geschart.

Die Gegensätze spitzten sich aufs äußerste zu, als der Großfürst *Kyrill* am 31. August 1924 in Coburg sich selbst zum Zaren und seinen Sohn *Wladimir* zum Thronfolger *Zesarewitsch* erklärte<sup>158</sup>. Diese Zarenproklamation, die von weiten Kreisen der Monarchisten und auch von der damals noch lebenden



Zarinmutter *Maria Feodorowna* entschieden abgelehnt wurde, wird heute interessanterweise gerade von Monarchisten für eine Provokation der Bolschewiken (!) erklärt, deren Ziel es gewesen sei, dadurch den monarchistischen Gedanken zu diskreditieren<sup>159</sup>.

Die Personalkrise wurde erst überwunden, nachdem zuerst der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch (am 9. Januar 1929) und dann auch der Zar-Großfürst Kyrill (am 12. Oktober 1938) gestorben waren. Dessen damals 21jähriger Sohn *Wladimir* folgte den Spuren seines Vaters aber nicht; er nahm Abstand davon, sich seinerseits zum Kaiser auszurufen. Vielmehr erließ er, jedenfalls besser beraten als sein Vater, am 31. Oktober 1938 in St. Briac in der Bretagne, wo er seit längerer Zeit lebte, eine Proklamation, in der er „in tiefem Bewußtsein seiner heiligen Pflicht auf Grund der Erbgesetze als das Haupt des russischen Kaiserlichen Hauses alle Rechte und Pflichten“ übernahm, die ihm „kraft der Grundgesetze des russischen Reiches zustanden“.<sup>160</sup> Seinem Vater entrichtete er zwar den ihm gebührenden Zoll, indem er ihn in der Proklamation als *Gosudar Imperator* bezeichnete. Selbst nahm er aber diesen Titel nicht an, ließ sich nicht Majestät, sondern Kaiserliche Hoheit anreden und hat es verstanden, auch die Gegner seines Vaters unter den Monarchisten für sich zu gewinnen.

In seiner Proklamation wendet er sich an alle Russen, denen das Schicksal Rußlands teuer ist: „Ich rufe alle auf, mit mir zusammenzugehen in gemeinsamer Arbeit zum Wohle des ganzen Volkes. Ich habe ein Ziel, ein Bestreben — mich ganz dem Dienst für Rußland hinzugeben, um des Glückes und der Wohlfahrt des russischen Volkes willen, das nur unter dem Schirm des Kaiserlichen Thrones Recht und Freiheit erlangen wird.“ Gleichzeitig hatte sich der Großfürst an den Vorsitzenden der erzbischöflichen Synode der Rechtgläubigen Kirche im Auslande, Metropolit *Anastasius*, mit der Bitte um seinen Segen und seine Mitarbeit gewandt<sup>161</sup>. Es war für seine Stellung natürlich wichtig, daß der Metropolit sich in seiner Antwort als des Großfürsten „untertänigster Diener und eifriger Fürbitter“ (*bogomolez*) bezeichnete und ihn seinerseits aufrief, „Träger und Wahrer (*nositel' i chranitel'*) des heiligen Kaiserlichen Erstgeburtsrechtes zu sein, auf daß das historische Licht in der Finsternis unserer wirren und traurigen Zeit nicht verlösche“.

Politisch blieben diese Vorgänge zunächst ohne Bedeutung. Während des Krieges hat der Großfürst dann noch einmal versucht, vor die Öffentlichkeit zu treten. Damals, als das Problem Rußland plötzlich eine so hohe Aktualität gewonnen hatte, waren die russischen Emigranten, speziell die Monarchisten, insofern in eine schwere psychologische Krise geraten, als sich die Versuchung immer wieder einstellte, in den Erfolgen der Sowjetunion schlechthin russische Erfolge und damit in der Sowjetunion eine erfolg-

reiche Verfechterin der Interessen Rußlands und des russischen Volkes zu sehen. In einer in der internationalen Öffentlichkeit noch kaum beachteten Botschaft vom 3. November 1939<sup>162</sup> erklärte der Großfürst *Wladimir* es für seine heilige Verpflichtung, sich an alle Russen zu wenden „mit einer Warnung vor der gefährlichen Täuschung durch scheinbare großstaatliche Erfolge der Sowjetmacht“. Diese Erfolge hätten „nicht eine Größe und Befreiung Rußlands, sondern nur eine Festigung der Macht der Gott feindlichen Internationale in Rußland“ zur Folge. Ausdrücklich betonte er dabei, daß die Sowjetmacht keinerlei organische Verbindung zum russischen Volke haben könne.

Nach 1941, während des deutsch-sowjetischen Feldzuges, konnte der Großfürst öffentlich überhaupt nicht hervortreten. Er war in Briac unter die Herrschaft der deutschen Okkupationsmacht geraten und von den Nationalsozialisten veranlaßt worden, nach Oesterreich überzusiedeln, wo er beim Zusammenbruch fast in die Hände der Bolschewiken geraten und deren Terror zum Opfer gefallen wäre. Es gelang ihm aber, nach Spanien zu entkommen.

Eine neue Aktivität unter den russischen Monarchisten, die auch ein Wiederhervortreten des Großfürsten *Wladimir* zur Folge hatte, setzte erst Ende 1948 ein. Sie steht im engen Zusammenhang mit der Verheiratung des Großfürsten. Im August 1948 ließ er sich mit der Fürstin Leonida Georgiewna *Bagration* trauen. Da die Fürstin aber in erster Ehe mit einem (inzwischen verstorbenen) reichen Amerikaner namens Kirby verheiratet gewesen war, sah sich der Großfürst plötzlich in einer Lage, die mit jener vergleichbar ist, in der König Eduard VIII. von England sich anlässlich seiner Eheabsichten befand. Gerade aus monarchistischen Kreisen wurden heftige Vorwürfe gegen den Großfürsten und seine Eheabsichten erhoben. Nun hieß es, Mr. Kirby sei Jude gewesen, die Mutter der Fürstin sei jüdischer Herkunft, die Bagrations seien überhaupt nicht ebenbürtig usw., jedenfalls sei unter diesen Umständen *Wladimir* als Thronanwärter nicht mehr tragbar.

Es ist interessant, daß der gleiche Oberste Monarchistische Rat, der sich seinerzeit von *Wladimirs* Vater entschieden distanziert hatte, sich nun mit großer Entschiedenheit hinter den Sohn stellte. Wie stark bei den geltend gemachten Argumenten auch persönliche Dinge ins Gewicht fallen, ist daraus zu ersehen, daß die seinerzeit gegen Kyrill und seine Deszendenz gemachten Bedenken nun gegen seinen Sohn nicht mehr ins Feld geführt wurden. Die Abstammung von einer mecklenburgischen Prinzessin, die erst nach der Geburt ihres Sohnes den Glauben gewechselt hatte (ein Umstand, der für Kyrill als Belastung galt), fiel bei *Wladimir* sogar zu seinen Gunsten ins Gewicht, weil er — wie das Organ des Obersten Monarchistischen Rates ausdrücklich hervorhob — auf diese



Weise von der einzigen europäischen Dynastie slawischer Herkunft abstamme<sup>163</sup>. Auch die Ebenbürtigkeit der Bagratiden, die ihr Geschlecht als regierendes Haus bis in die Zeit Nebukadnezars (!) zurückführen<sup>164</sup>, und die Unbedenklichkeit der Eheschließung wurde in staatsrechtlichen Untersuchungen und Gutachten ausdrücklich bestätigt.

So konnte Großfürst *Wladimir*, gestützt auf diesen Rückhalt, alle inzwischen in der Emigrantenpresse verbreiteten Gerüchte über seinen Verzicht auf die Rechte eines Prätendenten entschieden zurückweisen<sup>165</sup> und diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen, mit einem neuen großen, in der internationalen Presse bereits stark beachteten Aufruf an alle Russen wieder an die Öffentlichkeit treten. In diesem Aufruf — am 28. Dezember 1948 in Madrid „von seiner Kaiserlichen Hoheit eigenhändig unterschrieben“ — erklärte er es für angebracht, „klar und fest zu sagen, daß die Zeit gekommen ist, da ein jeder von Euch, gleich welchen Glaubens, welcher Herkunft und welcher Ueberzeugung, verpflichtet ist, den Weg des täglichen Dienstes an der Heimat zu beschreiten und die Streitigkeiten und schädlichen Eifersüchteilen einzustellen“.<sup>166</sup> Der Großfürst wendet sich dabei insbesondere an seine Altersgenossen — er war damals 31 Jahre alt —, „da die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes auf unseren Schultern ruht“. Er wendet sich auch an die russischen Geistlichen mit der ausdrücklichen Bitte, „ihre anstößige Zwietracht einzustellen und wieder den Weg der Einigkeit zu betreten“. Wie zu zeigen sein wird, gab es Veranlassung genug zu diesem Appell an die Einigkeit.

Sehr stark ist bereits hier ein Gedanke betont, den der Großfürst — und nicht nur er! — später noch oft wiederholte und der auch ein Lieblingsgedanke des Generals *Wlassow* war, daß nämlich „das russische Volk der wertvollste Verbündete aller antibolschewistischen Kräfte“ sei. Sonst enthält der Aufruf keinerlei politische Programmpunkte. Aber allein die Tatsache seiner Veröffentlichung in der Zeit der neuen Aktivierung der Emigration war ein unmißverständlicher Ausdruck des großfürstlichen Anspruches darauf, als der berufene Sprecher der Russen im Kampfe gegen die Bolschewiken zu erscheinen.

Der Oberste Monarchistische Rat hat die „Wünsche und Hinweise“ dieser Botschaft als für sich verbindlich erklärt und hat seinerseits ein Jahr später, am 7. November 1949, in München auf einem großen Monarchistenkongreß den Großfürsten *Wladimir* offiziell zum Thronprätendenten erklärt, indem er seinen Namen in Paragraph 1 seines Statutes aufnahm. In diesem Paragraphen war infolge des Personalstreites bis dahin ohne Benennung eines Kandidaten nur von der Wiederherstellung der Dynastie Romanow die Rede gewesen.

Die damit erfolgte Lösung der Personalfrage bedeutete natürlich eine innere Festigung der monarchi-

stischen Bewegung und war gleichzeitig ein großer Erfolg für *Wladimir* persönlich. Bald ging er einen Schritt weiter und wandte sich in seinen Botschaften nicht mehr allein an die russischen Emigranten, sondern an die ganze freie Welt. So zum letzten Male im Februar 1952<sup>167</sup>.

In dieser recht umfangreichen Botschaft erklärt sich der Großfürst vor aller Welt zum „rechtmäßigen Vertreter des wahren Rußlands und des russischen Volkes...“: „Die Dynastie ist der Krone und der Macht beraubt, aber niemand hat die Macht, mir meine Rechte zu nehmen und mich damit von der Pflicht zu entbinden, im Rahmen meiner Kräfte und Möglichkeiten Verteidiger meines Volkes zu sein.“ Ohne im einzelnen ein politisches Programm zu entwerfen, trifft er in würdiger und selbstbewußter Form verschiedene Feststellungen über Rußland, die zweifellos sachlich von sehr weiten Kreisen der russischen Emigration akzeptiert werden können. Vor allem protestiert er erneut gegen die Gleichsetzung der Begriffe Sowjetunion und Rußland und auch dagegen, daß die Sowjetunion in der internationalen Öffentlichkeit hartnäckig als „Rußland“ bezeichnet wird. Er konstatiert, daß das russische Volk dem „aus Westeuropa eingeführten Kommunismus“ seinem Wesen nach fremd, ein Opfer des Bolschewismus und in seiner überwiegenden Mehrheit ein Gegner des kommunistischen Regimes Stalins sei. Er berührt auch die außenpolitische Stellung Rußlands. Ausdrücklich erklärt er, daß das russische Volk „die territorialen und politischen Eroberungen Stalins und des Kominform“ nicht nötig habe, und erwähnt unter diesen Eroberungen außer den Satellitenstaaten auch die bekanntlich der Sowjetunion einverleibten Baltischen Staaten. „Das russische Volk hat nie gewollt und kann es nicht wollen, die beleidigende Rolle eines Bedrohers Europas zu spielen.“ In bezug auf Polen gibt er zu, daß das Kaiserliche Rußland dem polnischen Volk gegenüber Fehler zugelassen habe. In sehr scharfen Formulierungen wendet er sich gegen „die unmenschlichen Entscheidungen von Jalta“, die auf der Grundlage einer Zusammenarbeit mit Stalin getroffen wurden, und gegen die „unmenschliche Auslieferung *Wlassows* und der russischen Freiwilligen an die Sowjets“. Er warnt vor der Ansicht, daß es möglich sei, ohne bewaffnete Hilfe von außen in der Sowjetunion eine Revolution zu entfachen. Der Grundgedanke seiner Proklamation ist, daß ein Sieg über den Bolschewismus nur mit dem russischen Volke zusammen möglich sei und daß es deshalb für die freie Welt notwendig sei, sich „die freiwillige aktive Mitarbeit des russischen Volkes zu sichern“.

Obleich diese Forderungen und Feststellungen sozusagen als allgemein russische nicht an bestimmte politische Richtungen und Programme gebunden sind, kann der Großfürst hier doch nicht als Sprecher der gesamten Emigration erscheinen. Offenbar will er es



auch nicht. Schon der Passus über die Aussichtslosigkeit einer Revolution in der Sowjetunion steht in direktem Widerspruch zu den Ansichten und der Politik der Solidaristen und des „Kampfbundes“. Wiederum erweist sich der „Februar“ als die unübersteigbare Hürde. In seiner Botschaft, die er als der „gesetzliche Erbe der vom Volk vor mehr als 300 Jahren zum Herrschen berufenen Dynastie“ erläßt, geht er von der Voraussetzung aus, daß Rußland „zu den traditionellen Formen seiner Herrschaft zurückkehren“ werde. Mehr noch, er beschwert sich mit unmißverständlicher Anspielung auf Kerenskij darüber, daß die westliche Welt jenen Emigranten Hilfe gewährt, „die seinerzeit ihre politische Unfähigkeit erwiesen und den Weg für die Machtübernahme des Bolschewismus in Rußland freigemacht haben“.

In allen seinen Kundgebungen ist der Großfürst im übrigen bemüht, besondere Schärfen zu vermeiden und nicht als ein Reaktionär zu erscheinen. Er beruft sich besonders gerne auf seinen Urgroßvater, den Zarfreyer Alexander II. (von dem er übrigens sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits abstammt), dessen hohes Beispiel ihm „unablässig vor Augen stehe“.<sup>168</sup> Aeußerlich erinnert übrigens der Großfürst auffallend an Alexander III., dessen Regierungstätigkeit interessanterweise in den neueren Publikationen des Obersten Monarchistischen Rates besonders positiv bewertet wird<sup>169</sup>.

Im Ergebnis ist aber auch der Großfürst Wladimir nicht zu einem überparteilichen Exponenten der russischen Emigration schlechthin geworden, sondern zunächst jedenfalls nur der Repräsentant jener monarchistischen Kreise geblieben, die sich ausdrücklich zu ihm bekennen. Allerdings muß daran erinnert werden, daß auch einige republikanische Gruppen sich bereit erklären, im Falle eines entsprechenden Volksentscheides sich auf den Boden der Monarchie und damit wohl auch hinter den Großfürsten Wladimir zu stellen. So erscheint seine Position jedenfalls potentiell doch stärker zu sein als die der verschiedenen Parteiführer.

### Das Programm

Die Monarchisten waren von Anfang an bemüht, eine möglichst umfassende Organisation zu schaffen. Ursprünglich nannten sie ihren Zusammenschluß „Monarchistische Vereinigung“ (objedinenije), aber seit 1949 bezeichnen auch sie sich als eine „Bewegung“. Auch sie wollen keine Partei sein. „Der Monarchismus“ — argumentieren sie — „ist keine Partei, sondern eine Art Glaube, ein breites credo. Innerhalb der monarchistischen Bewegungen sind, wie in einer Monarchie, verschiedene Parteien mit verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programmen sehr wohl möglich“<sup>170</sup>. In der Praxis stellte sich aber — zumindest in der Emigration — diese Möglichkeit nicht ein. Die Notwendigkeit, sich

anderen gegenüber klar abzugrenzen, machte auch die monarchistische Bewegung faktisch zu einer Partei mit einem festen Programm.

Dieses Programm, in seinen Grundzügen bis auf den Reichenhaller Kongreß vom Jahre 1921 zurückgehend<sup>171</sup>, ist im Jahre 1949 neu formuliert und im „Statut der monarchistischen Bewegung“ niedergelegt worden<sup>172</sup>. Ein monarchistischer Kongreß vom 7. November 1949 faßte die Ziele und Zwecke der Bewegung in 21 Punkten zusammen<sup>173</sup>. Demnach ist das Ziel der Monarchisten „die Wiederherstellung einer gesetzmäßigen Monarchie in Rußland unter dem Szepter eines Kaisers aus dem Hause Romanow“. Als Kronprätendent wird ausdrücklich der Großfürst Wladimir Kyrillowitsch genannt (Paragraph 1). In gehobener Sprache und in jedenfalls bewußt unpräzisen Formulierungen wird festgestellt, daß „die monarchistische Bewegung das Unterpfand der Wiedergeburt und des Wohlergehens eines künftigen monarchischen Rußland unter dem heilsamen Segen der Rechtgläubigen Kirche in der faktischen Einheit (w dejstwitelnom jedinenii) des Volkes mit dem Zaren“ sieht, welcher „als dazu Auserwählter berufen ist, an dem großen Werk des Aufbaues eines staatlichen Lebens im russischen Reich teilzunehmen“ (Paragraph 2).

Selbstverständlich wird den Monarchisten von ihren Gegnern immer vorgeworfen, sie seien reaktionär und wollten alte, überlebte politische und vor allem soziale Zustände wiederherstellen. Demgegenüber bemühen sie sich selbst, den Verdacht reaktionärer Gesinnungen und restaurativer Absichten zu entkräften. Dem Inhalt wie der Form nach ist ihr Programm ohne Zweifel gemäßigt. Allerdings knüpfen sie bei ihrer Zukunftsplanung gerne an typisch russische Traditionen an und vermeiden es betont, etwa eine parlamentarische Monarchie nach englischem Muster als ihr erstrebenswertes Ziel erscheinen zu lassen. Sie erklären ausdrücklich — und wiederum in der Formulierung reichlich unexakt —, daß „in vernünftiger Weise den tiefen Veränderungen im Leben des Volkes als Ergebnis der überstandenen Revolution und der Periode der bolschewistischen Diktatur“ Rechnung getragen werden solle (Paragraph 4). Die Monarchisten unterstreichen besonders, daß ihr Ziel nicht „eine gewaltsame Restauration der monarchischen Ordnung in Rußland“ sei, drücken aber ihre Ueberzeugung aus, daß die Völker Rußlands, sobald sie die Möglichkeit zu einer freien Willensäußerung erlangen, sich für jene Ordnung entscheiden würden, „unter der in Rußland Recht und Wahrheit, Glaube und Treue geherrscht haben“ (Paragraph 5). Ausdrücklich verpflichten sich die Monarchisten, künftig jenes Regime anzuerkennen, welches die Völker Rußlands wünschen werden. „Das Volk wird frei durch seine Auserwählten (Isbranniki) die Konstitution des Reiches bestimmen“



(Paragraph 6). Für den Fall, daß eine Republik in Rußland errichtet wird, behalten sich die Monarchisten das Recht vor, ihre monarchistische Idee loyal zu propagieren.

Die üblichen bürgerlichen Freiheiten werden garantiert, ebenso die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, Freizügigkeit und Gleichheit aller vor dem Gesetz. Ausdrücklich werden Standesprivilegien abgelehnt. Etwas ausführlicher wird die wichtige Agrarfrage behandelt. Sie soll gelöst werden im Sinne der Wiederherstellung des Privateigentums (für die arbeitenden oder gearbeitet habenden Landwirte), wobei dem einzelnen das Recht bleibt, über die Form des Landbesitzes zu entscheiden: Einzelbesitz, Artel oder eine andere Form des Gemeinbesitzes. „Die Wiederherstellung eines gutsherrlichen Landbesitzes wird entschieden abgelehnt“ (Paragraph 17, 3a). Der Passus über die Lösung der Arbeiterfrage ist wiederum besonders unverbindlich und verschwommen formuliert: „Es ist erwünscht, die Arbeiterfrage zu lösen auf dem Wege über die Schaffung solcher Formen des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, bei denen beide Seiten unter die Bedingungen sozialer Gerechtigkeit, des Produktionsinteresses und einer würdigen rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz gestellt sein würden“ (Paragraph 17, 3b). Besonders unterstrichen wird die Notwendigkeit, „mit den schädlichen Formen des Staatskapitalismus Schluß zu machen, der unbedingt zu einer Versklavung der Industriearbeiter führt“. Das Prinzip des Privateigentums wird auch für die Industrieunternehmen anerkannt.

Die ganze Konzeption ruht auf der Grundlage eines „Einen Unteilbaren Reiches“ (ohne daß diese Formulierung gebraucht wird). Den einzelnen Völkerschaften wird das Recht „allerweitester kultureller und wirtschaftlicher Autonomie und Selbstverwaltung“ zugewilligt, natürlich nicht das Recht der Loslösung vom Reich (Paragraph 10). Zum Schluß wird noch ausdrücklich festgestellt, daß das russische Volk für die Taten der Sowjetmacht nicht verantwortlich sei; infolgedessen wird eine breite Amnestie für alle jene verlangt, die ehrlich die neue soziale und staatliche Struktur akzeptieren (Paragraph 21).

Außer dem offiziellen Programm des Obersten Monarchistischen Rates werden in der monarchistischen Presse fortgesetzt Zukunftsplanungen und Vorschläge veröffentlicht, die auf die einzelnen Fragen ausführlicher eingehen und klar erkennen lassen, daß die künftige russische Monarchie nicht nach dem Beispiel der abendländischen Monarchien gebildet, sondern auf Grund russischer geschichtlicher Traditionen neu erstehen soll. Sowohl die Stellung des Monarchen wie die der Volksvertretung soll eine vollständig andere als im Westen sein. An romantische geschichtliche Vorstellungen anknüpfend, ist der Monarch als ein Volkszar gedacht, der in un-

mittelbarem Kontakt mit dem Volke selbst regiert. Die Volksvertretung ist als Reichsversammlung im Sinne des Semschij Sobor des 16. und 17. Jahrhunderts gedacht, ganz und gar kein Parteiparlament. Sie soll aus „Erwählten des Volkes“, nicht aus Abgeordneten der Parteien bestehen, die sich „fortgesetzt in der Umgebung des Zaren befinden werden, die die Nöte und Leiden des Volkes, seine Wünsche und Sehnsüchte kennen“ und jedenfalls nur beratende Funktionen haben sollen.

Ganz offenbar legen die Monarchisten größeren Wert auf eine bestimmte Gesinnung und geistige Haltung als auf die Festlegung verfassungsrechtlicher Normen, deren Verwirklichung ohnehin in hohem Grade von den jeweiligen Umständen abhängen wird.

### Die Organisation

Die Absicht, möglichst weite Kreise zu gewinnen, ohne sich dabei im einzelnen zu sehr festzulegen, hatte zur Folge, daß die Monarchisten nicht über eine straffe Organisation verfügen. Dafür haben sie unter den Nichtorganisierten, den sogenannten Unpolitischen, jedenfalls eine recht zahlreiche Anhänger-schaft. Auch von ihren politischen Gegnern, beispielsweise den Sozialisten, wird offen zugegeben, daß etwa zwei Drittel der nicht politisch organisierten neuen (!) Emigranten mit den Monarchisten zumindest sympathisieren<sup>174</sup>. Sie selbst betonen sehr nachdrücklich, daß das Gros nicht nur der russischen Emigranten, sondern aller Russen zu ihnen gehört. „Wir wissen, daß alle, absolut alle, ob bewußt oder unbewußt, sich zu einem Zaren hingezogen fühlen. Alles, worauf sie warten, alles, wovon sie träumen, wird ihnen der Zar geben und nur der Zar!“<sup>175</sup>

Mit so suggestiven Worten werben sie weniger um Mitglieder als um Anhänger. Insofern ist die monarchistische Bewegung im Unterschied zu den Solidaristen und dem Kampfbunde eine Bewegung der Mitläufer und nicht der Aktivisten.

Da die Leitung nach wie vor in den Händen der alten Würdenträger aus der alten Emigration liegt und da von den neuen Emigranten sich in erster Linie auch die älteren Jahrgänge den Monarchisten angeschlossen haben, zeichnet sich diese Bewegung in ihren Äußerungen durch ihren ruhigen, vornehmen und gelegentlich etwas sentimental-ton aus, so daß ihre sozialistischen Gegner spöttisch bemerkten, daß sie „offenbar der Melodeklamation den Vorzug vor exakten politischen Formulierungen geben“<sup>176</sup>. Aber weder die Melodeklamationen der Monarchisten noch die exakten politischen Formulierungen der Sozialdemokraten erwiesen sich als besonders zugkräftig für die junge Generation. Offenbar fehlt beiden das Dynamische.

So blieb die Führung der monarchistischen Bewegung im Grunde doch eine Repräsentation der ehemals in Rußland herrschenden Schicht, zumal der



Petersburger sogenannten Sphären. Infolgedessen ist die Zahl deutscher Namen auch verhältnismäßig groß (Glasenapp, Engelhardt, Grabbe, Lampe, Meyer, Buxhoeveden, Grevenitz, Talberg, Stackelberg usw.).

Während die Ortsgruppen der anderen Parteien selbstverständlich alle die gleichen Parteina-men führen, erscheinen die Monarchisten unter den verschiedensten Bezeichnungen, als „Volksmonarchisten“, als „Monarchodemokraten“, als „Nationale Reichsbewegung“, als „Bewegung Neues Reich“ usw. Erwähnt zu werden verdient eine von Iwan Solonewitsch in Argentinien begründete Organisation unter dem sonderbaren Namen „Völkische Reichsbewegung der Stabskapitäne“ (Narodno — imperskoje schtabskapitanskoje dwishenije). Stabskapitän, an sich ein russischer militärischer Rang (dem Hauptmann entsprechend), ist zum Spitznamen für die Widerstandskämpfer in der Sowjetunion geworden. Solonewitsch, selbst ein Flüchtling aus der Sowjetunion und Verfasser des seinerzeit viel gelesenen Buches „Rußland im Kz“, wollte mit seiner Organisation in erster Linie die politischen Flüchtlinge erfassen und dem monarchistischen Lager zuführen. Seine Organisation der Stabskapitäne blieb allerdings unbedeutend, aber die von ihm redigierte Zeitung *Nascha Strana* (Buenos Aires) hat eine weite Verbreitung gefunden. Er selbst wurde aus Argentinien ausgewiesen und lebt zur Zeit in Uruguay. Solonewitsch verfügt in hohem Grade über die unter Russen recht verbreitete und geschätzte Eigenschaft, viele Worte machen zu können, ohne langweilig zu werden, aber auch meist ohne etwas Konkretes damit zu sagen! Ungeheuer produktiv, füllt er in der Regel die acht Seiten seiner Zeitung fast nur mit eigenen Erzeugnissen, von denen 80 Prozent polemisch sind. Insofern fällt er, der sehr stolz darauf ist, daß jemand ihn einen „Gangster der Feder“ genannt hat, aus dem üblichen Rahmen der Monarchisten heraus. Selbst entstammt er auch nicht den ehemaligen „Sphären“, hat aber dank seiner erfolgreichen Feder als unermüdlicher Propagandist des monarchischen Gedankens eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sein Ziel ist eine Volksmonarchie (in unverkennbarer Konkurrenz zur Volksdemokratie), und unter diesem Titel hat er auch eine wortreiche, aber nicht sehr gegenständliche programmatische Schrift veröffentlicht, auf die näher einzugehen sich erübrigt.

#### Die monarchistischen Kriegerverbände

Bei ihren Bemühungen, die Masse der Unpolitischen zu gewinnen, wandten sich die Monarchisten in erster Linie an die Kriegerverbände. Mehrere dieser sehr zahlreichen militärischen Organisationen waren von vornherein offen monarchistisch, so die Kriegerverbände der ehemaligen „Weißen Bewegung“. Der wichtigste von ihnen war der „Ver-

band russischer Krieger“ (russkij obschtsche-woinskij sojus, ROWS), der allerdings manche schwere Krisen zu überstehen hatte, nicht zuletzt infolge des Eindringens bolschewistischer Agenten in seine Reihen, und von dem nach verschiedenen Absplitterungen nur noch ein Rumpfverband übriggeblieben ist. Natürlich ist auch die „Vereinigung der Garde“ unter Vorsitz des Großfürsten Andrej Wladimiro-witsch monarchistisch. Ebenso der „Verband der Andreasfahne“, SAF, der später allerdings unter den Einfluß der noch zu behandelnden Nationalpatrioten geriet, desgleichen der Suworow-Verband und andere mehr. Daß auch Kriegerverbände der Wlassowzy, also neuer Emigranten, zum Teil, jedenfalls potentiell monarchistisch waren, zeigte sich, als der AZODNR<sup>177</sup> an den Großfürsten Wladimir ein Glückwunsche-telegramm zur Vermählung schickte und dieser in seiner Antwort seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gab, „auch die Stimme jener zu hören, die lange Jahre unter dem Joch der Sowjets schmachten und gleichwohl die Treue zum Vermächtnis unserer tausendjährigen Geschichte und dem uralten Streben der Russen nach der Ewigen Wahrheit bewahrt haben“.<sup>178</sup>

Wie bereits ausgeführt, gerieten auch die zunächst unpolitischen Kriegerverbände im Laufe der Zeit unter den Einfluß der einzelnen Parteien. Ein Teil ging im Zuge dieser Entwicklung offen in das Lager der Monarchisten. Im August 1950 bildete sich die „Union der Wlassowzy“ (wlassowskoje objedinenije, WO), an deren Spitze General *Turkul* trat<sup>179</sup>. Auch dieser brach mit dem Grundsatz der Nichtvorherbestimmung, „weil hinter diesem Prinzip die sowjetische Agentur steht“, und eröffnete eine äußerst scharfe Polemik gegen die sogenannten progressiven Kreise, „die zeitweilig ihre marxistischen Leidenschaften und Sympathien in die Tasche gesteckt haben; die die Diktatur Stalins stürzen, aber die sozialistische Ordnung wahren“ wollen<sup>180</sup>. Die „Union“ trat nunmehr, ohne sich ausdrücklich als Monarchisten zu erklären, politisch an die Seite des Obersten Monarchistischen Rates und ist mit ihm zusammen wiederholt an die Öffentlichkeit getreten. Desgleichen die Rumpforganisation des ROWS mit General *Archangelskij* und General *von Lampe* an der Spitze.

#### Konflikt und Krisen

In der Annahme, daß das Gros der Emigranten im Herzen doch monarchistisch ist, hat der Oberste Monarchistische Rat wiederholt versucht, eine Einigung oder zumindest eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen zu erreichen. Er hat dabei nicht nur in bezug auf seine Gegner, sondern auch im eigenen Lager bittere Enttäuschungen erfahren müssen. Bereits im Jahre 1947 hat der Rat der Monarchisten unter Hinweis auf „herannahende Entscheidungen“ die Solidaristen und die Sozialisten zur



Zusammenarbeit in einer umfassenden Emigrantenvertretung aufgefordert. Beide haben den von ihnen als unaufrichtig empfundenen Vorschlag abgelehnt. Der Grund zur Ablehnung war nicht etwa die Frage der Staatsform, denn die Monarchisten sind ja bereit, das Volk darüber entscheiden zu lassen, sondern wieder einmal die Einstellung zum „Februar“ und dessen Exponenten.

Diese Absage der „Linken“ kam nicht überraschend und wurde auch nicht schwergenommen, sah man doch im Lager der Monarchisten die Exponenten des „Februar“ als Verräter und die Februarrevolution als den Beginn einer 30jährigen roten Sklaverei an. Um so schmerzlicher waren aber die Erfahrungen mit den sogenannten „Rechten“.

Der Oberste Monarchistische Rat hatte sich unter anderem auch an die Vertreter der Rechtgläubigen Kirche gewandt und mußte nun erleben, daß auch die höchsten kirchlichen Würdenträger sich untereinander entzweiten. Während der Metropolit Wladimir seine lebhafteste Zustimmung zu einer Zusammenarbeit ausdrückte, hatte der Metropolit Theophil auf die Aufforderung nicht einmal reagiert. Bald kam es zwischen den Kirchenfürsten zu einem offenen Streit, der noch dadurch verschärft wurde, daß die zwar alle betont kirchlich und religiös ausgerichteten, untereinander aber verfeindeten Gruppen des „rechten“ Lagers sich bemühten, die hohen Geistlichen jeweils auf ihre Richtung festzulegen. Schließlich sah sich der Monarchistische Kongreß veranlaßt, „im Jammer über die Uneinigkeit innerhalb der Russischen Rechtgläubigen Kirche“ in einer formellen Resolution an die Erzbischöfliche Synode die Metropoliten Theophil und Wladimir „mit heißem Kindesflehen zu bitten, einen Weg zur Wiederherstellung der Einheit in der Kirchenverwaltung zu finden“.<sup>181</sup>

So bietet das Lager der Monarchisten in Ermangelung einer festen Organisation alles andere als ein einheitliches in sich geschlossenes Bild. Als der ruhende Pol bleibt nur der Großfürst Wladimir. Aber auch er wird nicht von allen Monarchisten anerkannt.

Bereits im Mai 1949 hatte sich vom Obersten Monarchistischen Rat eine Oppositionsgruppe als „zeitweiliger Rat der russischen monarchistischen

Bewegung in Deutschland“ abgespaltet. Diese Gruppe wurde dann aus der Bewegung ausgeschlossen, nachdem ihr Führer N. N. Tschuchnow schon früher zum Austritt veranlaßt worden war. Später siedelte er nach den Vereinigten Staaten über und setzte von dort seine Opposition fort. Es handelt sich hier aber nicht, wie es den Anschein haben könnte, nur um persönliche Rivalitäten und Eifersüchteleien, sondern um durchaus politische Gegensätze. Die neue Gruppe ist weit radikaler als der Oberste Monarchistische Rat und erkennt die Prätendentschaft des Großfürsten Wladimir nicht an. Dieses ist das entscheidende Moment, denn es schließt eine Wiedervereinigung mit den gemäßigten Monarchisten aus, da für den Obersten Monarchistischen Rat alle Willensäußerungen Wladimirs bindend sind<sup>182</sup>.

Die Zentrale der Monarchistischen Bewegung und der Sitz des Obersten Monarchistischen Rates ist seit langem in München. Vorsitzender des Rates ist seit mehreren Jahren Staatsrat P. Skarshinkij (1952 wiedergewählt), dessen Glieder Prof. Kelsi, J. Meyer, A. Michailowskij, W. Rshewskij. Das Organ des Rates sind die in München erscheinenden *Iswestija Wyszchawo Monarchitscheskawo Sowjeta*. — Die Bewegung hat ihre Ortsgruppen überall in der Welt, und auf dem Kongreß vom November 1949 waren Delegierte aus zwölf verschiedenen Ländern vertreten (Australien, Oesterreich, England, Argentinien, Venezuela, Deutschland, Ferner Osten, Iran, Italien, Uruguay, Frankreich, Chile). Die Zahl der örtlichen monarchistischen Organisationen verschiedener Schattierungen ist außerordentlich groß. Viele haben ihre eigenen Presseorgane. Die wichtigsten sind: *Nascha Strana* in Argentinien, *Wera i wernostj* in Brasilien, *Rodina* in Belgien. In Wien soll eine illegale Zeitung *Sa tschestj rodiny* erscheinen<sup>183</sup>, die dem Verfasser nicht vorgelegen hat.

Die abgesplitterte radikale Gruppe Tschuchnow fand ihrerseits Anschluß an jene Gruppe der „Rechten“, die im Unterschied zu einer verbreiteten Ansicht nicht grundsätzlich monarchistisch ist und in mancherlei Hinsicht in scharfem Gegensatz zum Obersten Monarchistischen Rat geriet, nämlich die Gruppe der National-Patrioten.

### Die National-Patrioten (RONDD)

Auch die National-Patrioten sind natürlich keine Partei, sondern eine „Bewegung“. Sie nennen sich selbst eine „neue politische Kraft“. Heute wird man diese politische Kraft nicht mehr als sehr neu bezeichnen können, denn in der national-patriotischen Front trafen sich jene jüngeren Vertreter der alten Emigration, die zu faschistischen Ideen neigten und infolge der Zersetzungserscheinungen im monarchistischen Lager „endgültig den Glauben an die Monarchisten verloren“ hatten<sup>184</sup>, mit solchen neuen

Emigranten, die politisch nach „rechts“ neigen, aber keine innere Bindung zur Monarchie mehr haben. Auf dieser Basis entstand 1947 die „Russische nationale Volks- und Reichsbewegung“ (Rossijskoje obschtschenazional'noje narodno-dershawnoje dwishenije, RONDD), die gleich einen recht starken Zulauf hatte und sich im August 1951 mit einer Reihe anderer gleichgesinnter Organisationen zur „russischen national-patriotischen Front“ (Rossijskij nazional'no-patriotitscheskij front) zusammenschloß.



Dazu gehören außer dem RONDD der bereits erwähnte „Verband der Andreasfahne“ (SAF), die „St. Georgsbrüderschaft für nationalpolitische Erziehung“, ein nationaler Gewerkschaftsbund, ein nationaler Verband russischer Schriftsteller und Journalisten, ein nationaler Verband russischer Frauen, die „Reichsvereinigung der Kosaken“ und die vom Obersten Monarchistischen Rat abgesplitterte Gruppe der Unabhängigen Monarchisten.

Bis zum Jahre 1953 behaupteten die National-Patrioten den „rechtsgerichteten demokratischen Gedanken“ zu vertreten, wobei es allerdings von vornherein klar war, daß sie mit Demokratie genau ebensoviel gemeinsam haben wie alle faschistischen Organisationen. Sie haben nunmehr auch die Berufung auf die Demokratie fallengelassen und treten seit dem Januar 1953 offiziell für den „national-patriotischen christlich-orthodoxen Gedanken“ ein. Im Unterschied zu den Monarchisten sind sie eindeutig eine Organisation der Aktivisten, straff organisiert, auf strenger Disziplin aufgebaut, mit einem „Haupt“ (glawa) der Bewegung als Leiter eines Hauptquartiers an der Spitze. Die den alten Herren im Obersten Monarchistischen Rat fehlende Dynamik und eine Anziehungskraft auf junge Menschen ist ihnen nicht abzuspüren. Allerdings beschränkt sich ihre politische Tätigkeit, im Unterschied zu jener der Monarchisten, fast ganz auf die Bundesrepublik.

Sie sind von Skrupeln nicht beschwert, weder in ihrer Propaganda noch in ihrer Politik — von ihren Gegnern wird ihnen ein heftiger Wahlterror in den russischen Lagern vorgeworfen —, und ihre politischen Lehrmeister, vor allem die Nationalsozialisten, aber in mancher Hinsicht auch die Bolschewiken, werden deutlich erkennbar. So erschien ihr Nachrichtenblatt *Wolja Naroda* lange Zeit unter dem Motto „Russische antikommunistische Patrioten aller Länder, vereinigt euch“. Neuerdings haben sie es gestrichen.

Sie lieben große Worte und anspruchsvoll klingende Bezeichnungen in bezug auf sich selbst und schrecken vor massiven Beschimpfungen ihrer Gegner nicht zurück. Ohne falsche Bescheidenheit erklären sie rundheraus: „Das Schicksal der ganzen Menschheit liegt in unseren Händen“<sup>185</sup>.

Von weiten Kreisen der russischen Emigration werden die National-Patrioten überhaupt nicht ernstgenommen und mit einer Handbewegung abgetan. Das erscheint nicht gerechtfertigt. In Anbetracht der Erfahrung, die man anderswo in den letzten Jahrzehnten mit nicht weniger hooliganisch auftretenden Bewegungen gemacht hat und im Hinblick auf die Bedeutung, die diese nicht trotz, sondern vielfach wohl gerade infolge ihrer hooliganischen Methoden erzielten und dabei eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft ausübten, erscheint es berechtigt,

auch auf die National-Patrioten etwas näher einzugehen.

### „Antisatanismus“

Selbstverständlich sind die National-Patrioten Antisemiten; mit gewissen Einschränkungen geben sie es auch zu. Ebenso selbstverständlich distanzieren sie sich von einem KZ- und Vergasungs-Antisemitismus. „Wir sind Christen“, erklärt ihr Führer, *Dershawin*, in einer programmatischen Schrift über die Judenfrage<sup>186</sup>, „und uns widersteht organisch eine Ausrottung wehrloser Menschen, besonders, wenn es Kinder, Frauen und Greise sind.“ Gleichwohl wird der Antisemitismus unter den Russen für „sehr begründet“ erklärt und in langen Artikeln die Rolle der Juden — zu denen übrigens auch Kerenskij, Viktor Tschernow und Gutschkow (Halb-jude) gerechnet werden — bei der „jüdischen Februarrevolution“ in Rußland dargelegt. Uebrigens wird auch mit Betonung auf das Anwachsen des Antisemitismus in den Vereinigten Staaten hingewiesen, die sich in dieser Beziehung nach Ansicht Dershawins heute etwa in dem Stadium befinden, in dem Deutschland im Jahre 1932 war.

Ihr besonderer Haß gilt den Assimilationsjuden, die ihre Nase in Dinge stecken, die sie nichts angehen (gemeint sind die nationalen Belange Rußlands), eine Frage, die besonders aktuell im Zusammenhang mit dem Amerikanischen Komitee der Freunde Rußlands wurde, da das jüdische Element in diesem Komitee sehr stark und an führender Stelle vertreten war. Die Assimilationsjuden werden schlechthin als „dunkle Kräfte“ bezeichnet, und so kommen die National-Patrioten zu der These, daß sie nicht Feinde der Juden, wohl aber Feinde der dunklen Kräfte, anders ausgedrückt, Feinde Satans seien<sup>187</sup>. „Für uns hört der psychologisch-politische Begriff des Antisemitismus auf zu existieren“, schreibt Dershawin wörtlich, „an seine Stelle ist der Begriff des Antisatanismus getreten, das heißt der schonungslose Kampf gegen die dunklen internationalen Kräfte, die Todfeinde der ganzen Menschheit sind“<sup>188</sup>.

### Führerprinzip und Kampfmethode

Die Organisation der National-Patrioten ist auf dem sogenannten Führerprinzip aufgebaut. Die Mitglieder des RONDD (einer politischen, nicht etwa einer militärischen Organisation) werden als Mitkämpfer (soratniki) bezeichnet. Die Mitteilungen an diese Mitkämpfer erfolgen in der Form von Befehlen aus dem Hauptquartier der Bewegung. Neben zahlreichen Ernennungen nehmen in diesen Befehlen die Ausschlüsse aus der Bewegung wegen mangelnder Aktivität beziehungsweise mangelnder Disziplin einen großen Raum ein. Ausdrücklich erklärt der Führer der Bewegung, daß er „mit aller Strenge die Erfüllung der beim Eintritt übernommenen Pflichten verlange und jede Pflichtverletzung als Grund



zu einem unverzüglichen Ausschluß aus der Bewegung“ ansehen werde<sup>189</sup>.

Ihrem Wesen und ihrer Struktur nach ist die Bewegung jedenfalls nicht weit entfernt vom Leninischen Ideal einer Partei der Berufsrevolutionäre.

Der Führer (glawa) der Bewegung — offenbar auch zum Führer eines künftigen Rußlands auszuweisen — ist Träger des ukrainischen Namens *Arziuk*. Er bedient sich aber in der Öffentlichkeit, da seine Bewegung grundsätzlich auf dem Boden eines „Einen Unteilbaren Rußland“ steht, des großrussischen Pseudonyms *Dershawin*, wobei dieser Name jedenfalls weniger an den bekannten russischen Dichter als vielmehr an das Wort *dershawa*, das heißt Macht, erinnern soll. Dershawin kommt aus den Kreisen der jungen Generation der alten Emigranten, hatte aber während des Zweiten Weltkrieges zur Wlassow-Bewegung Beziehungen angeknüpft und ist bemüht, gerade die jungen Elemente aus der neuen Emigration für sich zu gewinnen. Außer dem RONDD werden noch mehrere andere Organisationen der national-patriotischen Front von ihm persönlich geführt, so beispielsweise die St. Georgsbrüderschaft.

Wichtig wurde für den RONDD die enge Zusammenarbeit mit dem Verband der Andreasfahne, denn dadurch bekam er den sogenannten Zarenschatz in seine Hände. Es handelt sich dabei um Werte der ehemaligen Petersburger Leihanstalt, die General Wrangell während des Bürgerkrieges sichergestellt und nach seiner Flucht aus der Krim ins Ausland geschafft hatte. Die erheblichen Werte, die mehrere Eisenbahnwaggons füllten, wurden nach Wrangells Tod (1928) durch dunkle Machenschaften einer korrupten Verwaltung ziemlich vergeudet. Im Jahre 1944 gelang es Wlassow, den Rest zu übernehmen, der nach dem Zusammenbruch wieder dunklen Machenschaften zum Opfer fiel, bis schließlich die letzten zwanzig Kisten (Bruchsilber und Ikonen) im Jahre 1948 dem einzigen noch lebenden ehemaligen Befehlshaber einer russischen „weißen“ Armee, nämlich dem General von Glasenapp, dem Vorsitzenden des SAF, übergeben wurden. Im Januar 1951 gelang es dem RONDD, den Erlös der inzwischen verkauften Sachen, etwa 32 000.—DM, in seine Hände zu bekommen<sup>190</sup>.

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen kam es zu sehr schweren öffentlichen Angriffen gegen Glasenapp, Arziuk und andere. Schließlich nahmen sich die amerikanischen Gerichte der Sache an.

Allein die Stellung des Führers der Bewegung gestattete es den National-Patrioten nicht, den Großfürsten Wladimir in der von ihm beanspruchten Stellung anzuerkennen. Er gilt nur als Chef des Hauses Romanow, wird als solcher nicht bekämpft, und seine große Botschaft an die freie Welt vom Februar 1952 wurde vom Organ der National-Pa-

trioten *Nabat* zwar nicht wörtlich abgedruckt, wohl aber als „prächtig“ ausdrücklich begrüßt und ihr Inhalt gebilligt. Der Großfürst hätte damit „seine Pflicht als russischer Mensch“ (nicht etwa als berufener Sprecher der Emigration) erfüllt. Der Führer der national-patriotischen Bewegung ließ es sich allerdings nicht nehmen, sich nunmehr auch seinerseits mit einer umfangreichen Botschaft an das Ausland, speziell an das amerikanische Volk, zu wenden. Inhaltlich lassen sich zwischen beiden Botschaften viele Parallelen ziehen, aber der Ton des national-patriotischen Führers unterscheidet sich sehr erheblich von dem des Großfürsten-Thronanwärters. Der Anlaß zur Botschaft Dershawins war eine öffentliche Freundschaftserklärung von 72 bekannten Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten an das russische Volk, anläßlich des 35. Jahrestages der von den Amerikanern sehr positiv gewerteten Februarrevolution. Dershawin, selbstverständlich ein erbitterter Gegner des „Februar“, nennt diese amerikanische Freundschaftserklärung eine „Anhäufung grober Lügen, ... tendenziöse Fälschung geschichtlicher Tatsachen, ... Beleidigung des russischen Volkes, ... verbrecherische prokommunistische Provokation“. Die Unterzeichner der amerikanischen Erklärung, zu denen unter anderen General *Clay*, Admiral *Kirk*, Herbert *Hoover*, Charles *Taft* gehören, werden feierlich zu Feinden nicht nur etwa des russischen, sondern des amerikanischen Volkes und der ganzen Menschheit erklärt. Und das amerikanische Volk wird aufgefordert, sie wegen dieses „schweren Verbrechens“ streng zu verurteilen<sup>191</sup>.

Im Unterschied zu den anderen politischen Gruppen sehen die National-Patrioten ihre unmittelbare Aufgabe in einem offen erklärten, kompromißlosen Kampf innerhalb der Emigration. „Reinigung der Emigration vom Einfluß der sowjetischen Agentur und der die Kräfte der Emigration schwächenden Tätigkeit von allerlei Chauvinisten, Separatisten, Politikastern, von zänkischen oder einfach verkalkten Elementen, die bar jeder nationalen Würde den Bolschewiken in die Hände spielen<sup>192</sup>. Zu diesen auszuermessenden Elementen werden nicht allein die Sozialisten, Solidaristen oder überhaupt die Anhänger des „Februar“ gerechnet, sondern, wie die Praxis lehrte, auch viele Monarchisten, so daß als „gesunde, wirklich patriotische antibolschewistische Kräfte“ im Grunde nur jene nachblieben, die in der national-patriotischen Front vereinigt sind.

#### ZPRE und NAZPRE

Die National-Patrioten nehmen für sich in Anspruch, nicht nur die einzig wahren, sondern auch die einzig rechtmäßigen Vertreter der russischen Emigration, zumindest im Bundesgebiet, zu sein. Bereits im Jahre 1947 hatten sie, damals noch mit den Monarchisten zusammenarbeitend, die Initiative zur Begründung einer „Zentralen Vertretung der



Russischen Emigration“ (Zentral'noje predstavitel'stvo rossijskoi emigracii, ZPRE) ergriffen. Zu diesem Zweck veranstalteten sie unter den Emigranten, besonders in den DP-Lagern (zunächst in der amerikanischen Zone), Delegiertenwahlen. An diesen Wahlen hatten sich die Monarchisten, die Solidaristen und verschiedene militärische Organisationen beteiligt. Die Delegierten wählten eine Zentrale Vertretung, zu deren Vorsitzendem im März 1948 der Monarchist S. V. Jurjew gewählt wurde. Als dieser wegen seiner Uebersiedlung nach Amerika auschied, kam es im September 1949 auf einem Kongreß zum Versuch einer „Machtergreifung“ sowohl durch die Solidaristen wie durch die National-Patrioten. Die National-Patrioten siegten, was zur Folge hatte, daß nicht nur die Solidaristen und der AZODNR, sondern auch die Monarchisten, einschließlich des Leiters des Kongresses, Michailowskij, den Kongreß verließen. Infolgedessen blieb die sogenannte Zentrale Vertretung unter ihrem neugewählten Vorsitzenden, N. F. Fabricius, nur eine Repräsentation der in der National-Patriotischen Front vereinigten Organisationen.

Die Ausgewanderten begründeten als Konkurrenzunternehmen ihrerseits eine „Nationale Vertretung der Emigration“ (Nazionalnoje predstavitel'stvo rossijskoi emigracii, NAZPRE), die natürlich in heftigen, bis auf den heutigen Tag andauernden Streit mit der ZPRE geriet, zumal als die ZPRE begann, den Emigranten nationale Ausweise auszustellen, die von der NAZPRE natürlich nicht anerkannt wurden. Im Ergebnis hat sich das Schwergewicht eindeutig zugunsten der NAZPRE verschoben, hinter der heute das Gros der russischen Emigration in Deutschland steht und so gewichtige politische Gruppen wie die Monarchisten, die Solidaristen, der Kampfbund, der Freiheitsverband und die Narodniki. Am 8. und 9. November 1952 fand in München ein Delegiertentag statt, auf dem die Nationale Vertretung der russischen Emigration (NAZPRE) in folgendem Bestand gewählt wurde: Vorsitz R. T. Lebedew, ständiger Sekretär A. N. Pirang, Glieder: Prof. J. W. Budanow, Prof. E. N. Kelsi, Oberst K. G. Kromiadi, J. K. Meyer, Dr. S. U. Stepanow, General A. W. Turkul, W. Saltowez.

Die National-Patrioten erklärten diesen ganzen Kongreß kurzerhand für eine Aktion der „Fünften (bolschewistischen) Kolonne“, für einen „Betrug der Oeffentlichkeit und eine Schmähung des russischen Namens“<sup>193</sup> und schrieben ihrerseits Wahlen zu einem Gegenkongreß aus, der eine neue ZPRE wählen soll, obgleich die ZPRE auch von den Amerikanern (IRO) nicht mehr als Vertretung der gesamten russischen Emigration in Deutschland anerkannt wird. Der Kongreß, für den Dezember 1952 vorgesehen, dann aufgeschoben, hat nach Kenntnis des Verfassers bisher nicht stattgefunden.

Da alle diese Dinge nur für die Bundesrepublik Geltung haben, so ist ihre Bedeutung natürlich auch entsprechend regional begrenzt.

### Ideelles credo und Orientierung

Die National-Patrioten erklären es für nicht zweckentsprechend, bereits jetzt „irgendein eigenes ausführliches sozialpolitisches Programm“ vorzulegen, haben aber wohl ein „ideelles credo“ in 16 Punkten niedergelegt<sup>194</sup>. Es sind dieses sehr allgemein gefaßte, meist rein deklarative Formulierungen, in denen sich die Bewegung zur Religion als dem Gewissen des Volkes (Punkt 1), zur gesunden Vernunft (2), zur Freundschaft (6), zu gegenseitiger Achtung (7), zu allgemeiner Bildung (3), zu Gesundheit an Leib und Seele (4), zur Familie (5), zu Freiheit (8) und Gerechtigkeit (9) bekennt. Ohne etwas Konkretes über die künftige Staats- oder Regierungsform zu sagen, wird ganz allgemein erklärt, daß das Volk an allen Entscheidungen über sein Schicksal beteiligt sein werde (11) und daß die Unverletzlichkeit der Person (12) garantiert werden soll. Das Land soll volles Eigentum der Bauern werden, die Bodenschätze sollen Volkseigentum bleiben (13). Die Industrie soll kein Mittel zur Exploitation der Schwachen sein, die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn (14) wird verlangt. Aufgabe des Staates sei es „die Preise zu regulieren und über die Ehrlichkeit der Handelsoperationen zu wachen“ (15). Das Geld darf nicht Gegenstand des Handels oder der Spekulation oder ein Werkzeug der Bereicherung oder des Betruges der Bevölkerung sein (16).

Sehr stark betont wird von den National-Patrioten die Notwendigkeit der Wahrung alter russischer Traditionen. „Die National-Patrioten schöpfen ihre geistigen Kräfte aus den Quellen der russischen Nationalidee und überhaupt aus der russischen Kultur und Nation und aus dem Glauben der Väter, dem Rechtgläubigen Christentum“<sup>195</sup>. Eine ihrer zentralen Forderungen ist der Zusammtritt einer Allrussischen Reichsversammlung (Wserossijskij semskij sobor), die nach Niederwerfung der Bolschewiken über die weiteren Geschicke Rußlands zu entscheiden haben wird. Ueber die Art der Bestellung und der Zusammensetzung dieser Reichsversammlung wird nichts gesagt. Von „demokratischen Rechten des Volkes“ ist wiederholt die Rede, aber Worte wie Konstitution, Parlament, Partei, Wahlrecht kommen überhaupt nicht vor, auch nicht Zar oder Herrscher. In verschiedenen Presseäußerungen wird die frühere Reichsduma wegwerfend als „allrussische Quatschkammer“ (Wserossijskaja goworil'nja) bezeichnet<sup>196</sup>, der altrussische Semskij sobor, der bekanntlich keine gesetzgebenden Funktionen hatte, aber sehr verherrlicht. Immer wieder unterstrichen werden die Einheitlichkeit, Unteilbarkeit und das Machterbe (dershawnoje dostojanije) des russischen



Reiches, zu dessen Wahrung die National-Patrioten zu jedem Opfer bereit seien<sup>197</sup>.

An vielen Beispielen läßt sich belegen, daß die National-Patrioten in die Fußtapfen der Slawophilen und deren geistiger Erben treten. So zum Beispiel, wenn sie erklären, „daß die Versuche, Rußland zwangsweise unter Verachtung der eigenen russischen geistigen Werte zu europäisieren, die nationale Widerstandskraft geschwächt haben und dem aus dem Westen kommenden gottlosen Kommunismus es ermöglichen, Rußland zu überwältigen“.<sup>198</sup> Wir sahen bereits, daß auch die Solidaristen unverkennbar slawophile Züge zeigen, der Unterschied besteht nur darin, daß diese an die älteren (linken) Slawophilen (Tschernyschewskij) anknüpfen, während die National-Patrioten als geistige Erben der späteren (rechten) Slawophilen (Danilewskij, Leontjew) erscheinen.

Während die anderen politischen Parteien, schon allein infolge ihrer Zerstreuung über die verschiedensten Länder, es in der Regel vermeiden, sich außenpolitisch durch eine bestimmte Orientierung festzulegen, sind die National-Patrioten betont deutschfreundlich. Sie folgen darin einer Tradition extremer Rechtskreise der alten Emigranten, die leider immer wieder das Odium einer gewissen Abenteuerlichkeit auf sich zogen und sich nie einer großen Anhängerschaft erfreuten. Früher waren diese Kreise betont monarchistisch und hatten sich zunächst noch während des Bürgerkrieges um den Fürsten Awalow (Bermont) und später um den Zar-Großfürsten Kyrill geschart. Ihr politisches Erbe traten nicht etwa Wladimir Kyrillowitsch und der Oberste Monarchistische Rat an (die mehr die Tradition des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch fortsetzten), sondern die National-Patrioten. Der Dritte Kongreß des RONDD im Dezember 1951 richtete eine feierliche Botschaft an das deutsche Volk zu Händen des Bundespräsidenten Theodor Heuss, in dem er unterstreicht, daß „die aufrichtige deutsch-russische Freundschaft naturbedingt und das Schicksal Rußlands und Deutschlands eins geworden sei“.<sup>199</sup>

Warm begrüßt wird von den National-Patrioten eine im November 1951 in Stuttgart begründete, in Deutschland selbst recht unbekannt gebliebene Bewegung „Neue Rußlandpolitik Deutschlands“ (NRPD), die auch ihrerseits von der Voraussetzung ausgeht, daß das Schicksal Deutschland und Rußland untrennbar miteinander verbunden hat. Die National-Patrioten werden von dieser Bewegung aus-

drücklich als „die wirklichen Vertreter Rußlands“ anerkannt. Gleichsam als Konkurrenz dazu hatten, wie bereits erwähnt, die sogenannten „linken“ Gruppen der Emigration den „Freiheitsbund der deutsch-russischen Freundschaft“ ins Leben gerufen<sup>200</sup>.

Man könnte meinen, daß die National-Patrioten in Anbetracht der Struktur ihrer Bewegung und ihrer Kampfmethoden zumindest gewisse Sympathien für die Solidaristen haben müßten. Aber das Gegenteil ist der Fall. Den Solidaristen gilt ihr besonderer Haß. Es handelt sich hier wohl mehr um eine Feindschaft zwischen Konkurrenten als zwischen Gegnern<sup>201</sup>. Die Wut auf den NTS steigerte sich im gleichen Maße, in dem die Beziehungen der Solidaristen zu den Amerikanern sich verbesserten, und kam anläßlich des bereits erwähnten Artikels in der amerikanischen Zeitschrift *Colliers* über die Solidaristen besonders augenfällig zum Ausdruck. In den Augen der National-Patrioten sind die Solidaristen samt und sonders kommunistische Agenten, Verräter, die sich „die Rettung des Bolschewismus“ zum Ziel gesetzt haben<sup>202</sup>. Als angeblicher Beweis für diese These wird die überraschende und durch nichts bewiesene Behauptung aufgestellt, daß der deutsche Protektor der Solidaristen während des Krieges, der nahe Mitarbeiter Rosenbergs, Dr. Georg Leibbrand, eindeutig als kommunistischer Agent entlarvt worden sei<sup>203</sup>. Auch hierin ist die Methode der National-Patrioten durchaus bolschewistisch: fortgesetzt wird „entlarvt“. Selbstverständlich wird die gesamte politische Arbeit des NTS — sofern sie nicht einfach Renommage sei — für höchst schädlich erklärt, denn sie lähme den Widerstandswillen der Westmächte. Die National-Patrioten vertreten nämlich wie die Monarchisten mit großer Entschiedenheit die Ansicht, daß eine Niederwerfung des Bolschewismus nur mit bewaffneter Hilfe von außen erfolgen könne und keinesfalls durch eine von den Solidaristen ausgelöste Revolution<sup>204</sup>. Infolgedessen spielt der Dritte Weltkrieg im Denken — und wohl auch in den konkreten Planungen — der National-Patrioten eine sehr große Rolle.

Die Zentrale der national-patriotischen Bewegung und der Sitz ihres Führers ist München. Ihr Organ ist die in München erscheinende Monatszeitung *Nabat*, die gelegentlich auch Ausgaben in deutscher Sprache herausbringt (Chefredakteur W. Kudinow). Das Verbandsblatt des RONDD erscheint unter dem Titel *Wolja Naroda* je nach Bedarf in Stuttgart.

### Einigungsbestrebungen unter amerikanischer Regie

#### Das New Yorker Komitee

Im Zuge der Zuspitzung der internationalen Lage und speziell der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion begannen die

Amerikaner sich in steigendem Maße für die anti-bolschewistischen Russen zu interessieren.

Gleichzeitig mit der Entstehung der „Liga zum Kampf für die Volksfreiheit“<sup>205</sup>, die von den Ameri-



kanern zunächst als eine überparteiliche Dachorganisation der russischen Emigranten unter Führung Kerenskij gedacht war, bildete sich in New York ein amerikanisches „Komitee der Freunde des russischen Volkes“. Es handelte sich dabei um eine Gruppe linker amerikanischer Journalisten, Wissenschaftler und Politiker, die der Harvard-Universität und der Zeitschrift *New Leader* nahestehen. Eine besondere Rolle spielten bei ihnen die Amerikaner russischer Herkunft, das heißt jene russischen Emigranten, die inzwischen in den Vereinigten Staaten naturalisiert und damit zu Amerikanern geworden waren. Diese Amerikaner russischer Herkunft, bei denen das jüdische Element stark vertreten war — ein Umstand, der für die Weiterentwicklung von Bedeutung ist —, neigen nach Ansicht nichtnaturalisierter Emigranten dazu, die russischen Dinge mit amerikanischen Augen zu sehen. „Aber so gesehen“, bemerkt Prof. *Nikolajewskij* dazu, „erscheint mancherlei in einem anderen Lichte, als wenn man es mit russischen Augen sieht“<sup>206</sup>.

Das amerikanische „Komitee der Freunde“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, „die amerikanische öffentliche Meinung zu mobilisieren und sie aufzurufen, die antibolschewistischen Kräfte der Emigration wie auch alle antibolschewistischen Strömungen innerhalb der Sowjetunion zu unterstützen“. Gleichzeitig setzten Bestrebungen ein, alle demokratischen antibolschewistischen Kräfte in der Emigration zu sammeln und sie mit amerikanischer technischer und materieller Hilfe zu einer umfassenden Einheitsfront zusammenzuschließen. Dieses Ziel konnte bei der Lage der Dinge aber nur in Deutschland erreicht werden, weil sich dort die Zentralen der wichtigsten Emigrantenorganisationen befinden. Der Grundgedanke der Amerikaner war dabei, sich nicht etwa auf die russischen Emigranten zu beschränken, sondern auch die antibolschewistischen Vertreter der nichtrussischen Völker der Sowjetunion an der Aktion zu beteiligen.

Es begann nun ein Schauspiel, das sich durch volle zwei Jahre hinzog (Oktober 1950 bis Oktober 1952), das, reich an Krisen und dramatischen Höhepunkten, oft den Charakter eines echten Trauerspiels, aber nicht selten auch den einer Farce annahm. Die Akteure bei dieser von den Amerikanern finanzierten Aktion waren die Vertreter verschiedener russischer und nichtrussischer Emigrantenorganisationen, und die Regie führte das amerikanische Komitee. Man kann nicht behaupten, daß es dabei eine glückliche Hand gehabt hätte<sup>207</sup>.

Es kann an dieser Stelle aus Raumgründen leider nicht näher auf die interessanten und in vieler Hinsicht aufschlußreichen Verhandlungen eingegangen werden, die eine sehr klare Vorstellung von den ungeheuren Schwierigkeiten vermitteln, die sich notwendig in dem Augenblick ergeben müssen, wenn

konkret die Frage nach einer Neugestaltung des zur Zeit von der Sowjetunion beherrschten Raumes gestellt wird. Nur auf einiges sei kurz hingewiesen.

Im Grunde ging es dabei natürlich um die gleichen Probleme, vor die Hitler und Rosenberg sich bei ihrem Versuch einer Neuordnung Rußlands gestellt sahen. Das weitaus Wichtigste davon war und ist die nationale Frage, die sich kurz auf die Alternative zurückführen läßt: Soll die übernationale Reichseinheit erhalten bleiben, oder soll das Gebiet auf nationaler Grundlage aufgeteilt werden.

Die Amerikaner hatten zunächst den Wunsch, nach Möglichkeit allen gerecht zu werden und eine konkrete Antwort auf diese Frage zu vermeiden. Es erwies sich aber, daß eine Stellungnahme dazu nicht zu umgehen war, da die verschiedenen Zielsetzungen einander ausschließen. Allein der erbitterte Streit um den Namen des neuzubildenden Gremiums — Rat für die Befreiung Rußlands oder für die Befreiung der Völker Rußlands — war nur ein äußerer Niederschlag der tiefen inneren Gegensätzlichkeit. Und es war sehr bezeichnend und selbstverständlich ein Ausdruck für die grundsätzliche Einstellung der Amerikaner, daß das New Yorker Komitee eben um diese Zeit seinen Namen änderte und sich hinfort nicht mehr „Komitee der Freunde des russischen Volkes“, sondern „Komitee zur Befreiung der Völker Rußlands“ nannte. Der Vorsitz in dem Komitee hat übrigens wiederholt gewechselt; zuerst führte ihn der Journalist *Eugene Lyons*, dann (seit Januar 1952) Admiral *Kirk* und schließlich (ab August 1952) Admiral *Stevens*.

Als Emissär des Komitees, der, mit erheblichen Mitteln ausgestattet, das gewünschte Gremium zustande bringen sollte, erschien der „Amerikaner russischer Herkunft“ *Isaac Don Levin* in Deutschland. Er hat von den Emigranten sehr nachdrücklich verlangt, die Wünsche der Amerikaner zu respektieren, und hat schließlich, um seinen Willen durchzusetzen, mit dem Entzug der Mittel für das bereits arbeitende und ein eigenes Bulletin herausgebende, von vier russischen Organisationen gewählte „Büro“ gedroht und damit die russischen Gruppen unter einen empfindlichen finanziellen Druck gesetzt. Die Folge war, daß zwei russische Gruppen — die Solidaristen und der liberale Freiheitsverband — sich von der gemeinsamen Arbeit wieder zurückzogen, worauf das amerikanische Komitee *Don Levin* wieder abberief.

Als Einigungsexponent der Russen war von den Amerikanern zunächst *Kerenskij* herausgestellt worden, der, von einer eifrigen Propaganda begleitet, 1951 in Deutschland erschien, eine außerordentliche Regsamkeit zuerst als Vertreter der „Liga“, dann als Vertreter der „Volksbewegung“ entfaltete, aber ein völliges Fiasko erlitt und schließlich ganz in der Versenkung verschwand.

Von russischer Seite beteiligten sich an den Ver-



handlungen nur jene Gruppen, die sich auf den Boden des „Februar“ stellten: Liga, Kampfbund (SBONR), Volksbewegung (RND), Freiheitsverband (SBSR) und auch die Solidaristen (NTS). Von vornherein ausgeschlossen waren die Radikalen als Anhänger eines totalitären Regimes, aber auch die gemäßigten Monarchisten, die einige russische Gruppen gerne mit dabei gesehen hätten, wurden von den Amerikanern als Teilnehmer abgelehnt, weil „es der demokratischen öffentlichen Meinung Amerikas organisch widerstrebt, monarchistische Gruppen zu unterstützen“.<sup>208</sup> Die linken Sozialisten (*Abramowitsch*) lehnten eine Teilnahme wegen der Beteiligung der Solidaristen ab. Trotz des so eingeeengten Rahmens waren aber die Ansichten auch dieser wenigen Mittelgruppen in bezug auf die nationale Frage miteinander nicht vereinbar. Während die einen (Freiheitsverband, Solidaristen) für die unbedingte Wahrung der Reichseinheit eintraten, billigten die anderen (Liga, Kampfbund) den einzelnen Völkern auch das Recht der Abtrennung vom Reich zu.

Nach dem Krach mit Don Levin zogen die Solidaristen sich ganz zurück und machten ihre weitere Mitarbeit von Bedingungen abhängig, die sie jedenfalls nicht erfüllt sahen, von denen die wichtigste die entschiedene Ablehnung einer Aufteilung Rußlands ist. Der liberale Freiheitsverband (*Melgunow*) war vorübergehend nach einer außerordentlich scharfen Erklärung ausgeschieden — „in einer so antigemeinschaftlichen Atmosphäre zu arbeiten, ist für uns nicht möglich; die Ausrichtung des Amerikanischen Komitees auf die „Separatisten“ hat uns von seinen Verbündeten zu seinen Gegnern gemacht“<sup>209</sup> — hat sich aber nach Abberufung Don Levins wieder an den Verhandlungen beteiligt.

Noch weniger einheitlich als auf der russischen Seite sah es auf der Seite der nichtrussischen Völker, der sogenannten Nationalen, aus. Ohne hier näher darauf eingehen zu können, sei daran erinnert, daß die Emigrationen auch dieser Völker ihrerseits in zahlreiche Parteien und Gruppen gespalten sind. Für das geplante Gremium kamen selbstverständlich nur jene in Frage, die grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit den Russen bereit sind, während die anderen, meist Nationalisten, die sich als Repräsentanten eigenständiger Völker betrachten und nicht als „Völker Rußlands“, außerhalb blieben. Von den zahlreichen ukrainischen politischen Organisationen nahm zum Beispiel nicht eine einzige an den Verhandlungen teil, auch keine Gruppe der drei baltischen Völker. So war der Rahmen auch auf dieser Seite sehr eng gespannt.

In diesem eingeeengten Rahmen gelang es dann schließlich nach zweijährigen Mühen, das Gremium unter der, wie die Solidaristen abfällig bemerkten, „anonymen“ Bezeichnung: „Koordinationszentrum

des antibolschewistischen Kampfes“ zustande zu bringen.

#### Das Koordinationszentrum

Am 16. Oktober 1952 wurde in München das „Koordinationszentrum des antibolschewistischen Kampfes“ (koordinazionny zentr antibolschewistskoj bor' by, KZAB), begründet, dessen Namen bezeichnenderweise entgegen der ursprünglichen Absicht weder das Wort Rußland noch Völker Rußlands enthielt. Vier russische Organisationen und fünf „nationale“ schlossen sich dem Zentrum an, und zwar: die Liga zum Kampf für die Volksfreiheit, die Rußländische Volksbewegung, der Kampfbund für die Befreiung der Völker Rußlands und der Kampfverband für die Freiheit Rußlands (Freiheitsverband); der Georgische Nationalrat, das Aserbeidschanische Vereinigte Nationalkomitee, die Vereinigung der Armenischen Freiheitskämpfer, die Nordkaukasische Nationale Vereinigung (SKANO) und das Turkestanische Nationale Freiheitskomitee „Türkeli“.

Auf russischer Seite fehlen außer den grundsätzlich ausgeschlossenen Totalitaristen die großen Gruppen der Monarchisten und der Solidaristen; es fehlen auch die Sozialdemokraten als Partei. Auf der Seite der Nationalen fehlen gerade die wichtigsten: die Ukrainer und die Weißruthenen. So ist es selbstverständlich zutreffend, wenn das KZAB feststellt, daß es keinen Anspruch darauf erheben könne, als Repräsentation der Gesamtmigration zu erscheinen. Zur Geschäftsführung wurde ein „Büro“ bestellt, zu dessen Vorsitzendem Prof. *Melgunow* (Freiheitsverband) gewählt wurde. Die übrigen Glieder sind: *Butenko* (Liga), *Kurganow* (Volksbewegung), *Antonow* (Kampfbund), *Bogdanow* (Freiheitsverband), *Zinzinadze* (Georgier), *Chadshibeili* (Aserbeidschan), *Saaruni* (Armenier), *Chodarow* (Nordkaukasier) und *Kanatbey* (Türkeli).

Das eigentliche Organ des „Zentrums“ soll ein aus sechzig Personen zu bildender Rat sein, der sich zu einem Drittel aus Vertretern der russischen, zu einem Drittel aus Vertretern der nationalen Organisationen und zu einem Drittel aus persönlich zu berufenden „Vertretern der Gesellschaft, der Wissenschaft, und Kultur“ zusammensetzen soll. Diese letzteren Persönlichkeiten sollen vom Rat mit Zweidrittelmehrheit kooptiert werden. Ob die Basis auf diese Weise eine Erweiterung erfahren wird, mag die Zukunft lehren.

Das „Zentrum“ hat auch eine politische Plattform im Rahmen eines Statutes veröffentlicht, das gar zu sehr den Stempel eines Kompromisses trägt, so daß die Solidaristen treffend bemerkten, daß es „blaß, ohne politisches Pathos und propagandistisch höchst unglücklich“ ausgefallen ist<sup>210</sup>. Die wichtigsten Teile dieses Statutes bringen wir am Ende dieses Artikels im Wortlaut. Hervorgehoben sei dabei die ausdrückliche Berufung auf die Vereinten Nationen (Präambel) und das Bekenntnis zum „Februar“ (Art. 2).



Am deutlichsten wird der Kompromißcharakter in Punkt 3 über die heikle nationale Frage erkennbar, besonders in der ersten Anmerkung dazu. Wenn auch die Alternative: Wahrung der Reichseinheit oder Aufteilung? nach dem Grundsatz der Nichtvorherbestimmung offengelassen wurde, so ließ es sich doch nicht umgehen, dazu Stellung zu nehmen, wer über diese Frage in Zukunft zu entscheiden haben werde, eine übernationale Allrußländische Reichskonstituante (Forderung eines Teiles der Russen) oder nationale Konstituierende Versammlungen (Forderung der Nationalen). Schließlich hat man beide, einander ausschließende Möglichkeiten nebeneinander gestellt, eine Lösung, welche die schärfste Kritik der nicht zum KZAB gehörenden Gruppen ausgelöst hat, der russischen Monarchisten auf der einen und der nicht-russischen Nationalisten auf der anderen Seite.

Diese letzteren sind nach wie vor in dem bereits während des Krieges begründeten „Antibolschewistischen Block der Nationen“, ABN, vereinigt, ein Gremium, in dem grundsätzlich den Russen ebenso wie jedem anderen Volke nur eine Stimme zugewilligt wird und das eindeutig die Aufteilung Rußlands anstrebt. Zum Entsetzen der großrussisch eingestellten Emigranten ist neuerdings für diese „Rosenbergsche Konzeption“ außer einigen amerikanischen Politikern auch der bekannte britische General Fuller als deren leidenschaftlicher Befürworter an die Öffentlichkeit getreten<sup>211</sup>.

Mit der Begründung dieses Koordinationszentrums ist die Entwicklung selbstverständlich nicht abgeschlossen. Alles bleibt im Fluß, und niemand wird sich darüber täuschen, daß die Weiterentwicklung auch dieser Dinge entscheidend von der politischen Haltung des Weißen Hauses in Washington abhängen wird.

In seiner großen programmatischen Rede vom 16. April 1953 hat Präsident Eisenhower sich bekanntlich für eine „völlige Unabhängigkeit der osteuropäischen Nationen“ eingesetzt. Die Formulierung der entsprechenden Sätze — an zwei verschiedenen Stellen — war so, daß mit osteuropäischen Nationen nicht nur die sogenannten Satellitenstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) gemeint zu sein brauchen. Man kann darunter gewiß auch die bereits in die Sowjetunion eingegliederten Länder (Estland, Lettland, Litauen) verstehen. Nach dem Wortlaut der Rede kann man aber auch jene osteuropäischen Völker darunter verstehen, die schon vor dem letzten Kriege zum Bestande der Sowjetunion gehörten und deren nationale Emigrantenvertretungen — besonders eifrig in den Vereinigten Staaten — eine Unabhängigkeit ihrer Länder anstreben, in erster Linie die Ukrainer und Weißruthenen, also gerade die Völker, die sich am Koordinationszentrum nicht beteiligen und in offenem Gegensatz zu den russischen Emigranten aller Schattierungen stehen. Denn der

amerikanische Präsident hat nicht, wie in der deutschen Presse vielfach fälschlich gemeldet und entsprechend kommentiert wurde<sup>212</sup>, von einer Wiederherstellung der Selbständigkeit dieser Völker gesprochen, sondern ganz allgemein gesagt: „Diese freie (europäische) Gemeinschaft und die völlige Unabhängigkeit der osteuropäischen Nationen könnten das Ende der gegenwärtigen unnatürlichen Spaltung in Europa bedeuten.“ Das bedeutet keine Festlegung auf eine bestimmte Gruppe osteuropäischer Völker. Die heikle Frage ist damit angeschnitten, aber gleichwohl nicht gelöst, auch nicht in der Zielsetzung. Ohne Zweifel hat Präsident Eisenhower damit ein sehr heißes Eisen berührt.

### Das Statut des Koordinationszentrums (KZAB)

Das Statut hat folgenden Wortlaut:

#### 1. Allgemeines

„Das KZAB ist für die Organisation eines aktiven Kampfes zur Liquidierung der volksfeindlichen, kommunistischen Diktatur begründet worden, d. h. zu einem Kampf, der den Weg zur Befreiung der auf dem Territorium der heutigen Sowjetunion siedelnden Völker öffnen und zur Begründung einer den Wünschen dieser Völker entsprechenden demokratischen Ordnung führen wird.“

Das KZAB ist ein Organ der Vereinheitlichung der Aktionen zum Kampf gegen die kommunistische Diktatur. Es ist auf breiter politischer Basis begründet; die demokratischen Emigrationen aller auf dem Territorium der Sowjetunion siedelnden Völker sollen nach Möglichkeit im Zentrum vertreten sein.

Zur Teilnahme am KZAB sind die Gruppen nicht zugelassen, die die Restauration des vorrevolutionären Regimes oder eine totalitäre Diktatur in der einen oder der anderen Form anstreben, wie auch jene, die eine Propaganda des nationalen Hasses führen oder das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung der Völker bei der Lösung der nationalen Frage ablehnen.

#### 2. Politische Plattform

Ausgehend von den durch die Vereinten Nationen verkündeten Prinzipien der Menschen- und Bürgerrechte legt das KZAB folgende politische Plattform seiner Tätigkeit zugrunde:

1. Unversöhnlicher Kampf mit der kommunistischen Diktatur bis zu deren völliger Vernichtung.
2. Durchführung des Prinzips einer folgerichtigen Volksherrschaft — erstmalig in Rußland von der Februarrevolution verkündet — als der wichtigsten Voraussetzung der Verhinderung von Versuchen einer Restauration, des Absolutismus oder der Begründung einer Diktatur in irgendeiner Form.
3. Anerkennung des unbedingten Rechtes aller auf dem Territorium der Sowjetunion lebenden Völker, frei und auf der Grundlage einer demokratischen Willensäußerung ihr Schicksal zu bestimmen, und die reale Sicherstellung dieses Rechtes auf Selbstbestimmung.

Anm. 1. Unter demokratischer Willensäußerung kann jede Organisation eine Willensäußerung verstehen, sei es auf dem Wege des Plebiszites, sei es auf dem Wege nationaler Konstituierender Versammlungen, sei es auf dem Wege einer Konstituierenden Allrußländischen Reichsversammlung.



Anm. 2. Da unter den derzeitigen Umständen in der Sowjetunion eine freie demokratische Willensäußerung unmöglich ist, so kann diese nur nach der Liquidierung der Sowjetherrschaft verwirklicht werden.

Anm. 3. Das KZAB ist ein Kampforgan für die Freiheit der auf dem Territorium der Sowjetunion lebenden Völker, aber nicht eine Gesamtorganisation der Emigration. Die zum Zentrum gehörenden russischen Organisationen sehen sich nicht als Keimzelle einer künftigen Regierung an. Ebenso sehen die nationalen Organisationen sich nicht als Vertreter nationaler staatlicher Gebilde an.

In Uebereinstimmung damit ist die Heranziehung bestehender oder neuer Organisationen zum KZAB durch die Anerkennung dieses Prinzips bedingt.

4. Gewährung der vollen politischen und bürgerlichen Rechte allen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechtes, der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses.

5. Gewährung der Freiheit des Gewissens und des Rechtes freier Religionsausübung und -verkündung.

6. Liquidierung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Partei oder den Staat; Unterordnung der Staatspolitik unter die Interessen der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Völker.

7. Vernichtung des Systems des Terrors und der Gewalt. Beseitigung der KZ und jeder Form erzwungener Sklavenarbeit. Befreiung der politischen Häftlinge. Rückführung der Opfer von Repressalien und Massendeportationen in ihre Heimat.

8. Keine Zulassung einer Politik der Rache nach Beseitigung der Diktatur.

9. Abschaffung der Kolchose und des Systems der Zwangsablieferung. Uebergabe des Landes in den Besitz der Bauern. Das Recht der Bauern, die Form des Landbesitzes und der Landnutzung frei zu wählen.

10. Befreiung der schöpferischen Tätigkeit und des kulturellen Lebens von jeder Form staatlichen Zwanges.

11. Liquidierung der aggressiven Außenpolitik der Sowjetunion und entschiedene Ablehnung, die Akte dieser Aggression anzuerkennen.<sup>213</sup>

## Anmerkungen

<sup>156a</sup>) Vgl. *Rimscha*: „Rußland jenseits der Grenzen“ a. a. O. 59 ff.

<sup>157</sup>) Näheres über diese Entwicklung ebenda.

<sup>158</sup>) ebenda, S. 66 ff.

<sup>159</sup>) Diese Behauptung wird aufgestellt, obgleich das ganze Unternehmen nachweisbar von amerikanischer Seite finanziert wurde.

<sup>160</sup>) Die Proklamation ist abgedruckt in: *Iswestija* WMS Nr. 2.

<sup>161</sup>) ebenda.

<sup>162</sup>) abgedruckt in *Novyj Put* vom 5. November 1939 (in der Schweiz).

<sup>163</sup>) *Iswestija* WMS Nr. 3.

<sup>164</sup>) ebenda Nr. 1 (177).

<sup>165</sup>) So in einem Brief an den Vorsitzenden des WMS vom 18. November 1948.

<sup>166</sup>) *Iswestija* WMS Nr. 3.

<sup>167</sup>) Die Botschaft ist abgedruckt im *Suworowez* Nr. 8/9 und in *Nascha Strana* Nr. 112.

<sup>168</sup>) So in seiner Botschaft vom 28. Dezember 1948 und in einem Reskript an die ehemaligen Offiziere der ROA vom 1. Oktober 1948.

<sup>169</sup>) Vgl. das zweibändige Werk von S. S. Oldenburg: „Zarstwojanoe Imperatora Nikolaja II“. Belgrad 1939.

<sup>170</sup>) *Iswestija* WMS Nr. 2.

<sup>171</sup>) Vgl. dazu *Rimscha*: „Bürgerkrieg“ a. a. O.

<sup>172</sup>) Am 7. November 1949.

<sup>173</sup>) Vgl. die Deklaration des Kongresses, abgedruckt in *Iswestija* WMS Nr. 7.

<sup>174</sup>) So *Abramowitsch* in einem Brief der RSDRP, abgedruckt in *Nascha Strana* Nr. 84.

<sup>175</sup>) *Nascha Strana* vom 14. Oktober 1950.

<sup>176</sup>) *Nikolajewskij* im *Soz. Westnik* vom 28. Februar 1948.

<sup>177</sup>) Ueber den AZODNR vgl. EA 22—23/1952, S. 5320.

<sup>178</sup>) *Iswestija* WMS Nr. 2.

<sup>179</sup>) Die Union hatte eine politische Leitung (KOW) und eine militärische Leitung (UKROA).

<sup>180</sup>) General Turkul: „Armee und Politik“ in „Wlassowez“ Nr. 5/6.

<sup>181</sup>) *Iswestija* WMS Nr. 7.

<sup>182</sup>) Vgl. zu diesen Vorgängen *Iswestija* WMS Nr. 6.

<sup>183</sup>) Laut einer Mitteilung von F. Garin im *Berner Bund* vom 7. Oktober 1949.

<sup>184</sup>) Vgl. *Dershawin* im *Nabat* Nr. 22.

<sup>185</sup>) So in der Deklaration des RONDD vom 23. April 1948.

<sup>186</sup>) *Dershawin*: „Jewrejskij wopros“.

<sup>187</sup>) *Dershawin*: „Sorwannyje sanawesy“.

<sup>188</sup>) *Nabat* Nr. 27.

<sup>189</sup>) Offizielle Mitteilung des Hauptquartiers vom 1. Januar 1952.

<sup>190</sup>) Diese Vorgänge sind behandelt in der deutschen Ausgabe des *Nabat* Nr. 1, vgl. auch die Erklärung des NAZPRE vom April 1951.

<sup>191</sup>) *Nabat* Nr. 33.

<sup>192</sup>) Vgl. Deklaration des Dritten Kongresses des RONDD, These 5.

<sup>193</sup>) *Nabat* Nr. 38 vom 15. November 1952.

<sup>194</sup>) Veröffentlichung als Deklaration am 23. April 1948.

<sup>195</sup>) Deklaration, These 1.

<sup>196</sup>) So *Nabat* Nr. 27.

<sup>197</sup>) Deklaration, These 3.

<sup>198</sup>) Deutsche Ausgabe des *Nabat* Nr. 1.

<sup>199</sup>) Deklaration des Dritten Kongresses.

<sup>200</sup>) Vgl. EA 22—23/1952, S. 5330.

<sup>201</sup>) Vgl. die wiederholt von *Dershawin* den Solidaristen öffentlich gestellten acht Gewissensfragen.

<sup>202</sup>) Im Sept. 1952 veröffentlichte der *Nabat* eine Sondernummer über die Solidaristen unter der Schlagzeile „Die Verräter an den Schandpfahl“.

<sup>203</sup>) *Nabat* Nr. 33.

<sup>204</sup>) *Nabat* Nr. 22.

<sup>205</sup>) Vgl. EA 3/1953, S. 5467.

<sup>206</sup>) *Grjaduschtschaja Rossija* Nr. 7.

<sup>207</sup>) Ueber diese Verhandlungen hat die Emigrantenpresse außerordentlich viel veröffentlicht, zusammenfassend vgl. den dokumentarisch belegten Artikel von *Melgunow*: „Zerschlagene Illusionen“ in *Rossijskij Demokrat* 1951 Nr. 2. —

Die einzelnen Etappen bei diesen Verhandlungen waren die Konferenzen von

Füssen, Januar 1951; vier russische Organisationen (Liga, Kampfbund, Solidaristen, Freiheitsverband);

Stuttgart, August 1951; fünf russische Organisationen (dieselben und die Volksbewegung);

Wiesbaden, November 1951; dieselben fünf russischen Organisationen und sechs „nationale“ Organisationen (Aserbeidschaner, Armenier, Weißruthenen, Georgier, Nordkaukasier und Turkestaner);

Starnberg, Juni 1952; vier russische Organisationen (dieselben



ohne die Solidaristen) und dieselben „nationalen“ Organisationen; München, Oktober 1952; dieselben vier russischen Organisationen und fünf „nationale“ Organisationen (dieselben ohne die Weißbruthenen).

<sup>208)</sup> Nach einer Erklärung des Nachfolgers Don Levins als Vertreter des Amerikanischen Komitees in Deutschland, Williams, vgl. *Rossiiskij Demokrat* Nr. 2, S. 2.

<sup>209)</sup> ebenda Seite 22.

<sup>210)</sup> *Possew* vom 9. November 1952.

<sup>211)</sup> Die Auslassungen General Fullers zugunsten des ABN sind z. T. auch in der Bundesrepublik veröffentlicht worden, so in der neonazistischen Zeitschrift *Nation Europa* vom März 1952.

<sup>212)</sup> So schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 17. 4. 53 in Abweichung von dem in der gleichen Nummer abgedruckten Wortlaut der Rede, Eisenhower hätte sich für eine Beendigung der Teilung Europas eingesetzt, „indem die osteuropäischen Nationen ihre Unabhängigkeit zurück-erlangen“, und bemerkt im Kommentar dazu, aus diesem Satz gehe hervor, „daß Eisenhower und Dulles immer noch an ihrem großen Ziel festhalten, in Europa den Bolschewismus hinter den Bug zurückzudrängen“. Aus dem Wortlaut der Rede geht das nicht hervor. (Vgl. hierzu den Wortlaut der Eisenhower-Rede auf S. 5731 ff dieser Folge.)

<sup>213)</sup> Der Wortlaut ist veröffentlicht im *Possew* vom 9. November 1952.

## Bedeutung der Abkürzungen

Im Text ist bei der erstmaligen Verwendung der Abkürzung stets deren Bedeutung erwähnt. Im weiteren Verlauf der Darstellung wurden meist nur die Abkürzungen verwandt.

ABN — Antibolschewistitscheskij blok narodow (Antibolschewistischer Block der Nationen).

AZODNR — Antibolschewistitscheskij zentr oswoboditel'nowo dwishenija narodow Rossii (Antibolschewistisches Zentrum der Befreiungsbewegung der Völker Rußlands).

BSMNR — Bojewoi sojus molodeshi narodow Rossii (Kriegsverband der Jugend der Völker Rußlands).

KONR — Komitet oswoboshdenija narodow Rossii (Befreiungskomitee der Völker Rußlands).

KOW — Komitet objedinjonnych Wlassowzew (Komitee der vereinigten Wlassowzys).

KZAB — Koordinazionnyj zentr antibolschewistitscheskoj bor'by (Koordinationszentrum des antibolschewistischen Kampfes).

NAZPRE — Nazionalnoje predstavitel'stwo rossijskoi emigracii (Nationale Vertretung der russischen Emigration).

NRPD — Neue Rußlandpolitik Deutschlands.

NSNP — Nazionalnyi sojus nowowo pokolenija (Nationalverband der neuen Generation).

NTS — Nazionalno-trudowoj sojus (Nationaler Bund des Schaffens, nationaler Arbeitsverband).

NTSNP — Nazionalno-trudowoj sojus nowowo pokolenija (Nationaler Bund des Schaffens der neuen Generation).

ODNR — Oswoboditel'noje dwishenije narodow Rossii (Befreiungsbewegung der Völker Rußlands).

ORA — Organizacija rossijskich antikommunistok (Organisation russischer Antikommunistinnen).

RFS — Rossiiskij faschistskij sojus (Russischer Faschistenbund).

RND — Rossijskoje narodnoje dwishenije (Rußländische Volksbewegung).

RNO — Rossijskoje nazionalnoje objedinenije (Russische nationale Vereinigung).

ROA — Russkaja oswoboditel'naja armija (Russische Befreiungsarmee).

RONDD — Rossijskoje obschtschenazional'noje narodno-dershawnoje dwishenije (Russische nationale Volks- und Reichsbewegung).

ROWS — Russkij obschtsche-woinskij sojus (Verband russischer Krieger).

RSDRP — Rossijskaja sozialdemokratitscheskaja rabotschaja partija (Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei).

SAF — Sojus Andrejewskawo flaga (Verband der Andreasfahne).

SBONR — Sojus bor'by sa oswoboshdenije narodow Rossii (Kampfbund zur Befreiung der Völker Rußlands).

SBSR — Sojus bor'by sa swobodu Rossii (Bund zum Kampf für die Freiheit Rußlands).

SONR — Sowjet oswoboshdenija narodow Rossii (Befreiungsrat der Völker Rußlands).

SWOD — Sojus winow oswoboditel'nowo dwishenija (Kriegerverband der Befreiungsbewegung).

WMS — Wysschij monarchitscheskij sowjet (Oberster monarchistischer Rat).

WO — Wlassowskoje objedinenije (Union der Wlassowzys).

UKROA — Uprawlenije kadrami rossijskoj oswoboditel'noj armii (Kaderverwaltung der russischen Befreiungsarmee).

ZPRE — Zentralnoje predstavitel'stwo rossijskoj emigracii (Zentrale Vertretung der russischen Emigration).



## Neue Bemühungen zur Beseitigung der Spannung zwischen Ost und West im Frühjahr 1953

Die Stellungnahmen Präsident Eisenhowers, der Prawda  
und Sir Winston Churchills

Die Rede Präsident Eisenhowers vor der American Society of Newspaper Editors am 16. April 1953

Die freie Welt wägt im Frühjahr 1953 vor allem eine Frage ab, die an Bedeutung über allen anderen steht: die Aussicht auf einen gerechten Frieden für alle Völker. Um diese Aussichten richtig beurteilen zu können, muß man sich einen anderen Augenblick großer Entscheidungen eindringlich vor Augen halten. Dieser Augenblick kam mit dem noch hoffnungsvolleren Frühjahr 1945, das von Verheißungen auf Frieden und Freiheit erfüllt war. Alle rechtlich denkenden Menschen hofften damals ebenfalls auf einen gerechten und dauerhaften Frieden.

Die in der Zwischenzeit verstrichenen acht Jahre haben gezeigt, daß diese Hoffnung wankte, immer kleiner wurde und schließlich fast ganz erlosch. Und erneut verdunkelten die Schatten der Furcht die Welt immer mehr.

Gegenwärtig hält die freie Menschheit standhaft und tapfer an ihrer Hoffnung fest. Aber sie ist sich dabei voll Ernst der bisherigen Erfahrungen bewußt. Sie vermeidet dabei nicht nur Gedankengänge, die von der Verzweiflung eingegeben werden, sondern auch die aus leichtsinniger Illusion geborene Selbsttäuschung. Sie wägt die Chancen für den Frieden in sicherer, klarer Erkenntnis dessen ab, was mit den vergeblichen Hoffnungen des Jahres 1945 geschah.

In jenem Frühjahr, das im Zeichen des Sieges stand, begegneten die Soldaten der westlichen Alliierten im Herzen Europas den sowjetischen Truppen als siegreiche Waffenbrüder. Ihre Völker teilten sich in die freudige Erwartung, zu Ehren ihrer Toten das diesen allein zukommende Denkmal zu errichten — ein Zeitalter des gerechten Friedens. Darüber hinaus war all den des Krieges müden Völkern dieses eine konkrete und anständige Ziel gemeinsam: sorgsam darüber zu wachen, daß niemals wieder irgendein Teil der Welt von einer einzelnen, zügellosen und aggressiven Macht beherrscht werden könnte. Dieses gemeinsame Vorhaben bestand für einen Augenblick und wurde zunichte. Die Nationen der Welt trennten sich, um zwei verschiedene Wege zu beschreiten.

Die Vereinigten Staaten und unsere geschätzten Freunde, die anderen freien Nationen, wählten den einen Weg. Die Führer der Sowjetunion wählten den anderen Weg.

Der von den Vereinigten Staaten beschrittene Weg war durch einige klare Grundsätze deutlich gekennzeichnet, die die Richtung ihrer internationalen Politik festlegen:

Erstens: Kein Volk auf der Erde kann — als Volk an sich — für einen Feind gehalten werden, denn die gesamte Menschheit teilt die allen gemeinsame Sehnsucht nach Frieden, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit.

Zweitens: Keine Nation kann ihre Sicherheit und Wohlfahrt auf die Dauer durch eine Politik der Isolierung, sondern nur durch wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen erreichen.

Drittens: Das Recht jeder Nation, aus eigener Wahl

eine Regierung und ein Wirtschaftssystem zu bilden, ist unveräußerlich.

Viertens: Der Versuch irgendeiner Nation, anderen Völkern ihre Regierungsform aufzuzwingen, ist unhaltbar.

Fünftens: Begründete Hoffnungen einer Nation auf dauerhaften Frieden können sich nicht auf Wettrüsten, sondern nur auf eine Politik stützen, die sich für gerechte Beziehungen und ehrliches Verstehen mit allen anderen Völkern einsetzt.

Auf Grund dieser Prinzipien haben die Bürger der Vereinigten Staaten den Weg klargestellt, den sie nach Beendigung des Krieges in Richtung auf einen echten Frieden einzuschlagen gedachten.

Dieser Weg entsprach dem Geist, der die Vereinten Nationen erfüllte: jeglichen Hader zu vermindern, Spannungen zu mildern und die Furcht zu bannen. Dieser Weg bestand in einer Kontrolle und Reduzierung des Rüstungsstandes. Dieser Weg sollte es allen Völkern ermöglichen, ihre gesamten Energien und Hilfsquellen den großen und guten Aufgaben zu widmen — nämlich die Wunden des Krieges zu heilen, den Bedürftigen Kleidung, Nahrung und Wohnung zu geben, das politische Leben noch vollkommener zu gestalten und jedem die Früchte seiner eigenen freien Arbeit zugute kommen zu lassen.

Die sowjetische Regierung hatte ein ganz anderes Bild von der Zukunft im Auge. In der von ihr gewollten Welt bestand die Sicherheit nicht in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Hilfe, sondern in Gewalt, riesigen Armeen, Umsturz und Herrschaft über die Nachbarvölker. Ihr Ziel war Machtüberlegenheit um jeden Preis. Sicherheit sollte dadurch erstrebt werden, daß man sie allen übrigen Ländern verwehrte. Die Folgen dieser Auffassung waren für die Welt tragisch und trugen für die Sowjetunion außerdem ironischen Charakter.

Die Machtkonzentration auf seiten der Sowjets setzte die freien Nationen angesichts der neuen Gefahr einer Aggression in Alarmzustand. Sie wurden gezwungen, zu ihrer Selbstverteidigung Geld und Energie für Rüstungszwecke in bisher noch nicht dagewesenem Ausmaß aufzubringen und Waffen zu entwickeln, mit denen jetzt jeder Angreifer sofort und furchtbar bestraft werden kann. In ihnen wuchs — woran niemand zweifeln möge — die unerschütterliche Ueberzeugung, daß sie um jeden Preis gerüstet, stark und für den Ernstfall bereit sein müßten, solange das Risiko eines Krieges besteht. In ihnen wuchs eine Einigkeit des Willens und der Zielsetzung, die — auch daran möge niemand zweifeln — keine Propaganda und kein Zwang heute oder in Zukunft zerbrechen wird.

Eines blieb jedoch durch das Verhalten der Sowjets unbeeinflusst und unverändert: die Bereitschaft der freien Nationen, jedes echte Anzeichen für das Bestehen friedlicher Absichten aufrichtig willkommen zu heißen, die es



allen Völkern ermöglichen, das gemeinsame Problem eines gerechten Friedens erneut zu erörtern.

Die freien Nationen haben der Sowjetunion wiederholt auf das feierlichste versichert, daß ihr fester Bund niemals irgendwelche aggressiven Absichten verfolgt hat. Die Führer der Sowjetunion schienen sich jedoch selbst einge-redet zu haben — oder sie haben versucht, ihrem Volke einzureden —, daß dies nicht zutrifft. Und daher mußte die Sowjetunion schließlich die gleichen Ängste teilen und erdulden, die sie in der übrigen Welt genährt hat. Acht Jahre hindurch ist das Leben der Völker von Furcht und Gewalt bestimmt gewesen.

Was kann sich die Welt — und jede einzelne Nation — erhoffen, wenn diese grauenvolle Entwicklung nicht aufgehoben wird?

Das Schlimmste, das zu befürchten ist, und das Beste, was wir erwarten können, läßt sich mit wenigen Worten sagen. Das Schlimmste wäre der Atomkrieg. Das Beste: ein Leben in beständiger Furcht und Spannung — Rüstungslasten, die am Wohlstand und der Arbeitskraft aller Völker zehren — eine Verschwendung von Kräften, die das amerikanische oder das sowjetische oder jedes andere System darin hindern würde, echten Wohlstand und wahres Glück für die Völker dieser Erde zu gewinnen. Jedes Geschütz, das wir herstellen, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die wir abfeuern, ist letztlich nichts anderes als ein Diebstahl an jenen, die da hungern und nicht genährt werden, die da frieren und nicht gekleidet werden.

Diese Welt in Waffen aber verausgabt nicht Geld allein. Sie verausgabt den Schweiß der Arbeiter, den Forschungsgeist der Wissenschaftler und das Hoffen ihrer Kinder. Ein moderner Bomber kostet genau soviel wie modern eingerichtete Schulgebäude für über dreißig Städte oder wie zwei Kraftwerke für zwei Städte mit je 60 000 Einwohnern oder soviel wie zwei vollständig eingerichtete moderne Krankenhäuser oder rund 80 Kilometer betonierte Autostraße. Wir zahlen für ein einziges Jagdflugzeug mit einer halben Million Bushel Weizen. Uns kostet ein einziger Zerstörer soviel wie neuer Wohnraum für 8000 Personen.

Dies — ich sage es erneut — ist das Leben, das wir finden werden, wenn die Welt in der eingeschlagenen Richtung weitergeht. Dies kann in keiner Weise als Lebensstil im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnet werden: Unter der finsternen Wolke eines drohenden Krieges hängt die Menschheit an einem Kreuz aus Eisen.

Diese nackten und grausamen Tatsachen sind es, die uns die Gefahren und Hoffnungen verdeutlichen, die das Frühjahr dieses Jahres für uns birgt. Wir leben in einer jener entscheidenden Epochen in der Geschichte der Völker, die die schwerste Entscheidung fordert, ob es nämlich zu einer Wendung zum gerechten und dauernden Frieden kommen soll.

Dies ist der Augenblick, da die Regierungen der Völker dieser Welt frei und ehrlich ihre Absichten darlegen müssen. Jetzt müssen die Regierungen die alle aufrichtigen Herzen bewegende Frage beantworten: Gibt es für die Völker dieser Welt wirklich keine andere Möglichkeit, ihr Leben zu gestalten?

Die Welt weiß, daß mit dem Tode Stalins eine Epoche zu Ende ging. In der außerordentlich bedeutsamen Periode seiner dreißigjährigen Herrschaft wuchs das Sowjetreich, bis es sich über ein Gebiet von der Ostsee bis zum Japanischen Meer erstreckte und schließlich 800 Millionen Menschen in seinen Herrschaftsbereich einschloß. Das Sowjetsystem, dem Stalin und seine Vorgänger Gestalt verliehen, ist aus einem Weltkrieg hervorgegangen. Es überstand mit zähem und oft erstaunlichem Mut einen zweiten Weltkrieg und droht heute, die Welt in einen dritten zu stürzen.

Jetzt ist eine neue Führergeneration in der Sowjetunion an die Macht gekommen. Die sie mit der Vergangenheit verknüpfenden Bande mögen auch noch so stark sein, sie bedeuten jedoch keine feste Bindung für sie. Die Gestaltung der Zukunft hängt weitgehend von ihrem Willen ab.

Diese neue Führung sieht sich einer freien Welt gegenüber, die, wie kaum je zuvor in der Geschichte, von dem festen Willen erfüllt ist, frei zu bleiben. Die freie Welt weiß — und dies Wissen ist die bittere Frucht von Erfahrungen —, daß Wachsamkeit und Opfer der Preis ihrer Freiheit sind. Sie weiß, daß die Verteidigung Westeuropas gebieterisch einmütiges Wollen und Handeln erfordert, wie es die Nordatlantikpaktorganisation und die damit verbundene Europäische Verteidigungsgemeinschaft möglich machen. Sie weiß, daß Westdeutschland der Platz eines freien und gleichberechtigten Partners in dieser Gemeinschaft zukommt und daß dies für Deutschland der einzige Weg zu seiner vollen und endgültigen Einheit ist. Sie weiß, daß die Aggression in Korea und in Südostasien eine Bedrohung für die Gemeinschaft der freien Völker darstellt, der diese geschlossen entgegenzutreten muß.

So sieht die freie Welt aus, der sich die neuen sowjetischen Führer gegenübersehen. Es ist eine Welt, die erwartet und fordert, daß ihre Rechte und Interessen uneingeschränkt respektiert werden. Es ist eine Welt, die allen die gleiche Achtung entgegenbringt.

Die neuen sowjetischen Führer haben somit eine einmalige Gelegenheit, sich wie die übrigen Länder der Welt darüber klar zu werden, welchen Grad der allgemeinen Gefährdung wir erreicht haben und daß sie das Ihre tun müssen, den Lauf der Geschichte zu wenden.

Werden sie das tun? Wir wissen es heute noch nicht. In letzter Zeit scheinen gewisse Erklärungen und Gesten der sowjetischen Führung dafür zu sprechen, daß man sich dort dieses kritischen Augenblicks bewußt sein mag.

Wir begrüßen jede ehrlich gemeinte Friedenshandlung. Schöne Phrasen interessieren uns nicht. Uns interessiert lediglich die Ernsthaftigkeit der Friedensabsichten, wie sie durch Taten bewiesen wird. Gelegenheit zu solchen Taten gibt es genug. Dafür bedarf es in vielen Fällen keinerlei komplizierter diplomatischer Akte, sondern einfach nur des guten Willens. Schon einige wenige klare und eindeutige Taten — etwa die Unterzeichnung eines österreichischen Staatsvertrags durch die Sowjetunion oder die Entlassung von Tausenden von Kriegsgefangenen des letzten Weltkriegs — würden ein eindrucksvolles Zeichen für das Vorhandensein einer ehrlichen, ernstgemeinten Absicht darstellen. In ihnen würde eine Ueberzeugungskraft enthalten sein, der keine noch so schönen Reden gleichkommen.

Dies wissen wir: Eine Welt, die das Wiedererwachen des gegenseitigen Vertrauens unter den Nationen erlebt, kann den Weg zu einem Frieden finden, der weder parteiisch noch Strafe ist. Wir sind bereit, mit allen, die sich aufrichtig für einen solchen Frieden einsetzen wollen, zusammenzuarbeiten, um die beinahe verlorengegangene Hoffnung unserer Tage wieder zurückzugewinnen.

Der erste große Schritt auf diesem Wege muß der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstandes in Korea sein. Dies bedeutet die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die unmittelbar folgende Aufnahme von politischen Besprechungen zur Durchführung freier Wahlen in einem vereinten Korea. Dieser Waffenstillstand sollte auch — und das ist von nicht geringerer Bedeutung — eine Beendigung der direkten und indirekten Angriffe auf die Sicherheit Indochinas und Malayas zur Folge haben, denn jeder Waffenstillstand in Korea, durch den Streitkräfte der Aggressoren lediglich frei werden, um dann irgendwo anders einzufallen, wäre ein Betrug. Wir erstreben für ganz Asien und für die ganze Welt einen wahren und uneingeschränkten Frieden.



Daraus kann eine noch größere Aufgabe erwachsen — die Erreichung gerechter politischer Lösungen für die übrigen ernsten und besonderen Anliegen, die zwischen der freien Welt und der Sowjetunion stehen. Keines dieser Anliegen — ob groß oder klein — ist unlösbar, wenn nur der Wille vorhanden ist, die Rechte aller Nationen zu achten.

Wir betonen erneut: Die Vereinigten Staaten sind zur Uebernahme ihres gerechten Anteils bereit.

Wir haben bereits alles in unserer Macht Stehende getan, um den Abschluß eines Staatsvertrages mit Oesterreich zu beschleunigen, der dieses Land von wirtschaftlicher Ausbeutung und der Besetzung durch ausländische Truppen befreien wird.

Wir sind nicht nur bereit, die gegenwärtigen Pläne für einen engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Nationen voranzutreiben, sondern auch willens, auf dieser Grundlage uns um die Förderung einer größeren europäischen Gemeinschaft zu bemühen, die zu einem freieren Verkehr von Personen, Gütern und Ideen führt. Diese Gemeinschaft würde ein freies und vereintes Deutschland mit einer aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Regierung einschließen. Diese freie Gemeinschaft und die vollständige Unabhängigkeit der osteuropäischen Nationen könnte das Ende der gegenwärtigen unnatürlichen Spaltung in Europa bedeuten.

So wie der Fortschritt auf all diesen Gebieten das internationale Vertrauen stärkt, könnten wir gleichzeitig mit der nächsten großen Aufgabe fortfahren: der Reduzierung der Rüstungslasten, die gegenwärtig die Welt bedrücken. Um diesem Ziele zu dienen, würden wir die allerfeierlichsten Abkommen begrüßen und abschließen. Diese könnten sehr wohl folgende Punkte umfassen:

1. die Beschränkung des Umfangs der militärischen und Sicherheitsstreitkräfte aller Nationen durch absolute Zahlen oder durch ein international vereinbartes Zahlenverhältnis;
2. die Verpflichtung aller Nationen, ihre Gesamtproduktion an gewissen, für militärische Zwecke bestimmten strategisch wichtigen Rohstoffen durch Vereinbarung zu beschränken;
3. eine internationale Kontrolle der Atomenergie, um deren ausschließliche Verwendung für friedliche Zwecke zu fördern und das Verbot von Atomwaffen durchzusetzen;
4. eine Beschränkung oder ein Verbot anderer Kategorien von Waffen von großer Zerstörungskraft;
5. die Durchsetzung dieser vereinbarten Beschränkungen und Verbote durch ausreichende Sicherungen, darunter ein funktionsfähiges Ueberwachungssystem durch die Vereinten Nationen.

Es ist klar, daß die Einzelheiten eines derartigen Abrüstungsprogrammes komplex und diffizil sind. Weder die Vereinigten Staaten noch sonst irgendein anderer Staat können von sich mit Recht behaupten, daß sie allein eine unabänderliche Patentlösung besitzen. Aber die Lösung ist nicht so wichtig wie der Wille, der gute Wille, ohne den keine Lösung wirkungsvoll und gerecht angewendet werden kann.

Des Erfolges Frucht in allen diesen Aufgaben würde der Welt das größte aller Probleme stellen und ihr die größte aller Chancen bieten, nämlich die Konzentration aller Kräfte, Hilfsquellen und geistigen Fähigkeiten friedlicher Völker auf eine neue Art des Krieges, eines allumfassenden Krieges nämlich, der jedoch nicht gegen einen menschlichen Gegner geführt wird, sondern gegen die brutale Gewalt der Armut und Not.

Der Frieden, den wir suchen und der sich auf Vertrauen und gemeinsame Anstrengung aller Völker gründet, kann in seinen Fundamenten gesichert werden: nicht durch Waffen des Krieges, sondern durch Weizen und Baumwolle, Milch und Wolle, Fleisch und Holz und Reis.

Dies sind Worte, die in allen Zungen dieser Welt verständlich erscheinen. Das sind Aufgaben für unsere gegenwärtige Welt in Waffen.

Dieses Ideal einer gerechten und friedlichen Welt ist für uns weder neu noch fremd. Aus diesem Geiste heraus haben die Vereinigten Staaten im Jahre 1947 das Europäische Wiederaufbauprogramm begonnen, jenes Programm, das ursprünglich so angelegt war, daß der Not in Ost- und Westeuropa unter gleicher Berücksichtigung aller gesteuert werden konnte.

Wir sind bereit, unsere Entschlossenheit, eine Welt bauen zu helfen, in der alle Völker in Wohlstand leben und schaffen können, durch die konkretesten Beweise zu bekräftigen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist willens, das amerikanische Volk aufzufordern, sich allen anderen Staaten in dem Bemühen anzuschließen, die durch die Abrüstung erzielten Einsparungen einem gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wiederaufbau der Welt zufließen zu lassen. Ziel dieses großen Vorhabens wäre es, anderen Völkern bei der Erschließung wirtschaftlich noch unentwickelter Gebiete zu helfen, einen einträglichen und gerechten Welthandel zu fördern und alle Völker zu unterstützen, damit sie der Segnungen produktiver Freiheit teilhaftig werden können.

Die Merkmale dieses neuen „Krieges“ wären: Straßen und Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen, Nahrungsmittel und Gesundheit.

Wir sind bereit, unsere Stärke in den Dienst der Nöte der Welt und nicht ihrer Äengste zu stellen. Wir sind bereit, die Vereinten Nationen durch diese und ähnliche Taten zu einer Institution zu machen, die Frieden und Sicherheit aller Völker wirkungsvoll schützen kann.

Ich weiß nichts, was ich noch hinzufügen könnte, um die aufrichtigen Ziele der Vereinigten Staaten deutlicher darzulegen. Ich kenne keinen anderen als einen durch diese und ähnliche Taten gekennzeichneten Weg, den man die Straße des Friedens nennen könnte. Ich kenne nur eine Frage, von der ein Fortschritt abhängt, nämlich die: Was will die Sowjetunion tun? Gleichgültig wie die Antwort lauten wird, so sollte sie doch klar ausgesprochen werden.

Und wir sagen es erneut: Die Sehnsucht nach Frieden ist zu groß und das Rad der Geschichte zu weit gedreht, als daß irgendeine Regierung es noch wagen könnte, die Hoffnungen der Menschheit durch leere Worte, Versprechungen oder Gesten zu enttäuschen.

Der Wahrheitsbeweis ist einfach. Es gibt keine Ueberredungskünste, sondern nur Taten. Sind die neuen Führer der Sowjetunion bereit, ihren entscheidenden Einfluß in der kommunistischen Welt geltend zu machen — auch im Hinblick auf die Kontrolle der Waffenlieferungen —, damit nicht nur der schnelle Abschluß eines Waffenstillstands in Korea, sondern auch ein echter Frieden in Asien ermöglicht werden kann? Sind sie bereit, anderen Nationen — darunter jenen Osteuropas — die freie Entscheidung über ihre Regierungsform zu gestatten und ihnen das Recht zuzugestehen, sich in Freiheit mit den anderen Nationen zu einer weltweiten, das Recht achtenden Gemeinschaft zu verbinden? Sind sie bereit, mit anderen Völkern in der Abrüstungsfrage zusammenzuarbeiten, damit diesbezügliche ernsthafte Vorschläge durch wirkungsvolle Kontrolle und Aufsicht der Vereinten Nationen erfolgreich in die Tat umgesetzt werden können?

Sind sie das nicht — worin besteht dann der konkrete Beweis der Sowjetunion für den Wunsch nach Frieden?

Welcher Prüfstein vor uns liegt, ist klar. Vor allen Völkern liegt die kostbare Chance, endlich eine Wendung zum Guten herbeizuführen. Versagen wir bei dem Bemühen, diese Chance zu ergreifen, so würde das Urteil der kommenden Generationen hart und gerecht sein. Bemühen wir uns, bleibt uns aber der Erfolg versagt und steht sich dann die Welt weiterhin in Waffen gegenüber,



so braucht sie wenigstens in der klaren Erkenntnis der Sachlage nicht mehr geteilter Meinung darüber zu sein, wer die Menschheit zu diesem Schicksal verdammt hat.

Das Ziel der Vereinigten Staaten bei der Formulierung dieser Vorschläge ist einfach und klar. Diese ohne Hintergedanken oder politische Leidenschaften gemachten Vorschläge entspringen unserer festen Ueberzeugung, daß die Sehnsucht nach einem gerechten Frieden in den Herzen aller Völker lebt — das gilt für Rußland und China nicht weniger als für die Vereinigten Staaten. Diese Vorschläge

stimmen mit unserem festen Glauben überein, daß Gott die Menschen geschaffen hat, damit sie die Früchte der Erde und ihrer Arbeit genießen und nicht zerstören.

Diese Vorschläge streben danach, die Menschheit von den sie bedrückenden Rüstungslasten und Aengsten zu befreien, damit sich ihr das goldene Zeitalter der Freiheit und des Friedens erschließe.

Quelle: *The New York Times* vom 17. April 1953.  
Übersetzung des Amerika-Dienstes.

### Eine sowjetische Stellungnahme in der Prawda vom 25. April 1953

Seit dem Sieg der Verbündeten — der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs — über den Hitlerfaschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges sind acht Jahre vergangen. Die Sowjetmenschen hatten auf ihren Schultern die Hauptlast des großen Kampfes getragen. Sie taten das, um die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes zu verteidigen, den geknechteten Völkern Europas bei der Befreiung vom faschistischen Joch zu helfen und nach der Beendigung des Krieges einen dauerhaften Frieden und internationale Sicherheit zu gewährleisten.

Die Sowjetunion verteidigt ständig die Sache des Friedens zwischen den Völkern und strebt nach wie vor nach der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit. In den Reden G. M. Malenkows, L. P. Berijas und W. M. Molotows am 9. März 1953 wurde der unbeirrbar Wille des Sowjetvolkes zur Festigung des Weltfriedens zum Ausdruck gebracht.

Am 16. April hielt der Präsident der USA, Eisenhower, vor der amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger eine Rede, die den Fragen der internationalen Lage gewidmet war. Diese Rede ist gleichsam eine Antwort auf die vor kurzem erfolgten Erklärungen der Sowjetregierung über die Möglichkeit der friedlichen Lösung der strittigen internationalen Fragen.

Eben dieser Umstand erklärt das Interesse, das in allen Ländern von breiten öffentlichen Kreisen, die eine Reaktion der Führer des anglo-amerikanischen Blocks auf die neue Äußerung der friedlichen Bestrebungen der UdSSR erwartet haben, der Rede des Präsidenten entgegengebracht wurde.

Mit Sympathie wurden die Worte des Präsidenten Eisenhower aufgenommen: „Wir erstreben für ganz Asien und für die ganze Welt einen echten und uneingeschränkten Frieden“, wie auch seine Erklärung, daß „keine dieser strittigen Fragen — ob groß oder klein — unlösbar ist, wenn nur der Wille vorhanden ist, die Rechte aller anderen Länder zu achten“.

Die Worte des Präsidenten über den Frieden und darüber, daß keine der strittigen Fragen unlösbar ist, stehen jedoch im Widerspruch zu anderen Äußerungen in seiner Rede.

Diejenigen, die in der Rede Eisenhowsers ein wirkliches Streben nach Frieden zu sehen wünschen, können nicht umhin zu fragen: Weshalb mußte der Präsident in einer Rede, die zum Frieden aufruft, unzweideutig mit der Möglichkeit eines „Atomkrieges“ drohen? Machen etwa solche Argumente die Rede des Präsidenten über den Frieden überzeugender? Auf jeden Fall haben in bezug auf die Sowjetunion derartige Argumente oder, besser gesagt, derartige Drohungen niemals ihr Ziel erreicht und können es auch nicht erreichen.

Der Präsident der USA berührte in seiner Rede eine ganze Reihe internationaler Probleme von unterschiedlicher Bedeutung. Aber letzten Endes widmete er seine Rede hauptsächlich der Frage der gegenseitigen Beziehungen mit der Sowjetunion.

Er erklärte: „Ich kenne nur eine Frage, von der der

Fortschritt abhängt, nämlich die: Was ist die Sowjetunion zu tun bereit?“ Er fügte hinzu: „Die Wahrheit ist leicht festzustellen. Man kann nur durch Taten überzeugen.“

Was bedeutet das? Man kann nicht umhin, dem zuzustimmen: Taten sind wertvoller als Worte.

Wenden wir uns deshalb jenen wichtigen internationalen Problemen zu, von deren richtiger Lösung die Festigung des Friedens abhängt.

Vor allem der Koreafrage.

Kann man bestreiten, daß in den letzten Jahren solche Fragen, wie die Frage des Krieges in Korea, die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit Koreas, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen Kreise gestanden haben? Diese Fragen waren bekanntlich ein Prüfstein für die Außenpolitik vieler Staaten in den letzten Jahren.

Das Sowjetvolk hat stets alle Schritte unterstützt, die auf den Abschluß eines gerechten Waffenstillstandes in Korea gerichtet waren. Der vor kurzem unterbreitete Vorschlag der Regierungen der Volksrepublik China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der eine neue Möglichkeit bot, von Worten zu Taten zu schreiten, und eine Perspektive für die Beendigung des Krieges in Korea eröffnete, fand unverzüglich die Unterstützung der Sowjetregierung.

Diejenigen, die auf konkrete, auf die Lösung aktueller Fragen der internationalen Beziehungen gerichtete Antworten — nicht Worte, sondern Taten — Wert legen, können die Bedeutung der erwähnten Tatsache ermessen.

Wenden wir uns anderen internationalen Problemen zu.

Wer kann zum Beispiel die deutsche Frage vergessen oder ein so wichtiges internationales Problem wie die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen mit allgemeinen Phrasen abtun? Wen in Deutschland oder auch außerhalb seiner Grenzen könnte ein Herangehen an diese Frage durch diesen oder jenen Staat befriedigen, bei dem man, sagen wir, den Westteil Deutschlands einfach als ein Werkzeug seiner „dynamischen“ Außenpolitik in Europa betrachtet, ohne zu berücksichtigen, wie einige Völker Europas und vor allem das französische Volk, das mehr als einmal das Opfer des militaristischen Deutschlands war, darauf reagieren werden?

Ist es nicht klar, daß die Lösung der Deutschlandfrage die Berücksichtigung der Lebensinteressen aller Nachbarn Deutschlands und der Interessen der Festigung des Friedens in Europa und vor allem die unbedingte Berücksichtigung der nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes erfordert?

Die Rede des Präsidenten der USA enthält keinen Anhaltspunkt für die Lösung dieser Fragen. Er zog das Vorhandensein des Potsdamer Abkommens der vier Mächte über das deutsche Problem nicht in Betracht. So verfuhr auch die frühere Regierung der USA. Wenn man jedoch die Notwendigkeit einer positiven Lösung des Deutschlandproblems im Geiste der Festigung des Friedens in Europa als vernünftig anerkennt, wie das die Sowjetunion unentwegt anstrebt, darf man die erwähn-



ten wichtigen internationalen Abkommen nicht vergessen, die unsere beiden Staaten sowie Großbritannien und Frankreich, das sich diesen Abkommen angeschlossen hat, unterzeichnet haben.

Wenn der anglo-amerikanische Block nicht damit rechnet und weiter den von ihm ins Auge gefaßten Weg beschreiten wird, indem er die nationale Vereinigung Deutschlands unmöglich macht und seinen westlichen Teil in einen militaristischen Staat verwandelt, in dem die Macht in den Händen der Revanchepolitiker verbleibt, wird ein verhängnisvoller Fehler, vor allem in bezug auf das deutsche Volk, begangen werden. Zugleich ist eine solche Einstellung in der Deutschlandfrage mit den Interessen aller friedliebenden Staaten Europas und der ganzen fortschrittlichen Menschheit unvereinbar.

Es geht darum, daß so schnell wie möglich ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wird, der dem deutschen Volk die Möglichkeit gibt, sich in einem einheitlichen Staat zu vereinigen und den gebührenden Platz in der Gemeinschaft der friedliebenden Völker einzunehmen, und daß danach die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückgezogen werden, deren Unterhalt als zusätzliche Last auf den Schultern des deutschen Volkes liegt.

In der Rede des Präsidenten der USA, die zahlreiche internationale Fragen berührt, ist nichts über die Volksrepublik China, über die Einsetzung Chinas in seine nationalen Rechte in der Organisation der Vereinten Nationen und auch nichts über seine rechtmäßigen territorialen Ansprüche einschließlich der Ansprüche auf die Insel Taiwan gesagt worden. Gehört denn diese Frage nicht zu den dringenden internationalen Problemen unserer Tage? Es bleibt eine Tatsache, daß in dieser großen Rede die Chinafrage nicht behandelt wurde. Das bedeutet, daß in bezug auf China hartnäckig eine Politik durchgeführt wird, die von dem Streben diktiert ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, obgleich jedem sehenden Menschen klar ist, daß eine solche Politik zum unvermeidlichen Scheitern verurteilt ist.

Eisenhower formuliert in seiner Rede fünf „Gebote“, die nach seinen Worten die „Haltung der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet internationaler Angelegenheiten“ festlegen. In diesen „Geboten“ heißt es, daß „die gesamte Menschheit Frieden, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit ersehnt“; daß „jedes Land das unabdingbare Recht auf die Schaffung seiner Regierungsform und seines Wirtschaftssystems nach eigener Wahl besitzt“; daß „der Versuch irgendeines Landes, anderen Ländern eine Regierungsform aufzuzwingen, nicht gerechtfertigt werden kann“ und so weiter.

Wenn diese Prinzipien wirklich die Politik der USA bestimmten und wenn sie nicht nur allgemeine Deklarationen blieben, so müßte sich das sowohl in bezug auf die Koreafrage als auch in bezug auf Deutschland und China auswirken. Das ist es ja gerade, daß die Deklarationen nicht durch Taten untermauert werden, daß sich die wirkliche Politik der USA bei der Lösung dieser und vieler anderer internationaler Fragen bis jetzt wenig nach derartigen Deklarationen richtet hat.

In der Rede des Präsidenten wurde den Völkern Osteuropas besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aus seinen Worten geht hervor, daß die Regierungsformen in den Ländern Osteuropas angeblich von außen aufgezwungen wurden, obgleich das den allgemein bekannten Tatsachen und der wirklichen Lage in diesen Ländern widerspricht.

Die Tatsachen zeigen, daß die Völker Osteuropas nur durch beharrlichen Kampf für ihre Rechte zu der jetzigen volksdemokratischen Regierungsform gekommen sind und daß sie nur unter den neuen Verhältnissen imstande waren, die Wirtschaft und Kultur in ihren Staaten stürmisch zu entwickeln. Es wäre merkwürdig, von der Sowjetunion eine Einmischung zugunsten der Wieder-

aufrichtung der durch diese Völker gestürzten reaktionären Regime zu erwarten.

Gleichzeitig versündigt sich der Präsident einfach gegen die allgemein bekannte historische Gesetzmäßigkeit, wenn er die Führung der Sowjetunion dazu „auffordert, ihren entscheidenden Einfluß in der kommunistischen Welt geltend zu machen“, um die Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker Asiens gegen das jahrhundertalte Joch und die jahrhundertalte Versklavung aufzuhalten.

Es ist schwer, ein richtiges Verständnis der internationalen Probleme zu erwarten, solange die nationale Befreiungsbewegung als das Ergebnis einer Beeinflussung durch einzelne „böswillige“ Menschen betrachtet wird. Gänzlich unverständlich aber ist die Bemerkung des Präsidenten, daß „anderen Völkern, einschließlich der Völker Osteuropas“, die Freiheit der Vereinigung mit anderen Ländern in einer „weltweiten, das Recht achtenden Gemeinschaft“ zugestanden werden müsse. Es ist allen bekannt, wer die Aufnahme einiger volksdemokratischer Länder in die Organisation der Vereinten Nationen verhindert und wer der Einsetzung des großen China in seine Rechte in den UN im Wege steht.

Waren es nicht die Vertreter der Sowjetunion, die den Vorschlag einbrachten, 14 Länder in die Organisation der Vereinten Nationen aufzunehmen, ein Vorschlag, der durch die Stimmen des britisch-amerikanischen Blocks abgelehnt wurde.

Was den Oesterreichvertrag betrifft, so kann man in bezug auf ihn wiederholen, daß es auch hier keine Fragen gibt, die nicht auf der Grundlage der früher erzielten Vereinbarungen unter tatsächlicher Wahrung der demokratischen Rechte des österreichischen Volkes gelöst werden könnten.

Zur Organisation der Vereinten Nationen.

Der Präsident gab in seiner Rede der Bereitwilligkeit Ausdruck, die UN in eine Institution zu verwandeln, die imstande wäre, den Frieden und die Sicherheit aller Völker wirksam zu schützen.

Es ist nicht die Schuld der Sowjetunion, daß diese Organisation gegenwärtig nicht die ihr zufallenden Aufgaben erfüllt. Es ist jedoch auch jetzt noch nicht zu spät, die Bedeutung ihrer Tätigkeit zu heben, besonders auf dem Gebiet der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die bei der Schaffung dieser Organisation das Hauptziel war.

Zu diesem Zweck ist in erster Linie notwendig, daß die Grundsätze der UN von allen ihren Mitgliedern befolgt und die Grundlagen ihrer Charta nicht verletzt werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß keine Regierung danach strebt, die UN in ein Hilfsorgan ihrer Außenpolitik zu verwandeln, da das weder mit den Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen noch mit den Zielen des Schutzes der Interessen der normalen internationalen Zusammenarbeit und der Festigung des Friedens zu vereinbaren ist.

Es fragt sich nun, wozu haben alle 60 Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen die Charta unterzeichnet, deren wichtigster Teil die Bestimmung bildet, daß bei der Behandlung der Frage der Sicherung des Friedens im Sicherheitsrat Einstimmigkeit zwischen den fünf Großmächten besteht? Doch nicht, damit diese von allen Ländern anerkannte Bestimmung in der Praxis von einigen Staaten ignoriert wird! Und selbstverständlich nicht, damit dieses internationale Prinzip als eine Art Hemmschuh oder Hindernis in der Tätigkeit der UN und des Sicherheitsrates betrachtet wird.

Wer schließlich kann es als normal betrachten, wenn das größte Land der Welt, China, der Möglichkeit beraubt ist, an der Arbeit des Sicherheitsrates und der Vollversammlung teilzunehmen, während in den Organen



der UN an Chinas Stelle irgendein Kuomintang-Popanz sitzt.

Kann denn dieser Zustand zur Festigung der Autorität der UN beitragen? Kann man unter diesen Umständen auf eine normale Entwicklung der Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen und auf die Erfüllung ihrer Pflichten bei der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit rechnen?

Auf jeden Fall kann man der Lösung dieser Frage sowie auch der einer Reihe anderer herangereifter internationaler Probleme nicht ausweichen. Wenn wir alle danach streben, weniger Worte zu machen und mehr Taten zu zeigen, so wird es offensichtlich möglich sein, den Weg zur Lösung solcher Probleme zu finden.

Nicht ohne Grund hat der Präsident in seiner Rede die Frage der Verminderung der Rüstungen mit der Notwendigkeit verknüpft, den wirtschaftlichen Problemen, den Problemen der Bekämpfung des Elends und der Not größere Beachtung zu schenken. Es wird jedoch kaum jemand befriedigen, wenn die Sache darauf hinausläuft, einen gewissen „Hilfsfonds für die ganze Welt“ zu schaffen, von dem in dieser Rede gesprochen wurde.

Es genügt auch nicht, daß einem solchen „Fonds“ ein tönender Name gegeben wird.

Die Ergebnisse werden anders sein, wenn diese Probleme auf der Basis einer wirklich breitangelegten und demokratischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern behandelt werden, wobei die souveränen Rechte der Länder uneingeschränkt zu wahren sind und den Ländern, die die Hilfe erhalten, keine politischen Bedingungen aufgezungen werden dürfen.

Vorläufig gewinnt man aus dem, was der Präsident über den „Hilfsfonds für die ganze Welt“ gesagt hat, den Eindruck, daß wir es hier mit einer neuen Variante des „Marshallplans“, der sich nicht bewährt hat, zu tun haben und gleichzeitig einer unter anderem Namen laufenden Fortsetzung des unpopulären „Punkt-Vier-Programms“ Trumans, das dazu dienen soll, mit Hilfe von Groschen-Almosen für die einen oder anderen schwachen Staaten den Staatshaushaltsplan und die Wirtschaft einzelner Länder und kolonialer Gebiete — und damit auch diese Länder und Gebiete selbst — den sogenannten „dynamischen“ Zielen der Außenpolitik der USA unterzuordnen. Man hat jetzt offenbar die Absicht, diesen Weg weiterzugehen.

Man darf nicht übersehen, daß es in der letzten Zeit zur direkten Ablehnung der amerikanischen Wirtschaftshilfe kommt, wie das Beispiel Birmas und einiger anderer Staaten zeigt.

Es ist auch bekannt, daß in der letzten Zeit von einigen Staaten bestimmte Erklärungen abgegeben werden, sie seien weniger an der sogenannten „Hilfe“ der USA interessiert als daran, daß die Vereinigten Staaten von Amerika der Entwicklung des normalen Handels zwischen den Staaten nicht immer neue Hindernisse in den Weg legen.

Es ist so weit gekommen, daß sogar in den Ländern, die dem von den USA geführten Block angehören — vor allem in Großbritannien — das Murren gegen die von den USA diktierten Beschränkungen des Handels mit den Staaten des demokratischen Lagers immer stärker wird.

Die Friedensappelle, die in der Rede des Präsidenten enthalten sind, werden selbstverständlich die notwendige Unterstützung von unserer Seite finden. Es ist jedoch schwer, die Tatsache zu übersehen, daß der außenpolitische Kurs der Regierung der USA vorläufig noch weit von diesen Friedensappellen entfernt ist. Eine anschauliche Bestätigung hierfür sind zum Beispiel die Kommentare zu der Rede des Präsidenten, die nur zwei Tage nach der Rede Eisenhowers von einer so maßgeblichen

Persönlichkeit, wie es der Außenminister der USA, Dulles, ist, gegeben wurden.

Man muß dem ehemaligen Minister der Labour-Regierung Großbritanniens Strachey beipflichten, der die Rede Dulles' als einen Versuch kennzeichnete, die Rede Eisenhowers „in einen Akt des Krieges“ umzuwandeln.

In gewissem Maße erhellte Dulles die Tatsache — die die Verwunderung aller erregt hatte —, warum Eisenhower in seiner Rede China mit Schweigen übergangen hat. Es erweist sich, daß die Regierung der USA über das Schicksal des sogenannten „nationalen“ China, das heißt der Tschiang-Kai-Schek-Renegaten, die das chinesische Volk als Ergebnis des siegreichen Kampfes aus dem Lande hinausgeworfen hat, besorgt ist. Was jedoch das wirkliche nationale China betrifft, mit seiner einzig recht-mäßigen volksdemokratischen Regierung, so erklärt Dulles die politische und wirtschaftliche Blockade der Volksrepublik China als ein Verdienst der USA-Regierung. Die Kriegslüsterheit Dulles' ist seit langem bekannt.

Es ist möglich, daß seine Ausführungen eine etwas freie Interpretation der Rede des Präsidenten darstellen. Doch man darf die Tatsache nicht unberücksichtigt lassen, daß er an der Spitze des Außenministeriums der USA steht und daß seine Worte unwillkürlich mit dem offiziellen Standpunkt der Regierung in Verbindung gebracht werden, an deren Spitze Eisenhower steht.

Wir können daher die Behauptung von Dulles, der Appell der führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates zur friedlichen Regelung der strittigen Fragen sei unter dem Druck der sogenannten festen Politik der USA erfolgt, nicht mit Schweigen übergehen. Der ganzen Welt ist jedoch bekannt, daß die führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates ihre Handlungen nicht durch Erwägungen über die „Festigkeit“ oder „Nachgiebigkeit“ der Politik dieses oder jenes Landes gegenüber der UdSSR, sondern von den grundlegenden Interessen des Sowjetvolkes, von den Interessen des Friedens und der internationalen Sicherheit bestimmen lassen.

Mag die kriegerische Pose, die Dulles so sehr liebt, irgendwem auch wirkungsvoll erscheinen, so führt dies doch kaum zu dem gewünschten Ziel, besonders nicht auf dem Gebiet der Diplomatie. Dulles hat, indem er die Möglichkeit der Einbringung friedlicher Vorschläge durch die USA mit der Schaffung der sogenannten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, mit den Plänen der Organisierung „vereinigter Streitkräfte, die französische und deutsche Verbände umfassen“, das heißt mit dem weiteren Wettrüsten in Verbindung brachte, vielleicht gegen seinen Wunsch den wahren Sinn der von den USA verfolgten Politik verraten. Wenn jedoch der wahre Sinn der Ausführungen Eisenhowers der ist, wie er in der ausführlichen Rede Dulles' dargestellt ist, die dieser unmittelbar nach dem Präsidenten an gleicher Stelle vor dem gleichen Gremium gehalten hat, dann kann sie keine positiven Ergebnisse vom Standpunkt der Interessen der Festigung des Friedens zeitigen.

Angesichts derartiger Erklärungen offizieller Vertreter der USA ist es schwer, darüber zu urteilen, was die außenpolitische Haltung der USA gegenwärtig in Wirklichkeit bedeutet. Hat man die Absicht, den Weg der Entspannung der internationalen Beziehungen zu beschreiten und die strittigen Fragen auf der Grundlage der Achtung der Rechte der anderen Völker zu lösen, oder hat man die Absicht, nach wie vor die Politik des Wettrüstens fortzusetzen?

Nach Ansicht der führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates können Vorschläge, die wirklich auf den Frieden abzielen, als Grundlage für eine Verbesserung der internationalen Beziehungen dienen. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie bereit sind, neue Varianten alter Methoden als derartige Vorschläge anzunehmen.



Präsident Eisenhower befaßte sich in seinen Ausführungen mit den Ergebnissen der Nachkriegsperiode, von dem Zeitpunkt an, als „im Frühjahr des Sieges die Soldaten der westlichen Alliierten mit den Soldaten Rußlands im Zentrum Europas zusammentrafen“.

Auf diese Ergebnisse eingehend, hob Eisenhower hervor, daß sich die Länder der Welt nach Beendigung des Krieges trennten und zwei verschiedene Wege einschlugen. Dabei stellt Eisenhower in völligem Widerspruch zu den Tatsachen die Sache so dar, als hätten die Länder des anglo-amerikanischen Blocks das Ziel, den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen, und als wollten die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Staaten diesen Weg nicht gehen.

Man kann ihn sogar so verstehen, als ob die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft der Sowjetunion und die Festigung ihrer wirtschaftlichen Macht in der Nachkriegszeit eine „neue Aggressionsgefahr“ darstellte.

Sich zu solchen Behauptungen über die UdSSR versteigen, bedeutet, mindestens das Gefühl für Objektivität zu verlieren und nicht mit den allgemein bekannten Umständen zu rechnen, die mit voller Bestimmtheit nicht nur von den friedlichen Zielen unseres Landes zeugen, sondern auch davon, daß die Sowjetunion die Hauptstütze und der Hauptfaktor der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens war und ist.

Der Präsident gab die Erklärungen ab, um die Politik des anglo-amerikanischen Blocks in einigermaßen friedlichem Licht darzustellen. Doch die von ihm selbst angeführten Zahlen und Tatsachen über die außerordentlich aufgeblähten, von Jahr zu Jahr wachsenden Militärausgaben der USA bezeugen etwas anderes.

Diese Tatsachen zeugen von einer früher unbekannten Militarisation der gesamten Volkswirtschaft der USA, von der für das Volk unerträglichen Last der Militärausgaben sowie davon, daß das Wettüben in den USA eine Atmosphäre der Furcht und der äußersten Anspannung im Lande erzeugt hat. Diese Politik der USA, die zur Steigerung der Kriegshysterie beiträgt, drängt auch eine bestimmte Gruppe von Ländern auf diesen Weg.

Eisenhower sprach von den riesigen Ausgaben der amerikanischen Regierung für Kanonen und Raketen, für Bomber- und Jagdflugzeuge, für Zerstörer und andere Kriegsschiffe und vergaß dabei nicht, ein Loblied auf den aggressiven Nordatlantikpakt zu singen. Indessen ist doch bekannt, daß die vom Nordatlantikpakt inspirierte Politik immer neue ungeheure Rüstungsausgaben mit sich bringt. Es genügt, darauf hinzuweisen, was für eine riesige Verschwendung die von den amerikanischen Steuerzahlern aufgebraachten Mittel für den Bau und die Unterhaltung militärischer Stützpunkte, viele Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten von Amerika entfernt, besonders in den Gebieten, die zu aggressiven Zwecken gegen die UdSSR ausgenutzt werden sollen, bedeutet.

Der Präsident führte Ziffern an, aus denen hervorgeht, was der Bau eines Zerstörers, eines Jagdflugzeuges oder eines Bombers kostet, wieviel Bushel Weizen und Tonnen Baumwolle man sparen könnte oder wieviel Schulen und Krankenhäuser gebaut werden könnten, wenn man auf die Produktion derartigen Kriegsmaterials verzichten würde. Dabei wurden nicht wenig lehrreiche Zahlen genannt. Aber was der Präsident sagte, ist völlig ungenügend.

Wenn der Präsident der USA berichtet hätte, was das amerikanische Volk die Schaffung eines Vorrats von Atombomben und der Bau vieler Hunderter militärischer Stützpunkte fern von den Grenzen der USA kostet — und dabei hat dies alles nichts mit irgendwelchen Verteidigungsinteressen der USA zu tun —, dann hätte sich ein Bild ergeben, das der Wirklichkeit bedeutend

näher gekommen und in vielem bedeutend lehrreicher gewesen wäre. Aber offenbar ist man der Meinung, daß es „peinlich“ oder „nachteilig“ ist, offen und klar darüber zu sprechen. Dabei ist der wahre Sinn derartiger Tatsachen ohnehin verständlich. In ihnen findet der außenpolitische Kurs auf das unerreichbare Ziel der Welt Herrschaft seinen Ausdruck, ein Kurs, der den wachsenden Widerstand breiter Kreise in vielen Ländern hervorruft.

Was unser Land betrifft, so ist bekannt, daß die Sowjetunion unbeirrt um die Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Kriege bemüht ist und den Weg des Wettübens nicht beschritten hat. Die Sowjetunion hat nicht nur nicht diesen Kurs eingeschlagen, sondern sogar mehrfach den Großmächten konkret vorgeschlagen, gemeinsam mit den anderen Staaten entscheidende Maßnahmen zur Verminderung der Rüstungen und zur unverzüglichen Verminderung der Streitkräfte und der Militärausgaben zu ergreifen und zugleich ein Abkommen über das Verbot der Atomwaffe und die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle der Durchführung aller dieser Maßnahmen abzuschließen, die die Möglichkeit einer Verletzung dieser Abkommen durch irgendeinen Staat ausschließt.

Eisenhower berührt in seiner Rede auch die Frage der Verminderung der Rüstungen. Dieser Frage sind in der Rede fünf entsprechende Punkte gewidmet. Von sowjetischer Seite hat man natürlich keine Einwendungen gegen die in diesen Punkten unterbreiteten Vorschläge. Aber alle diese Vorschläge haben zu allgemeinen Charakter, wodurch die unaufschiebbare Angelegenheit der Verminderung der Rüstungen keinesfalls gefördert werden kann.

Nach Eisenhower setzte sich die Regierung der USA angeblich stets für die Verminderung der Rüstungen ein, während die Sowjetunion die entgegengesetzte Haltung einnahm und sie nicht verminderte.

Darin ist der Versuch zu sehen, die Schuld für das in den letzten Jahren in den Ländern des anglo-amerikanischen Blocks durchgeführte Wettüben auf die Sowjetunion abzuwälzen. Diese Versuche haben jedoch keine Grundlage und bringen nur das Streben zum Ausdruck, die Schuld einem Unschuldigen in die Schuhe zu schieben.

Pries man denn etwa in der Sowjetunion den Krieg in Korea und das Wettüben als vorteilhaftes „Business“, als bestes Mittel zur Sicherung der geschäftlichen Aktivität und der Vollbeschäftigung der Bevölkerung? Existiert in der Sowjetunion eine sogenannte „Furcht vor dem Frieden“, fallen die Aktienkurse an der Börse bei den Meldungen über die Entspannung der internationalen Beziehungen? Das alles findet nicht in der Sowjetunion statt, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika. Was hat die Sowjetunion damit zu tun, die das Wettüben nicht braucht, die stets für einen festen und dauerhaften Frieden eintritt und eintritt und keine Furcht vor dem Frieden empfindet?

Natürlich hat Eisenhower darin recht, daß nach dem Siege über Hitlerdeutschland die Wege der UdSSR und der USA auseinandergegangen sind. Aber diese Tatsache erfuhr in der Rede Eisenhowers am 16. April eine falsche, und man kann sogar sagen, entstellte Behandlung.

Wenn man sich auf den festen Boden der Tatsachen stellt, so werden alle Unklarheiten in dieser Angelegenheit völlig verschwinden. Man kann doch in der Tat nicht ignorieren, daß die Länder des anglo-amerikanischen Blocks, die während des letzten Weltkrieges Verbündete der UdSSR waren, sofort nach Beendigung dieses Krieges das Steuer ihrer Politik herumwarfen. Sie sind in vielen Beziehungen auf den alten Weg zurückgekehrt, den sie vor dem Kriege beschritten, als man ihre Einstellung zur Sowjetunion keinesfalls als freundschaftlich bezeich-



nen konnte, als der Kurs ihrer Politik gewöhnlich in entgegengesetzter Richtung verlief.

Wir beabsichtigen nicht, uns mit dem Präsidenten wegen der recht merkwürdigen Behauptung von einer sogenannten Beendigung einer bestimmten Ära in der sowjetischen Politik in eine Diskussion einzulassen. Wir können jedoch nicht umhin, uns über seine Schlußfolgerung zu wundern, daß die Regierung der UdSSR auf die Kontinuität in der Außenpolitik, deren Richtigkeit durch den ganzen Verlauf der internationalen Entwicklung bewiesen ist, verzichten müsse.

Wenn man den Beginn oder die Beendigung einer Ära mit dem Auftreten neuer Personen an der Spitze dieses oder jenes Staates in Verbindung bringt, könnten wir mit mehr Grund von der Beendigung einer Ära in der Politik der USA im Zusammenhang mit dem Machtantritt der Regierung Eisenhower sprechen. Aber der neue Präsident der USA selbst nimmt aus irgendeinem Grunde vorbehaltlos die ganze Politik seines Vorgängers in Schutz, die er seinerzeit, insbesondere während der Wahlkampagne, nicht ohne Grund in vieler Beziehung kritisiert hatte.

In seiner Rede erklärte der Präsident die Bereitschaft, „jeden wirklichen Beweis friedlicher Absichten zu begrüßen“. Gleichzeitig stellt er die Frage: Was ist die Sowjetunion zu tun bereit?

Bekanntlich hat die Sowjetunion stets ihre Bereitschaft bekundet, die herangereiften internationalen Fragen auf freundschaftlichem Wege zu erörtern und zu lösen, vorausgesetzt, daß die Vorschläge bezüglich der Lösung dieser Fragen, von wem sie auch ausgehen mögen, einigermaßen annehmbar sind und den grundlegenden Interessen der Sowjetunion sowie den Interessen der anderen friedliebenden Völker nicht widersprechen. In seiner Rede hält es der USA-Präsident aus irgendeinem Grunde für möglich, seine Vorschläge über den Frieden mit einer ganzen Reihe von Vorbedingungen zu verbinden, die er der Sowjetunion stellt, obwohl diese Ansprüche in seiner Rede nicht durch entsprechende Verpflichtungen seitens der USA bekräftigt werden.

Eine solche Fragestellung hat bereits in den verschiedensten internationalen Kreisen berechtigten Widerstand hervorgerufen. Sie mußte bei den Menschen, die in der Lage sind, sowohl das Wesen der herangereiften

internationalen Probleme als auch die wirklichen Verhältnisse der Kräfte und Faktoren einzuschätzen, die die internationale Lage bestimmen, Erstaunen hervorrufen.

Die englische Zeitung *Times* bemerkt mit Recht, daß „kein Land, mag das die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten oder Großbritannien sein, friedliche Maßnahmen unter unwiderruflichen Bedingungen erörtern will“.

Bekanntlich verbinden die führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates ihren Aufruf zur friedlichen Regelung der internationalen Probleme mit keinerlei vorhergehenden Forderungen an die USA oder andere Länder, die sich dem anglo-amerikanischen Block angeschlossen bzw. nicht angeschlossen haben. Bedeutet das etwa, daß die sowjetische Seite keinerlei Ansprüche hat? Natürlich bedeutet es das nicht. Dennoch werden die führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates jeden Schritt der USA-Regierung oder der Regierung eines anderen Landes begrüßen, wenn er auf eine freundschaftliche Regelung strittiger Fragen gerichtet ist. Das zeugt von der Bereitschaft der sowjetischen Seite zu einer ernstesten, sachlichen Erörterung der entsprechenden Probleme sowohl auf dem Wege direkter Verhandlungen als auch notfalls im Rahmen der UN.

In der Rede des Präsidenten wird davon gesprochen, daß die Vereinigten Staaten bei der Lösung der strittigen internationalen Fragen „einen angemessenen Anteil zu übernehmen bereit sind“. Diese Erklärung wurde in der Rede Eisenhowers am 16. April durch nichts bekräftigt. Dabei bedarf sie einer solchen Bekräftigung.

Was die UdSSR betrifft, so besteht kein Grund, ihre Bereitschaft, bei der Lösung strittiger internationaler Fragen einen entsprechenden Anteil zu übernehmen, zu bezweifeln. Das hat die Sowjetunion mehr als einmal in ersten internationalen Angelegenheiten bewiesen.

Das ist die internationale Lage, wie sie heute aussieht. Die von der Sowjetunion betriebene Politik kann den Interessen der anderen friedliebenden Staaten nicht widersprechen. Sie entspricht den Bestrebungen aller Staaten, die bereit sind, zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit beizutragen, unabhängig von dem jeweiligen sozialen System. Diese Politik der UdSSR ist gleichzeitig der Ausdruck der tiefsten Bestrebungen unseres Volkes zur Festigung des Weltfriedens.

Quelle: *Pravda* vom 25. April 1953. Deutscher Text: *Neues Deutschland* vom 26. April 1953.

### Unterhausrede Premierminister Sir Winston Churchills vom 11. Mai 1953

Das Haus hat bereits seine große Besorgnis und sein Bedauern über die schwere Erkrankung des Außenministers zum Ausdruck gebracht, dessen Befinden, obwohl es sich zunehmend bessert, seine mehrmonatige Abwesenheit von dem Amt erforderlich macht, in dem seine Erfahrung unübertrefflich ist. Der Premierminister muß stets die außenpolitische Entwicklung genauestens verfolgen, und aus jüngster Zeit sind zahlreiche Beispiele dafür vorhanden, daß er unter solchen Umständen die Leitung der Außenpolitik selber übernimmt. Meine Kenntnisse, so wie sie sind, stammen in erster Linie nicht aus Büchern und Dokumenten über die Außenpolitik, sondern aus langjähriger persönlicher Erfahrung. Ich hoffe, mit dem Beistand des Staatsministers und zweier Staatssekretäre diese Aufgabe so lange zu erfüllen, bis der Außenminister genesen ist. Nur wenn ich finden sollte, daß die Last zu schwer für mich wird, werde ich um Entlastung ersuchen. Aber ich werde dem Haus für jedes Entgegenkommen dankbar sein.

Da wir uns heute mit solch einem umfassenden und vielfältigen Gebiet internationaler Probleme auseinander-

zusetzen haben, können wir uns in der Kürze der Zeit, die zu meiner Verfügung steht, nur mit den allerwesentlichsten Punkten beschäftigen — und auch das nur in sehr beschränkter Form. Der Staatsminister, der morgen zu Ihnen spricht, wird in der Lage sein, meine heutigen Darlegungen zu ergänzen und zu erläutern. Darf ich mich zunächst einmal einigen der schnell wechselnden Szenenbilder der politischen Bühne zuwenden, wie sie sich uns im Augenblick darbieten.

Unser unmittelbares Ziel ist natürlich der Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea. Ich bezweifle sehr, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu irgendeiner Einigung über die Wiedervereinigung Koreas kommen kann. Nord- und Südkoreaner haben sich gegenseitig so furchtbare Wunden zugefügt; aber selbst wenn beide Seiten nur dort innehielten, wo sie sich augenblicklich befinden, das Feuer einstellten und versuchten, die ausländischen Truppen im Lande durch einheimische zu ersetzen, selbst wenn nur das geschähe, könnte sich die Zeit wieder einmal als heilend erweisen, besonders in einem verwüsteten Land, wenn es wieder zu Wohlstand gebracht wird und bei der



Behebung der wahrhaft erschreckenden Verheerungen unterstützt wird.

Ich wäre jedoch im Augenblick schon mit einem Waffenstillstand und einer Feuereinstellung sehr zufrieden. Der erste Schritt, den wir alle wünschen, ist eine Regelung der Kriegsgefangenenfrage in Panmunjom. Es ist ein Wunder, daß die Verhandlungen überhaupt so lange im Gange gehalten wurden. Der einzig wichtige Punkt ist, daß kein Kriegsgefangener gegen seinen Willen zwangsweise repatriert werden sollte. Diese Frage ist nun nach monatelangen lästigen Streitigkeiten gelöst worden und stellt kein Hindernis mehr dar. Die Frage der Bedingungen, unter denen sich der Gefangenenaustausch vollziehen soll, konnte praktisch auf einen Nenner gebracht werden, bei dem grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vorhanden sind. Es handelt sich jetzt nur noch um die Art des Verfahrens. Beide Seiten haben zahlreiche Konzessionen gemacht, und die Vertreter der Vereinten Nationen haben selbst mindestens ein halbes Dutzend Alternativvorschläge unterbreitet. Es ist klar, daß die Angelegenheit fast augenblicklich gelöst werden könnte, sofern die Kommunisten den Wunsch haben, zu einer Regelung zu gelangen, wie sie unter vernünftigen Menschen üblich ist.

Es ist auch zur Genüge klargemacht worden, daß, falls kein Wunsch nach einer Regelung vorhanden ist, endlose und unerschöpfliche Varianten vorgeschlagen werden können. Was uns anbetrifft, sind wir bereitwillig auf den Plan eingegangen, daß die Schweiz oder Schweden oder Indien oder Pakistan die Aufgabe übernehmen sollen, sich in ehrenhafter Weise der 40 000 bis 50 000 Gefangenen anzunehmen, die eine Rückkehr in die Heimat fürchten.

Jetzt ist von den Kommunisten ein Vorschlag gemacht worden, wonach sich fünf Mächte, Polen, die Tschechoslowakei, die Schweiz, Schweden und Indien, gemeinsam mit diesem Problem befassen sollten. Dies würde die Sache sehr komplizieren; aber gleichzeitig ist die Forderung, daß alle betroffenen Kriegsgefangenen aus ihren Gefangenenlagern nach anderen fernen Ländern gebracht werden sollen, fallengelassen worden. Die Vereinigten Staaten, als Mandatar der Vereinten Nationen, haben neunzehn Zwanzigstel der Opfer an Blut und Gut gebracht. Daher haben wir nicht das Recht oder die Pflicht, in dieser Sache zu entscheiden; aber es ist unsere Pflicht, ohne von unserem großen Verbündeten abzurücken, ihm bei Gelegenheit frei und offen unsere Ansicht zu sagen. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß dieser neue Vorschlag eine geduldige und wohlwollende Prüfung verlangt.

Mir ist im Augenblick kein Grund für die Annahme bekannt, daß er keine Grundlage für eine Einigung darstelle; immer vorausgesetzt, daß der Vorschlag von den Kommunisten im Geiste der Aufrichtigkeit vorgebracht worden ist.

Während der letzten Wochen haben wir die Verschlechterung der Lage in Indochina mit großer Sorge beobachtet. Ich freue mich sagen zu können, daß sie, soweit ich unterrichtet bin, weniger ernst ist, als zeitweilig angenommen wurde, und daß die von den Franzosen ergriffenen Maßnahmen zusammen mit dem Beginn der Regenzeit wahrscheinlich eine Kampfpause von mehreren Monaten bringen werden. Meiner Meinung nach sollte uns der plötzliche Vormarsch von Teilen der Vietminh-

Streitkräfte oder ihrer Vortrupps auf die siamesische Grenze nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, daß es sich um einen von den Sowjets inspirierten Vorstoß handelt, der mit der neuen Haltung der sowjetischen Regierung unvereinbar ist. Dies könnte sich unglücklicherweise nur als eine Vermutung herausstellen. Der Vorstoß kann sich ebensogut aus örtlichen Umständen und Bestrebungen sowie aus Plänen ergeben haben, die schon vor vielen Monaten gefaßt und jetzt vielleicht widerrufen worden sind. Wir sollten zumindest keine voreiligen Schlüsse ziehen.

Nun komme ich zur ägyptischen Frage, und hier, glaube ich, dient es zum besseren Verständnis, wenn ich die Folge der letzten Ereignisse noch einmal aufzeichne.

Innerhalb einer Woche nach der Räumung Abadans hat die ägyptische Wafd-Regierung die einseitige Aufkündigung des Vertrages von 1936 bekanntgegeben. Dieser Vertrag bleibt in seiner gegenwärtigen Gestalt auf jeden Fall bis zum Jahre 1956 gültig, und es ist durchaus möglich, daß sie (die Ägypter) sich nicht vergegenwärtigen, in welcher schwachen Position sie rechtlich und international und auch vom Standpunkt des allgemeinen Anstandes aus durch diese Aufkündigung geraten sind. Wir bleiben zweifellos auch weiterhin im Besitz der rechtlichen Vorteile, die einer Nation zufallen, die sich einem gegen Treu und Glauben verstoßenden Akt gegenübergestellt sieht. Als sich das vor achtzehn Monaten ereignete, übermittelten der damalige Premierminister und der damalige Außenminister — obwohl sie inmitten des Wahlkampfes standen — den britischen Truppen in der Kanalzone sehr schnell den Befehl, sich gegen alle Angriffe zu verteidigen und Vorbereitungen zum Schutz der britischen Zivilangehörigen vor Belästigungen und Mißhandlungen zu treffen. Daraufhin brach sofort eine Art Guerillakrieg aus, und das war die Situation, der wir uns bei der Regierungsübernahme am 25. Oktober 1951 gegenübersehen.

Gegen Ende Januar 1952 wurde diesen Angriffen auf unsere Streitkräfte, die auf Beschluß der damaligen Regierung und mit unserer Zustimmung erheblich verstärkt worden waren, durch eine ziemlich rauhe Episode in Ismailia ein Ende gesetzt. Der Mob in Kairo verübte einige erschreckende Morde, aber es gab keine Kämpfe mehr. Ende Juli letzten Jahres zwang ein Offizier der ägyptischen Armee, unterstützt von einer Schaar militärischer Gefährten, König Faruk zum Verlassen des Landes und machte sich selbst oder ließ sich, ohne sich durch irgendeine Wahl vom Volke bestätigen zu lassen, zum Diktator des Landes machen. Seit dieser Zeit liegt die Macht in Ägypten bei der Militärjunta. Einer der Nachteile der Diktatur besteht darin, daß der Diktator oft unter dem Diktat anderer steht. Was er anderen zufügt, kann oft auch ihm selbst zugefügt werden.

Es folgte eine Periode der Spannung in Ägypten, während der der neue Diktator und seine Kameraden es für angeraten oder notwendig hielten, nach dem altbekannten Rezept „Werft die Engländer raus“ eine möglichst große Popularität zu erringen. Bis zum vergangenen Monat beschränkte sich dies auf einen Wortkrieg; seitdem haben sich jedoch kleinere Gewaltakte ereignet, bei denen auch Verluste an Menschenleben eintraten.

Im November vorigen Jahres haben General Naguib und die herrschende Junta in Kairo uns um die Aufnahme von Verhandlungen über eine Räumung der Kanalzone und des wichtigen und sehr kostspieligen Stützpunktes,



der völlig auf unsere eigenen Kosten während und nach dem Kriege errichtet wurde, ersucht. Wir waren durchaus bereit, die gesamte Lage in freundschaftlicher Form mit General Naguib oder seinen Vertretern zu erörtern. Wir hegen selbstverständlich keineswegs den Wunsch, mit einem jährlichen Kostenaufwand von möglicherweise mehr als 50 Millionen Pfund dort auf unbestimmte Zeit 80 000 Mann zu unterhalten, um die in erster Linie uns und uns allein zugefallene Aufgabe zu erfüllen, die Interessen der freien Nationen im Mittleren Osten zu wahren und den Suezkanal als internationalen Schifffahrtsweg zu schützen.

Wenn hierüber und über die ordnungsgemäße Instandhaltung des strategischen Stützpunktes annehmbare Uebereinkommen mit Aegypten erzielt werden können, würde dies eine große Einsparung an britischen Truppen und britischem Geld bedeuten. Es handelt sich hier nicht um ein imperialistisches oder koloniales Unternehmen der Briten, sondern um eine Sache, die jedes NATO-Mitglied vom Nordkap bis zum Kaukasus und auch die Länder des Ostens und Mittleren Ostens unmittelbar betrifft. Es war eine ägyptische Monarchie, die im Jahre 1951 den Vertrag von 1936 widerrief, und es war eine ägyptische Diktatur, die im vergangenen November um eine Konferenz ersuchte. Wir haben den Widerruf des Vertrages nicht angenommen, aber wir haben bereitwillig der Konferenz zugestimmt.

Vor einer Zusammenkunft mit den ägyptischen Vertretern hielten wir es jedoch für richtig, uns mit den Vereinigten Staaten als der führenden Weltmacht über die unumgänglichen Mindestbedingungen für den Schutz dieser internationalen Objekte ins Einvernehmen zu setzen. Diese Bedingungen müssen es bei voller Achtung der ägyptischen Souveränität ermöglichen, den Stützpunkt in solchem Zustand zu erhalten, daß er im Falle eines dritten Weltkrieges notfalls rechtzeitig für den gesamten Mittleren Osten wirksam in Funktion treten kann.

Nach sorgfältigen und eingehenden Besprechungen mit militärischen und zivilen Stellen der Regierung Präsident Trumans sind wir in bezug auf die erforderlichen Bedingungen zu Schlüssen gelangt, die ich im einzelnen jedoch hier nicht anführen will. Es möge genügen, wenn ich sage, daß diese Bedingungen, falls sie auf der Grundlage von Treu und Glauben angenommen werden, eine Reduzierung der britischen Streitkräfte von 80 000 Mann auf einen Bruchteil dieser Zahl ermöglichen. Das zurückbleibende technische Personal würde seine Aufgaben erfüllen in freundschaftlichem Verhältnis zur ägyptischen Monarchie, Republik, Oligarchie, Diktatur oder was auch immer daraus werden möge. Mit der Regierung Truman sind wir übereingekommen, daß wir gemeinsam handeln sollten, um diese Politik weiterzutreiben.

Nach der Regierungsübernahme durch Präsident Eisenhower sind diese Abmachungen überprüft worden; ich bin jedoch nicht ermächtigt, bereits heute Angaben über die Form des erzielten Uebereinkommens zu machen. Im März ist von uns den Aegyptern eine Zusammenkunft mit den britischen und amerikanischen Delegierten zur Erörterung der Lage vorgeschlagen worden. Die Aegypter haben jedoch eine solche Zusammenkunft mit uns beiden gemeinsam nicht gewünscht, und die Vereinigten Staaten gaben diesem Wunsche nach; sie hielten sich aber für eine Teilnahme an den Besprechungen bereit, falls General Naguib sie hierzu auffordern würde.

Wir traten daher am 27. April in Besprechungen mit den Aegyptern ein. Wir hatten ursprünglich die Absicht, Feldmarschall Slim zu bitten, zusammen mit unserem Botschafter unseren Standpunkt zu vertreten, der vorwiegend militärisch-technischer Natur ist, aber seine erforderliche Anwesenheit in Australien machte es notwendig, eine andere Militärperson zu wählen. In General Robertson haben wir einen Vertreter gefunden, der über hervorragende Berufskenntnisse und weite politische Erfahrung sowohl im Mittleren Osten und früher auch in der Britischen Besatzungszone in Deutschland verfügt. Unter diesen Umständen also begannen die Verhandlungen. Wir haben, das möchte ich wiederholen, um diese Verhandlungen nicht ersucht — sondern wir entsprachen dem ägyptischen Wunsch. Sie baten um die Verhandlungen, und jetzt — um die in der heutigen Presse berichteten heftigen Worte General Naguibs zu gebrauchen — wollen sie nichts mehr damit zu tun haben.

Ich möchte an dieser Stelle erklären, daß ich mit General Naguib bisher nicht, wie einige Morgenzeitungen heute meldeten, in persönlicher Fühlungnahme gestanden habe und daß weder die britische Regierung noch die britische Delegation in irgendeiner Form ein Ultimatum gestellt hat. Es ist eher wahrscheinlich, daß die heftigen Worte General Naguibs dem Wunsche entspringen, Außenminister Foster Dulles, der heute in Kairo eingetroffen ist, zu beeindrucken. Sollten die Aegypter je den Wunsch haben, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, so sind wir dazu bereit; und wenn sie sie mit uns und den Vereinigten Staaten gemeinsam aufnehmen wollen — um so besser. Inzwischen sind, soweit ich sehen kann, keine Schritte von uns aus erforderlich.

Wenn allerdings die prahlerischen und drohenden Reden, an denen in den letzten Monaten Ueberfluß geherrscht hat — einige Proben brachten sogar noch die letzten Stunden —, in die Tat umgesetzt werden sollten, wenn unsere Truppen in der Kanalzone zur Zielscheibe neuer Angriffe von Saboteuren oder sogar der ägyptischen Armee werden sollten, die von den Nazi-Instrukteuren und Nazi-Stabsoffizieren in ungewöhnlich großer Zahl unterstützt und geschult wird, wenn britische Soldaten getötet werden sollten, hätten wir selbstverständlich keine andere Wahl — ich bedaure, dies dem Hause sagen zu müssen, aber wir dürfen den Tatsachen nicht ausweichen —, als uns zu verteidigen. Wie mir versichert wird, sind wir dazu durchaus in der Lage, ohne irgendwelchen materiellen Beistand seitens der Vereinigten Staaten oder irgendeiner anderen Seite zu benötigen. Unsere Hoffnung ist aber, daß die Verhandlungen wiederaufgenommen werden. Inzwischen können wir die Entwicklung der Ereignisse mit jener Gelassenheit abwarten, die sich aus der Paarung von Geduld und Stärke ergibt.

In Europa ist Deutschland das alles beherrschende Problem. Wenn nach dem Waffenstillstand in Deutschland unser Rat von den Vereinigten Staaten befolgt worden wäre, hätten sich die westlichen Alliierten nicht von der Frontlinie, die ihre Armeen erreicht hatten, auf die vereinbarte Besatzungslinie zurückgezogen, sofern und bis nicht mit Sowjetrußland über die vielen Streitpunkte in der Frage der Besetzung feindlicher Gebiete, wovon die Besetzung der deutschen Zone natürlich nur einen Teil bildete, Uebereinstimmung erzielt worden war. Unsere Ansicht wurde nicht angenommen, und ein weites Gebiet Deutschlands wurde ohne irgendeine allgemeine Ver-



einbarung zwischen den drei siegreichen Mächten der sowjetischen Besetzung überantwortet. Nach der unterbrochenen Potsdamer Konferenz, an der Attlee in zwei verschiedenen Eigenschaften mit meinem völligen Einverständnis teilnahm, jedenfalls soweit es die erste Eigenschaft anbetrifft, nahm das Rußland Stalins eine sehr feindliche Haltung gegenüber den westlichen Verbündeten an. Stalin fand sehr früh Widerstand durch die Festigkeit und Hartnäckigkeit des verstorbenen Ernest Bevin, der das demokratische Gefühl geschlossen gegen dieses neue Kapitel sowjetischer Ambitionen aufbot.

All die tragischen und schrecklichen Ereignisse der letzten acht Jahre sind dann in unerbittlicher Reihenfolge gefolgt. Als ihr Ergebnis bietet sich das umfassende und gewaltige Problem Deutschland in einer gänzlich verschiedenen Art dar. Der Osten Deutschlands, mehr als ein Viertel der Bevölkerung und ein Drittel des Gebietes, ist großem Elend und wirtschaftlichem Niedergang anheimgefallen und besitzt eine mächtige und gut bewaffnete, von den Sowjets organisierte, kommunistische deutsche Streitmacht. Die Frage der deutsch-polnischen Grenze wurde ausdrücklich auf der Potsdamer Konferenz dem allgemeinen Friedensvertrag vorbehalten, der, um es milde auszudrücken, heute nicht näher erscheint, als er es damals war. Wir, die Vereinigten Staaten und Frankreich sind mit Westdeutschland ein neues, bemerkenswertes Verhältnis eingegangen. Die Politik der Regierung Ihrer Majestät ist es, sowohl dem Buchstaben wie dem Geist der Abkommen mit Westdeutschland unbedingt treu zu bleiben.

Dr. Adenauer kann wohl als der klügste deutsche Staatsmann seit den Tagen Bismarcks angesehen werden. Ich habe die Ausdauer, die Gelassenheit, den Mut und das Geschick sehr bewundert, mit denen er den entwickelten, wandelbaren, ungewissen und unvorhergesehenen Situationen, denen er unaufhörlich ausgesetzt war, begegnete. So stark unser Wunsch ist, mit Sowjetrußland zu einer freundschaftlichen Verständigung oder auch nur zu einem verbesserten Modus vivendi zu kommen, so sind wir dennoch entschlossen, keinesfalls den Verpflichtungen auszuweichen, die wir gegenüber Deutschland auf uns genommen haben. Dr. Adenauer wird uns hier in wenigen Tagen besuchen, und wir werden ihm gewiß versichern, daß Westdeutschland in keiner Weise geopfert werden oder — ich wähle diese Worte mit besonderer Sorgfalt — aufhören wird, Herr seines eigenen Schicksals im Rahmen der Abmachungen zu sein, die wir und die anderen NATO-Länder mit ihm getroffen haben.

Ich vertrete schon seit mehreren Jahren den Standpunkt, daß für die Sicherheit und Freiheit Westeuropas keine Hoffnung besteht, wenn nicht Teutonen und Galier für immer ihren alten Streit begraben. Es ist jetzt sieben Jahre her, seit ich in Zürich an Frankreich appellierte, Deutschland bei der Hand zu nehmen und es in die europäische Familie zurückzuführen. Seitdem haben wir große Fortschritte gemacht. Zum Teil waren sie zweifellos dem Ansporn zu verdanken, der riesigen militärischen Stärke Sowjetrußlands Widerstand entgegenzusetzen, doch zum großen Teil sind sie auch der begeisterten und unbesiegbaren Sache des Vereinigten Europa zu verdanken.

Wir haben Straßburg und alles, was es verkörpert, und es ist unsere Pflicht, seine Lebenskraft und Autorität mit den Jahren unablässig zu stärken. Wir haben die Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas,

die bei der Festigung der materiellen Stärke und des Zusammengehörigkeitsgefühls der westlichen Länder so nützliche Arbeit geleistet hat. Wir haben die Europäische Zahlungsunion. Es gibt außerdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, bei der wir, wie ich glaube, durch Beobachter vertreten sind. Endlich gibt es oder wird es, wie ich aufrichtig hoffe, in Kürze die Europäische Verteidigungsgemeinschaft geben, die so lange aufgeschoben worden, aber auch so dringend notwendig ist. Diese wird einen wesentlichen Bestandteil der sich fortschreitend entwickelnden Nordatlantikpakt-Organisation bilden.

Die militärische Lage Frankreichs ist allerdings derart, daß sie in der englischsprachigen Welt sehr wohl ernste Besorgnis hervorrufen kann. Und zwar nicht in erster Linie wegen der Auswirkungen in Europa, da wir dort, was uns auch immer bevorstehen mag, zusammen in einer Front stehen, sondern vielmehr wegen der Auswirkungen auf die französische Stellung und die französische Politik in den entlegenen Gebieten, die die Franzosen zu verteidigen suchen.

Die Amerikaner haben Frankreich aufgefordert, ihre Angelegenheiten in Indochina vor die Vereinten Nationen zu bringen, wo wahrscheinlich im Augenblick eine für sie günstige Abstimmung erfolgen würde. Aber die Franzosen — soviel ich aus eigener persönlicher Kenntnis weiß — zögern, weil sie wissen, daß dann ihr Verwaltungssystem in Indochina von den Vereinten Nationen unter ständige Beobachtung genommen werden würde. Da die meisten Mitglieder der Vereinten Nationen keine Kolonien besitzen, neigen sie zu einer etwas andersartigen Haltung gegenüber den Mitgliedern, die Kolonien besitzen. Daher Frankreichs Zögern, den Apparat der Vereinten Nationen in Anspruch zu nehmen.

Fraglos sollte aber Frankreich von sich aus wirksamere Maßnahmen ergreifen, wenn es das Ansehen und den Fortbestand der französischen Union ohne Verbindung mit den Vereinten Nationen erhalten will. Wenn die Franzosen heute das gleiche militärische System hätten, das die sozialistische Regierung in Großbritannien eingeführt hat — und das ich das Shinwell-System nennen darf —, nämlich zweijährige Wehrpflicht und die Befugnis, Wehrpflichtige auch in außereuropäische Gebiete zu schicken, dann hätten sie, so glaube ich, weit weniger Schwierigkeiten, ihre Stellung in Indochina zu halten, und hätten außerdem eine weit stärkere Armee zur Verteidigung ihres eigenen Landes Seite an Seite mit ihren Alliierten aufbauen können. Die Tatsache, daß sie sich bisher nicht in der Lage gesehen haben, derartige militärische Maßnahmen zu ergreifen, hat sie großen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Wo stehen wir nun? Wir sind nicht Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und haben auch nicht die Absicht, in einem europäischen bundesstaatlichen System aufzugehen. Wir glauben, in einem ganz besonderen Verhältnis zu beiden zu stehen. Das kann durch Präpositionen zum Ausdruck gebracht werden, durch die Präposition „zu“, aber nicht durch „von“. Wir stehen zu ihnen, sind aber kein Teil von ihnen. Wir haben unser eigenes Commonwealth und Empire.

Eine der Befürchtungen Frankreichs besteht darin, daß Deutschland selbst in seiner jetzigen Teilung so stark sein wird, daß es Frankreich gegenüber in einem vereinigten Europa oder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft



ein Uebergewicht gewinnt. Ich bin sicher, sie könnten selbst sehr viel tun, wenn sie sich dazu entschlossen, ihre eigene Stärke auszubauen. Ich habe aber als ein seit fast fünfzig Jahren tätiger Freund Frankreichs stets die Ansicht vertreten, daß unser Schicksal miteinander verknüpft ist. Seit Ende des Krieges haben wir bestimmt fünfmal im Rahmen der verschiedenen NATO- und EVG-Abmachungen und der Verträge von Dünkirchen und Brüssel die Garantie gegeben, daß wir nach besten Kräften Frankreich gegen eine Aggression verteidigen helfen werden. Fünfmal ist ziemlich viel, und zwar nicht auf Grund des Beschlusses einer Partei, sondern mit allgemeiner Zustimmung der britischen Nation. Wir haben auch unser bleibendes Interesse am Aufbau der Stärke und an der Festigung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bekundet. Wir haben angeboten, engen Kontakt mit ihren Organen und Streitkräften zu unterhalten. Das alles sollte das Gleichgewicht herstellen und die Befürchtung beseitigen, daß Westdeutschland in der gemeinsamen Organisation die Vorherrschaft erringen würde.

Lassen Sie mich einen Augenblick etwas ausführlicher über unseren Anteil an der EVG sprechen. Wir akzeptieren den Grundsatz, daß zwischen uns und der EVG ein besonders enges Verhältnis besteht. In der Erwartung des Inkrafttretens des EVG-Vertrages arbeiten wir jetzt bereits zusammen mit den Mitgliedern der Gemeinschaft an den Maßnahmen, die sowohl auf militärischem wie auf politischem Gebiet geboten sein werden. Auf militärischem Gebiet werden wir für eine wirksame und ständige Zusammenarbeit zwischen unseren Streitkräften und denen der EVG Sorge tragen. Was die Luftwaffe betrifft, sind wir bereit, nach erfolgtem Aufbau der europäischen Luftwaffe Offiziere für die Kommandostellen und die Ausbildung auszutauschen und auf jede andere Weise mitzuarbeiten. Auch zwischen den beiden Heeren und Flotten wird eine enge Assoziation stattfinden. Auf politischem Gebiet beabsichtigen wir, ständig und ernsthaft Probleme von gemeinsamem Interesse gemeinsam zu beraten. Dies ist unsere Politik, so wie es auch die Politik der vorangegangenen Regierung gewesen ist.

Ich fühle mich auch verpflichtet, hier von einem anderen Gesichtspunkt aus festzuhalten, was wir bisher getan haben. Den Hauptteil unserer Streitkräfte haben wir zusammen mit den Franzosen auf dem Kontinent stationiert. Das stärkste Panzerkontingent, das zwischen Elbe und Rhein steht, ist das unsrige. Wir haben unsere Luftwaffe sehr eng assoziiert. Wir haben unsere Truppen in Europa dem Oberbefehl General Ridgways unterstellt. Sollte es zu einem Kriege kommen, kann er, nach angemessener Rücksprache, wie sie im letzten und im vorausgegangenen Weltkrieg üblich war, entsprechend den strategischen und selbst den taktischen Erfordernissen über unsere Divisionen verfügen. Was könnten wir noch mehr tun außer einer rückhaltlosen Verschmelzung mit der europäischen militärischen Organisation? Wir tun für sie unser Bestes. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen unter dem Kommando des obersten Befehlshabers auf dem Kontinent. Wir teilen ihr Schicksal. Wir besitzen keine vollständige Division mehr auf unserer Insel. Keine Nation ist jemals in Zeiten, über die ich gelesen oder die ich durchlebt habe, so schwere Risiken eingegangen, und keine Nation hat jemals so wenig Anerkennung dafür geerntet.

Wir werden auch weiterhin an den Plänen für die

politische, militärische und wirtschaftliche Assoziation Westeuropas mit der nordatlantischen Allianz voll und ganz mitarbeiten. Das ist, glaube ich, eine durchaus nüchterne und klare Darlegung unserer Stellung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Ich kann meine Ausführungen über die französischen Probleme, über die ich mit einer Offenheit gesprochen habe, zu der mich meine lange Freundschaft wohl berechtigt, nicht abschließen, ohne unsere Achtung vor dem Leben und Ruhm Frankreichs erneut zu betonen. Frankreich war jahrhundertlang unser Feind, aber in den schwersten Zeiten, die beide von uns durchgemacht haben, unser Alliierte. Niemand sollte die glorreichen und furchtbaren Opfer Frankreichs während des Ersten Weltkrieges vergessen, als es bei der damals stagnierenden Bevölkerungsziffer von 39 Millionen den Verlust von zwei Millionen seiner besten Söhne erlitt. Wir begrüßen eine Wiederbelebung der Stärke und des Einflusses Frankreichs, und der Rat, den ich den Franzosen als ihr ältester Freund in Großbritannien anzubieten wage, entspringt meiner Bewunderung für die Rolle, die sie für den Ruhm und die Kultur Europas gespielt haben.

Wenn ich mir die Weltkarte näher anschau, und das muß man tun, wenn man sich mit der Sicherheit Europas befaßt, dann darf die wichtigste Entwicklung im vergangenen Jahr nicht übersehen werden. Ich meine hier die neuen Beziehungen zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei. Diese Nationen bilden die rechte Flanke der europäischen Front, und das von ihnen geschlossene Abkommen trägt erheblich zur Stärkung des gesamten Systems der alliierten Verteidigung bei. Es hat auch sehr nützliche Auswirkungen auf die Verteidigung des Mittleren Ostens. Der Abschluß des Vertrages durch die NATO-Pakt-Mächte hat einen weittragenden Einfluß auf die arabischen Staaten und allgemein gesehen auf die mohammedanische Welt. Wir glauben, daß die Weisheit der arabischen Staaten sie zu einer stärkeren Assoziation mit den westlichen Alliierten führen wird, mit denen sie durch so viele gemeinsame Interessen und insbesondere die gemeinsame Sicherheit verbunden sind.

Der wichtigste Faktor im Mittleren Osten ist der Staat Israel. Seit der Balfour-Erklärung vom Jahre 1917 bin ich stets ein treuer Befürworter der zionistischen Sache gewesen. Ich habe dabei natürlich auch sehr schmerzvolle Zeiten erlebt, in denen entsetzliche Verbrechen durch radikale Gruppen innerhalb der spannungsreichen und vielschichtigen jüdischen Gemeinschaft gegen unsere Offiziere und Soldaten begangen wurden. Wenn ich aber auf die Arbeit des jüdischen Volkes zurückblicke, die es beim Aufbau einer Nation, bei der Urbarmachung der Wüste und der Aufnahme von über 500 000 Flüchtlingen, die aus Furcht vor dem Terror Europa verließen, geleistet hat, dann erachte ich es als die Pflicht Großbritanniens, dafür zu sorgen, daß das jüdische Volk gerecht behandelt wird und daß die ihm von verschiedenen britischen Regierungen gegebenen Versprechungen erfüllt werden.

Zu seinem Glück hat der Staat Israel die beste Armee in der Levante gebildet und vor vier Jahren den gemeinsamen Angriff seiner Nachbarn und Ägyptens erfolgreich abgewehrt. Es ist sehr bedauerlich, daß bisher kein Friede zwischen Israel und den arabischen Staaten, mit denen sein Schicksal eng verknüpft ist, beschlossen worden ist. Hinsichtlich der Lieferungen von Flugzeugen in diesen Teil der Welt werden wir nichts tun, was Israel benach-



teilt. Wir hoffen ernsthaft, daß dem Problem der arabischen Flüchtlinge die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird und daß der unglückliche und insbesondere zeitlich ungünstige Streit zwischen Israel und Jordanien im gegenseitigen Interesse beendet werden kann.

Ich hatte mich vor mehr als dreißig Jahren eingehend mit den Interessen und der Bildung der beiden dieser Staaten zu befassen, und ich glaube, daß sie sich gegenseitig helfen können, wenn sie gutnachbarlich zusammenleben. Ich hatte sehr gehofft, daß König Abdullah und Herr Waizmann, zwei Männer, die ich kannte und verehrte, zusammenfinden würden, aber der Tod hat den einen und Mord den anderen hinweggerissen. Trotzdem ist an einer Politik der Beharrlichkeit und guter Nachbarschaft wohl nichts auszusetzen. Deshalb hoffe und vertraue ich, daß die arabischen Staaten zu einem Frieden mit Israel kommen werden, und ich bete, daß die große zionistische Konzeption einer Heimat für dieses geschichtliche Volk, wo es auf dem Boden seiner Vorfahren leben kann, letzten Endes ihre Verwirklichung findet.

Das wichtigste Ereignis seit unserer letzten außenpolitischen Debatte ist natürlich die Veränderung in der Haltung und, wie wir alle hoffen, in der Gesinnung, die sich nach Stalins Tod im sowjetischen Machtbereich und vor allem im Kreml vollzogen hat. Das ganze Unterhaus hat dies mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Es ist die Politik der Regierung Ihrer Majestät, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu vermeiden, etwas zu tun oder zu sagen, was eine sich anbahnende günstige Reaktion unterbinden könnte, und jedes Zeichen einer Verbesserung der Beziehungen zu Rußland zu begrüßen. Wir sind durch eine Reihe freundlicher Gesten der neuen sowjetischen Regierung ermutigt worden. Diese haben bisher darin bestanden, aufzuhören, uns etwas zuzufügen, was wir ihnen nicht zugefügt haben. Daher ist es schwierig, spezifische Beispiele anzuführen, an denen ihre Handlungsweise gemessen werden könnte. Sollten jedoch Beispiele angeführt werden können, so würde Ihrer Majestät Regierung sie zweifelsohne umgehend und wohlwollend prüfen.

Ueber dieses Thema möchte ich einige allgemeine Bemerkungen wagen, die, wie ich hoffe, mit Duldung und Nachsicht erörtert werden. Es würde, glaube ich, ein Fehler sein, davon auszugehen, daß nichts mit der Sowjetregierung bereinigt werden könne, wenn nicht und ehe nicht alles bereinigt ist. Schon die Bereinigung von zwei oder drei Schwierigkeiten wäre ein bedeutsamer Gewinn für jedes friedliebende Land. Beispielsweise Frieden in Korea, der Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages — diese könnten zu einer Entspannung unserer Beziehungen für die nächsten Jahre führen, die möglicherweise neue Aussichten auf Sicherheit und Wohlstand für alle Nationen und Kontinente eröffnen würden. Daher wäre es, wie ich glaube, ein Fehler, die Dinge schon im einzelnen festlegen zu wollen. Die ernsten und grundsätzlichen Fragen, die die kommunistische und die nichtkommunistische Welt heute voneinander scheiden, können nicht auf einen Schlag durch eine einzige, umfassende Regelung bereinigt werden.

Die Lösung einzelner Probleme nacheinander sollte nicht verachtet oder achtlos beiseite geschoben werden. Es könnte sicherlich nichts schaden, wenn eine Zeitlang jeder Staat sich überlegen würde, was er tun könnte, um dem anderen Annehmlichkeiten statt Unannehmlichkeiten zu bereiten. Vor allem wäre es schade, wenn der natürliche

Wunsch, eine allgemeine Verständigung über die Weltpolitik zu erreichen, eine spontane und gesunde Evolution aufhalten würde, die vielleicht innerhalb Rußlands stattfindet. Ich habe einige der innerpolitischen Manifestationen und augenscheinlichen Gesinnungsänderungen in Moskau für weit wichtiger gehalten als das, was außerhalb Rußlands vorging. Mir liegt daran, daß nichts in der Darlegung der Außenpolitik der NATO-Mächte das, was eine tiefe Bewegung des russischen Gefühls sein kann, gewissermaßen verdrängt oder ihm die Kraft nimmt.

Wir alle wünschen, daß das russische Volk den hohen Platz in der Weltpolitik einnimmt, der ihm zukommt, ohne um seine eigene Sicherheit besorgt zu sein. Ich glaube nicht, daß das ungeheure Problem, die Sicherheit Rußlands mit der Freiheit und Sicherheit Westeuropas in Einklang zu bringen, unlösbar ist. Ja, wenn die Vereinten Nationen die Autorität und den Charakter hätten, die ihre Schöpfer erhofft hatten, wäre dies Problem bereits gelöst. Ich denke an den Locarno-Vertrag von 1925. Er war der höchste Gipfel, den wir zwischen den beiden Kriegen erreichten. Als Schatzkanzler in jenen Tagen war ich eng vertraut mit ihm. Er gründete sich auf den einfachen Gedanken, daß bei einem Angriff Deutschlands auf Frankreich wir den Franzosen und bei einem Angriff Frankreichs auf Deutschland wir den Deutschen beistehen sollten.

Die Lage ist heute nach Ausmaß und Faktoren sehr verschieden, und doch bin ich der Meinung, daß der Grundgedanke, der den Locarno-Vertrag beseelte, sehr wohl auch in bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland im Denken derer eine Rolle spielen könnte, deren vornehmster Ehrgeiz es ist, den Frieden Europas als Schlüssel zum Frieden der ganzen Menschheit zu konsolidieren. Rußland hat ein Recht, sicher zu sein — soweit es in der Macht menschlicher Vereinbarungen steht —, daß die furchtbaren Geschehnisse der Hitler-Invasion sich nie wiederholen und daß Polen ein befreundeter Staat und ein Pufferstaat bleibt, wenn auch nicht, so hoffe ich, ein Marionettenstaat.

Ich nehme mir die Freiheit, dem Hause einige Worte vorzulesen, die ich vor genau acht Jahren, am 29. April 1945, in einem Telegramm an Stalin schrieb:

„Es liegt nicht viel Trost darin, in eine Zukunft zu schauen, in der Sie und die Länder, die Sie beherrschen, und die Kommunistischen Parteien in vielen anderen Staaten alle auf der einen Seite aufgeboden werden, und diejenigen, die sich um die englischsprachigen Nationen und ihre Verbündeten oder Dominions scharen, auf der anderen. Es ist ganz klar, daß ihr Streit die Welt in Stücke reißen würde und daß alle führenden Männer auf jeder Seite, die damit irgend etwas zu tun hätten, vor der Geschichte beschämt dastehen würden. Selbst eine lange Periode des Verdachts, der Beschimpfung und Gegenbeschimpfung und der gegnerischen Politik würde ein Verhängnis sein, das die große Entwicklung zur Weltwohlfahrt der Massen hindern würde, die nur durch unsere Dreieinigkeit erreichbar ist. Ich hoffe, in diesem Herzenserguß ist kein Wort und kein Satz, der Sie unablässig kränkt. Wenn es so ist, so lassen Sie es mich wissen. Aber ich bitte Sie, mein Freund Stalin, unterschätzen Sie die Meinungsverschiedenheiten nicht, die sich in Fragen zu zeigen beginnen, von denen Sie annehmen, daß sie für uns geringfügig seien, die aber symbolisch sind für die Art, in der die englischsprachigen Demokratien das Leben anschauen.“

Ich fühle heute genau so. Ich muß es ganz klar aussprechen, daß ich trotz aller Ungewissheiten und Verwirrungen, in denen sich heute die Weltpolitik befindet,



glaube, es sollte eine Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten abgehalten werden, und zwar ohne langen Aufschub. Diese Konferenz sollte nicht von einer schwerfälligen oder starren Tagesordnung belastet werden oder sich in Irrgärten und Dschungel technischer Einzelheiten verlaufen und zum Schlachtfeld von Scharen von Experten und Beamten werden, die in gewaltiger schwerfälliger Kampfordnung aufgestellt sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen beschränkt sein. Sie sollte mit viel Informalität und noch mehr Verschwiegenheit hinter verschlossenen Türen tagen. Es mag wohl sein, daß keine festen Abmachungen erzielt werden; aber die Teilnehmer könnten vielleicht doch das allgemeine Gefühl haben, daß sie Besseres tun können, als die ganze Menschheit und sich selber mit ihr zu zerstückeln.

So könnten sie sich beispielsweise von der Idee angezogen fühlen — die, wie sich gezeigt hat, auch Präsident Eisenhower anzog und von der Prawda nicht verneint wird —, den müden, sich plagenden Massen dieser Erde die Chance zu geben, in die schönste Zeit des Glücks, der Gerechtigkeit, des Wohlstandes, der Muße und der harmlosen Fröhlichkeit einzutreten, die ihnen in Wirklichkeit oder auch nur in ihren Träumen greifbar war.

Ich sage nur, daß dies geschehen könnte. Und ich sehe nicht ein, warum irgend jemand sich fürchten sollte, einmal den Versuch zu unternehmen. Wenn nicht an der Spitze der Nationen der Wille vorhanden ist, nach dem größten Preis und der größten Ehre zu streben, die der Menschheit dargeboten sind, wird die verhängnischwangere Verantwortung diejenigen treffen, bei denen heute die Macht zur Entscheidung liegt. Im schlimmsten Falle werden die Teilnehmer an einer solchen Konferenz einen engeren Kontakt hergestellt haben. Im besten Falle werden wir ein Menschenalter lang in Frieden leben.

Ich habe hiermit meine Uebersicht der Weltlage, wie ich sie sehe und wie ich sie beurteile, beendet. Ich danke dem Haus für das Entgegenkommen, mit dem es meine Ausführungen aufgenommen hat. Ich hoffe, einige Gedanken beigesteuert zu haben, die zum Frieden beitragen und einen sanfteren Wind über diese müde Erde wehen lassen.

Ehe ich zum Schluß komme, möchte ich aber noch eins sagen, und ohne es zu sagen, würden alle von mir ausgesprochenen Hoffnungen vergebens sein. Was immer die Meinungsverschiedenheiten zwischen Freunden und Alliierten über besondere Probleme sein mögen oder über die allgemeinen Wertmaßstäbe und über das Gefühl für Proportionen, die wir anwenden sollten, so gibt es doch nur eine Tatsache, die alles andere an Einfachheit und Stärke überragt. Wenn sie verwirklicht wird, ist jede Hoffnung entschuldbar, wenn sie nicht verwirklicht wird, entfallen alle Hoffnungen. Dies wäre für die freien Nationen der gefährlichste Moment, um in ihrer Kame-radschaft und in ihren Vorbereitungen nachzulassen. Würden wir mit unseren Verteidigungsanstrengungen nicht auch weiterhin bis an die Grenzen unserer Kraft gehen, so würden wir jede günstige Tendenz zum Frieden sowohl in Europa wie auch in Asien lähmen. Uns wegen Meinungsverschiedenheiten oder lokaler Interessen zu entzweien oder in unseren gemeinsamen Anstrengungen nachzulassen, würde für immer das Ende einer solchen neuen Hoffnung bedeuten, wie sie vielleicht über der Menschheit aufgegangen ist, und statt dessen zu Ruin und Versklavung aller führen. Einigkeit, Wach-samkeit und Treue sind die einzigen Fundamente, auf denen die Hoffnung bestehen kann.

Quelle: *The Times* vom 12. Mai 1953. Uebersetzung des British Centre (Erwin Klinger) Frankfurt, in Zusammenarbeit mit dem Europa-Archiv.



## Kurzberichte und Zeittafel

### Die Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft in Paris

Am 12. und 13. Mai traten die Außenminister der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Paris zusammen, um über den von der ad hoc-Versammlung ausgearbeiteten Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft zu beraten (vgl. den Wortlaut des Vertragsentwurfs in EA 9/1953, S. 5669). Sie erzielten hinsichtlich der weiteren Behandlung des Vertragsentwurfs auf der Regierungsebene Einigung und gaben darüber folgendes Kommuniqué heraus:

„Die Außenminister waren einstimmig der Auffassung, daß es notwendig ist, eine politische Gemeinschaft zu errichten und zu diesem Zwecke die bereits in Gang befindlichen Arbeiten unverzüglich fortzusetzen. In dem Geiste, der ihre Erörterungen beherrscht hat, haben sie hierfür ein günstiges Vorzeichen erblickt. Sie haben beschlossen, vom 12. Juni bis zum 1. Juli in Rom eine Regierungskonferenz abzuhalten. An dieser sollen die Minister selbst oder deren Vertreter teilnehmen. Den Vorsitz wird Herr *de Gasperi* als Präsident des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führen. Die Minister werden am 10. Juli im Haag zusammentreten, um von dem Bericht des Präsidenten über die Ergebnisse der Konferenz Kenntnis zu nehmen.

Die sechs Minister sind ferner bereits in eine Sach-erörterung der Probleme eingetreten. Sie waren der Ansicht, daß die politische Gemeinschaft die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft — nach näherer Bestimmung durch die Konferenz — mit umfassen müsse. Darüber hinausgehende Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiet sind ins Auge gefaßt worden. Hinsichtlich dieser Frage haben die Minister von einem Memorandum vom 5. Mai des Herrn *Beyen*, Außenminister der Niederlande, über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes Kenntnis genommen. Zuständigkeitserweiterungen können nach ihrer übereinstimmenden Ansicht nicht von selbst eintreten, sondern müssen einstimmig vereinbart werden.

Die Minister haben sich erneut für eine auf demokratischer Grundlage gewählte europäische Versammlung erklärt. Ueberwiegend konnten sie schon jetzt die Erklärung abgeben, daß die Mitglieder dieser Versammlung in allgemeiner, unmittelbarer Wahl zu wählen sind. Andere Fragen konstitutioneller Art waren ebenfalls Gegenstand fördernder Erörterungen.

Die sechs Minister haben eine von Herrn *von Brentano*, dem Präsidenten des Verfassungsausschusses, geführte Delegation von Vertretern der ad hoc-Versammlung empfangen. Diese haben zusätzliche Aufklärungen über den Vertragsentwurf gegeben. Herr Präsident *Bidault* hat den hohen Wert der Arbeit der ad hoc-Versammlung hervorgehoben und hat der Delegation den Dank der Minister für den Beitrag ausgesprochen, den die Versammlung für den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft geleistet hat.“

Ueber die Saarfrage, die durch die Offenlassung des Artikels 102 des europäischen Verfassungsentwurfs eng mit den Problemen der Europäischen Gemeinschaft verknüpft ist, wurde auf der Außenministerkonferenz nicht gesprochen. Bundeskanzler *Adenauer* hatte darüber jedoch einen Meinungsaustausch mit dem französischen Ministerpräsidenten, René *Mayer*, und Außenminister *Bidault*. Er erklärte dazu vor der Presse, man müsse erst klären, wie weit der Kreis der beiderseitigen Wirtschaftsinteressen an der Saar gehe, und durch Beratungen von Sachverständigen eine Basis für die weiteren Verhandlungen schaffen. Deshalb seien bei den Pariser Gesprächen noch keine festen Abmachungen getroffen worden. Der Bundeskanzler äußerte jedoch seine Ueberzeugung, daß die Regelung des Saarproblems durch die Fortschritte bei der Aufrichtung der Europäischen Gemeinschaft erleichtert werde.

### Erster Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde der Montanunion

Der Präsident und die Mitglieder der Hohen Behörde der Montanunion haben am 11. April 1953 dem Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung den ersten Tätigkeitsbericht vorgelegt. Der Bericht umfaßt den Zeitraum vom 10. August 1952 bis 12. April 1953. Er vermittelt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und ist der erste der Berichte, welche die Hohe Behörde gemäß Artikel 17 des Vertrages alljährlich zu veröffentlichen und der Gemeinsamen Versammlung zur Diskussion vorzulegen hat. Die einzelnen Kapitel des Berichtes beschäftigen sich mit den Organen der Gemeinschaft; den auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft; der Entwicklung der Märkte für Kohle, Eisenerz und Schrott; der Errichtung des gemeinsamen Marktes für diese Erzeugnisse; den Spezialfragen der Arbeitskräfte; den Investitionen und ihrer Finanzierung.

Der Bericht der Hohen Behörde geht auch dem Europarat in Straßburg zu.

### Besprechungen zwischen Vertretern des Europäischen Wirtschaftsrates und der amerikanischen Regierung

Am 16. April 1953 wurden in Washington die auf Veranlassung des Ministerrates der OEEC zwischen Vertretern des Europäischen Wirtschaftsrates und der Regierung der Vereinigten Staaten geführten Besprechungen über gemeinsame wirtschaftliche Probleme des nordatlantischen Raumes abgeschlossen. Die vorwiegend informatischen Erörterungen waren vor allem den Fragen gewidmet, die durch den vierten Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates (vgl. den Wortlaut des allgemeinen Teiles des Berichtes in EA 3/1953, S. 5473—5482), die Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien (vgl. das Kommuniqué in EA 7/1953, S. 5597) und im Rahmen der Ministerratstagung der OEEC (vgl. Kurzbericht in EA 8/1953, S. 5647) aufgeworfen wurden.

Das Ziel beider Seiten war, wie ein Kommuniqué besagt: 1. die Herbeiführung einer stabilen und wachsenden Wirtschaft, die es erlauben soll, den Lebensstandard zu heben, sowie die Notwendigkeit entsprechender Investitionen und angemessener kollektiver oder individueller Verteidigungsanstrengungen; 2. die Führung einer gesunden internen Wirtschaftspolitik, die bestrebt ist, die finanzielle Stabilität aufrechtzuerhalten; 3. die Herbeiführung eines freieren und ausgedehnteren Welthandels und eines verbesserten Zahlungssystems.

In einer Analyse der europäischen Wirtschaftsprobleme und -aussichten wurde von den Vertretern des Europäischen Wirtschaftsrates dargelegt, daß trotz des während der vergangenen fünf Jahre erzielten großen Fortschrittes die gegenwärtige Wirtschaftslage in Europa alles andere als befriedigend sei. Wenngleich das Gesamtvolumen der europäischen Ausfuhren nach der übrigen Welt heute zwei Drittel über dem Vorkriegsstand liege, müßten die Dollareinkünfte aus den Ausfuhren erhöht werden. Um dieses Ziel bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Erfordernisse auf dem Gebiet der Verteidigung zu erreichen, sei es notwendig, die europäische Produktion und Produktivität zu steigern und die europäische Ausfuhr wettbewerbsfähiger zu gestalten. Weitere Anstrengungen sollten gemacht werden, um die Handelsschranken zwischen den europäischen Ländern und zwischen diesen und der übrigen Welt abzubauen. Die Vereinigten Staaten könnten zu einer Erweiterung des Welthandels durch Maßnahmen der Handelspolitik, durch Investitionen im Ausland und durch eine entsprechende Rohstoffpolitik beitragen.

Von den amerikanischen Delegierten wurde erklärt, daß die mit den etwa zu ergreifenden handelspolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten zusammenhängenden Fragen gegenwärtig einer Ueberprüfung unterzogen werden. Die amerikanischen Vertreter betonten das andauernde Interesse der Vereinigten Staaten an Fortschritten in Richtung auf eine europäische Integration durch Einrichtungen wie beispielsweise die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Europäische Politische Gemeinschaft, die Montanunion und den Europäischen Wirtschaftsrat.

#### Die Ergebnisse der europäischen Landwirtschaftskonferenz

In Paris trat vom 16. bis 20. März 1953 auf ministerieller Ebene eine europäische Landwirtschaftskonferenz zusammen, die sich mit dem Vorschlag zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Agrarmarktes befaßte. Die auf der Konferenz vertretenen Länder waren: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und die Türkei. Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) und die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) waren durch Beobachter vertreten.

Auf der ersten Sitzung wurde beschlossen, Spanien zur vollen Teilnahme an der Konferenz und den Europarat zur Entsendung eines Beobachters einzuladen.

Der Konferenz lag ein Bericht des Arbeitsausschusses vor, der von der vorbereitenden Konferenz im März 1952 eingesetzt worden war (vgl. hierzu den Kurzbericht in EA 8—9/1952, S. 4846/47), um eine entsprechende Dokumentation vorzubereiten und Empfehlungen auszu-

arbeiten. Der Bericht enthielt sehr aufschlußreiche Informationen über Erzeugung und Handel auf dem Sektor der europäischen Landwirtschaft (vgl. beispielsweise die Tabellen über die unterschiedlichen Hektarerträge und Preise für landwirtschaftliche Produkte in sechzehn europäischen Ländern in *Le Monde* vom 18. März 1953). Er enthielt jedoch mit Ausnahme des Vorschlages, daß der gemeinsame Markt die Erzeugnisse Getreide, Tabak, Obst, Gemüse, Zucker, Vieh und Fleisch sowie Molkereiprodukte und Holz umfassen sollte, keine positiven Empfehlungen.

In Anbetracht der Größenordnung der Probleme und des Fehlens konkreter Vorschläge beschäftigte sich die Konferenz kaum mit sachlichen Problemen und widmete ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich der Frage, in welcher Form eine engere Zusammenarbeit der europäischen Länder auf dem Gebiete der Landwirtschaft möglich sei. Die Niederlande sprachen sich als einziges Land eindeutig zugunsten einer supranationalen Organisation nach dem Vorbild der Montanunion aus. Die meisten Teilnehmer befürworteten jedoch eine losere Form der Zusammenarbeit, da diese es allein ermöglichen würde, eine größere Anzahl von Ländern zur Mitwirkung zu gewinnen. Der britische Vertreter setzte sich für die Ueberweisung der ganzen Materie an den Europäischen Wirtschaftsrat ein. Dieser Vorschlag fand die Unterstützung der skandinavischen Länder, der Schweiz und Irlands.

Es gelang der Konferenz nicht, zu einer Entscheidung in der Frage der Organisationsform zu gelangen. Nach eingehender Prüfung der Sachlage entschied sie sich in einer von allen anwesenden Ländern mit Ausnahme Irlands angenommenen Schlußresolution dafür, einen Interimsausschuß zu bilden, der sich aus Delegierten der an der Konferenz beteiligten Regierungen zusammensetzt. Der Ausschuß wurde beauftragt, bis zum 30. September 1953 die Methoden und Stadien zur Verwirklichung des gemeinsamen Marktes zu studieren und konkrete Vorschläge über die Struktur und die Vollmachten der Institutionen auszuarbeiten, welche erforderlich wären, um die Organisation und Vereinheitlichung der vorgesehenen landwirtschaftlichen Märkte durchzuführen.

Der Ausschuß soll eine Liste über die bereits vorgeschlagenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausarbeiten, die für die Zusammenfassung zu einem gemeinsamen Markt geeignet erscheinen. Gleichzeitig soll der Ausschuß auch Lösungsvorschläge für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ausarbeiten, die für die Wirtschaft der verschiedenen Länder von Bedeutung sind. Dies soll vor allem für Wein und Baumwolle gelten. Der Ausschuß soll ferner die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dritten Ländern, die dem Pool nicht angehören, prüfen. Der Interimsausschuß soll seine Arbeiten in enger Fühlungnahme mit der OEEC und der FAO durchführen. Nach Abschluß der Arbeiten des Interimsausschusses soll die Konferenz erneut zusammentreten.

#### Die Bemühungen des ICEM um die europäische Auswanderung

Vom 15. bis 25. April 1953 fand in Genf eine Tagung des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (ICEM) statt, deren Hauptthema die Auswanderung aus Europa nach Uebersee, insbesondere



Argentinien, Brasilien, Chile, Venezuela, den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien war. Die ICEM hat seit ihrem Bestehen — sie ging hervor aus dem PICMME, dem Provisorischen Zwischenstaatlichen Komitee für die Auswanderung aus Europa, das im Dezember 1951 ins Leben gerufen wurde, als die IRO endete — unter schwierigen Bedingungen annähernd 85 000 europäische Auswanderer nach Uebersee gebracht, darunter 40 000 aus der Bundesrepublik; man hofft, die Zahl im Jahre 1953 auf rund 120 000 erhöhen zu können.

Die Genfer Tagung stand im Zeichen zunehmenden Verständnisses der wichtigsten überseeischen Aufnahme-länder für das Problem der Uebervölkerung Westeuropas. Bemerkenswert war der rasche Fortschritt der Versuchsprojekte für die landwirtschaftliche Erschließung Latein-amerikas. Brasilien steht dabei mit einem 45-Millionen-Dollar-Plan an der Spitze. Argentinien will während der kommenden fünf Jahre rund 243 000 ha zur Besiedlung durch Europäer zur Verfügung stellen. Auch hat seine Regierung mit dem ICEM ein Abkommen geschlossen, demzufolge 50 000 Familienangehörige von europäischen Siedlern nach Argentinien gebracht werden sollen. Venezuela hat einen Plan für die Ansiedlung von 550 europäischen Familien ausgearbeitet. Kanada wird 1953 voraussichtlich 165 000, Australien 80 000 europäische Einwanderer aufnehmen.

In den Vereinigten Staaten hat Präsident Eisenhower den Kongreß aufgefordert, 240 000 europäischen Einwanderern zusätzlich durch Sondergesetz die Einwanderung zu gestatten. Wenn der amerikanische Kongreß diesen Vorschlag annimmt, würde das Transportprogramm der ICEM auf über eine Viertelmillion jährlich steigen. Schwierig bleibt allerdings nach wie vor die Lösung der finanziellen Frage. Schon bei der Durchführung seines gegenwärtigen bescheidenen Transportprogramms wird das Komitee am Jahresende ein Defizit von 1,6 Millionen Dollar aufweisen. Die ICEM hat deshalb an ihre 22 Mitgliedstaaten appelliert, die Beiträge für das Transportbudget zu erhöhen.

Ende April fand — ebenfalls in Genf — die dritte Tagung des Beratenden Ausschusses des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen unter Teilnahme von 15 Nationen statt. Hier berichtete u. a. der amerikanische Delegierte der ICEM über Auswanderungsmöglichkeiten für europäische Flüchtlinge. Während der ersten 14 Monate ihrer Tätigkeit habe die ICEM 31 326 unter das Mandat des Hochkommissars fallende Flüchtlinge nach den überseeischen Aufnahmeländern gebracht, außerdem über 30 000 deutsche Heimatvertriebene, von denen der größte Teil in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Brasilien Aufnahme fand.

#### Die Europa-Union und der „Weiße Plan“

Der Studienausschuß der Europa-Union für den „Weißen Plan“, den Plan eines einheitlich geregelten europäischen Gesundheitsdienstes, hielt am 8. und 9. Mai 1953 in Speyer eine Tagung ab. In einer Entschliebung wurde eine zielbewußte Verwirklichung der vom früheren französischen Gesundheitsminister Ribeyre ausgearbeiteten Gedanken gefordert. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem am 24. September 1952 der französische Ministerrat den Plan des Gesundheitsministers Paul Ribeyre zur Errichtung einer ‚Union sanitaire‘ genehmigt

und veröffentlicht hat und der Entwurf der Satzungen der Europäischen Gemeinschaft in Artikel 88 Fachbehörden vorsieht, fordert der Studienausschuß ‚Weißer Plan‘ der Europa-Union, daß der Satzungsentwurf der Europäischen Gemeinschaft die Errichtung einer solchen Fachbehörde für das Gesundheitswesen vorsehen möge.

Als ersten Punkt des Arbeitsprogramms dieser Spezialbehörde (autorité spécialisée) schlägt der Studienausschuß vor:

- I. Die Studienpläne der medizinischen Fakultäten der sechs Schumanplan-Länder sind auf Grund ihrer wissenschaftlichen Qualifikationen als gleichwertig zu erachten.
- II. Das von Bürgern eines der sechs Schumanplan-Länder abgelegte medizinische Abschlußexamen gilt als Voraussetzung der Approbation und berechtigt zu einer ärztlichen Tätigkeit in dem Lande, in dem das medizinische Abschlußexamen bestanden wurde.
- III. Approbierte Aerzte der sechs Schumanplan-Länder können in allen diesen Ländern eine ärztliche Tätigkeit ausüben, wenn sie vorher in dem betreffenden Lande mindestens zwei Jahre klinisch tätig gewesen sind. Voraussetzung ist, daß der Arzt die Sprache des Landes beherrscht und die zwei Jahre klinischer Tätigkeit auch dazu benutzt, um sich mit den Besonderheiten des Landes vertraut zu machen.
- IV. Die in Ziffer I—III niedergelegten Richtlinien sind sinngemäß auch für die anderen Berufe des Gesundheitswesens anzuwenden.“

#### Die 8. Jahreskonferenz der ECE in Genf

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) hielt vom 3. bis 18. März 1953 unter dem Vorsitz des tschechischen Hauptdelegierten Joseph Ullrich ihre 8. Jahrestagung in Genf ab. An ihr nahmen die folgenden Mitgliedstaaten der ECE teil: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, die Türkei, Ungarn, die Ukraine, Weißrußland und die Vereinigten Staaten. Island, Irland und Portugal waren als Mitgliedstaaten nicht vertreten. Australien hatte einen Beobachter entsandt; daneben waren noch eine Reihe von Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sowie die verschiedenen internationalen Gewerkschaftsverbände durch Delegationen vertreten.

In einem Rückblick auf die Arbeit der ECE während des vergangenen Jahres wies der Exekutivsekretär, Professor Gunnar Myrdal, darauf hin, daß sich die hohen Kosten der ECE nur dann rechtfertigen, wenn die europäischen Regierungen sich der ECE tatsächlich auch als eines Instruments fruchtbarer Zusammenarbeit bedienen würden. Myrdal wies ferner darauf hin, daß in den Arbeitsausschüssen eine neue Technik der wissenschaftlichen Analyse entwickelt wurde. Dabei sei es die Absicht gewesen, die europäischen Regierungen ihrem kurzfristigen Denken zu entreißen und sie zu veranlassen, sich endlich der Ueberwindung der Grundursachen des weiterhin bestehenden Mangels an Gleichgewicht und Stabilität zuzuwenden.

In der anschließenden Debatte kam zum Ausdruck, daß die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen

und ihre Arbeitsausschüsse von den Delegierten unterschiedlich beurteilt werden. Die osteuropäischen Vertreter zeigten sich vor allem an der Kommission selbst als allgemeiner Plattform interessiert, während die westeuropäischen Delegierten insbesondere in der praktischen Arbeit der Ausschüsse den wertvollsten Beitrag für die Wirtschaftspolitik der europäischen Regierungen sahen. Von westeuropäischer Seite wurde mit Bedauern festgestellt, daß verschiedene Arbeitsausschüsse wegen allzu tiefgehender Meinungsverschiedenheiten in dem vergangenen Jahr keine oder nur geringe praktische Tätigkeit ausüben konnten. Im Anschluß an diese Debatte erstatteten die einzelnen Arbeitsausschüsse ihre Berichte.

Bei der Erörterung des Berichtes des Ausschusses für *Landwirtschaftsfragen* wurde von osteuropäischer Seite unterstellt, daß sich die Lage der ländlichen Bevölkerung in den westeuropäischen Ländern durch die steigenden Ausgaben für Rüstungszwecke verschlechtert habe, während auf dem Gebiete der Landwirtschaft in den osteuropäischen Ländern große Fortschritte erzielt worden seien. Der Delegierte der Ukraine brachte einen Antrag auf Einberufung des seit längerer Zeit untätigen Arbeitsausschusses für Landwirtschaftsfragen ein, der jedoch abgelehnt wurde. Dagegen wurde ein dänischer Antrag angenommen, in dem festgestellt wird, daß durch gewisse Anpassungen der Politik der europäischen Länder auf dem Gebiete der Landwirtschaft (Produktion und Handel) die europäische Landwirtschaft verbessert und der Wohlstand der europäischen Landwirte gehoben werden könnte. Der Exekutivsekretär wurde aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der FAO eine Darstellung der betreffenden Probleme auszuarbeiten und den Regierungen zu übermitteln, die dann über eine eventuelle Einberufung des Arbeitsausschusses für Landwirtschaftsfragen entscheiden sollen. Bei der Darstellung sollen die Ausführungen des Economic Survey berücksichtigt werden, die die Landwirtschaft betreffen.

Die Arbeit des Ausschusses für *Kohle*, an dem auch Polen mitarbeitet, wurde sehr positiv beurteilt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Ausschuß beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen, um Europa in festen Brennstoffen von überseeischen Einfuhren unabhängig zu machen. Auch die Arbeit des Ausschusses für *elektrische Energie* fand die Anerkennung der Konferenz, weil sie den Regierungen wertvolle Anhaltspunkte für eine rationelle Ausbeutung der Wasserkraft gegeben habe und die weitere Energieentwicklung in Europa zu erleichtern vermöge. Die Studie für die Elektrifizierung landwirtschaftlicher Gegenden wurde als ein positiver Beitrag für die Entwicklung zurückgebliebener Länder bezeichnet.

Bei der Erörterung des Berichtes des Ausschusses für *Industrie und Rohstoffe* sprach sich der Delegierte Frankreichs gegen eine Einberufung des Ausschusses im kommenden Jahr aus. Die Arbeiten sollten durch das Sekretariat wahrgenommen werden; in weiterer Zukunft sollte sich der Ausschuß vor allem mit der Entwicklung des internationalen Handels befassen. Ein Bericht des Unterausschusses für *Wohnungsbau* wurde von der Konferenz eingehend beraten.

Der Ausschuß für *Binnentransport* wurde von der Mehrzahl der Delegierten als der bedeutendste aller Arbeitsausschüsse bezeichnet. Er sei die wirksamste europäische Organisation auf dem Gebiete des Transport-

wesens. Seine Bemühungen um die Herauskristallisierung einer allgemeinen europäischen Transportpolitik verdienten größte Anerkennung. Es wurde der Wunsch geäußert, der Ausschuß solle seine Arbeiten in nächster Zeit auf die Koordinierung des europäischen Transportwesens konzentrieren.

Im Verlauf der Erörterung des Berichtes des Ausschusses für *Arbeitskräfte* verneinten die westeuropäischen Delegierten die osteuropäische Behauptung, wonach in den Ländern Westeuropas ein Absinken des Lebensstandards zu verzeichnen sei, und bezweifelten, ob es den Arbeitern in Osteuropa wirklich so gut gehe, wie von den osteuropäischen Delegierten dargelegt wurde. In einer von dem sowjetischen Delegierten *Arutjunian* eingebrachten Resolution wurde vorgeschlagen, den Exekutivsekretär zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen in den europäischen Ländern einen Bericht über die nachteiligen Auswirkungen der Rüstungsanstrengungen der westeuropäischen Länder auf die Stellung der Arbeiter auszuarbeiten und Empfehlungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu formulieren. Der sowjetische Resolutionsentwurf, der die Einberufung des Ausschusses für Arbeitskräfte im September 1953 vorsah, wurde abgelehnt.

Bei der Prüfung des Berichtes des Ausschusses für *Stahl* wurde von verschiedenen Delegierten ganz besonders der Wert der vom Sekretariat unternommenen Forschungsarbeiten herausgestellt.

Bei den Beratungen über den Bericht des Ausschusses für *Holz* wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Ausschuß künftig einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des intereuropäischen Handels leisten könne. An die Erklärung des sowjetischen Delegierten, daß seine Regierung beabsichtige, zu der nächsten Session des Holzausschusses im Herbst 1953 Sachverständige zu entsenden, wurde die Hoffnung geknüpft, größere Geschäfte auf diesem Gebiet mit der Sowjetunion tätigen zu können.

Im Rahmen der Erörterung über die *Entwicklung des Handels* nahm das Problem des Warenaustausches zwischen Ost- und Westeuropa einen besonderen Raum ein. Der vom Exekutivsekretär gemachte Vorschlag zur Einberufung einer Ost-West-Handelskonferenz auf den 13. April 1953 fand in einer von Frankreich eingebrachten Resolution die Zustimmung der Konferenz.

In der *Frage des Stimmrechts* wurde ein Antrag Bulgariens, der die Verleihung des Stimmrechts an diejenigen europäischen Nationen vorsah, die zwar nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, aber an der Arbeit der Wirtschaftskommission teilnehmen, mit zehn gegen fünf Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Bei der Erörterung der *Beziehungen der Wirtschaftskommission zu anderen internationalen Organisationen* vertrat der Delegierte der Sowjetunion den Standpunkt, daß die Kontakte des Sekretariats der ECE mit dem Sekretariat der OEEC, des Europarates und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit den Zielen der Vereinten Nationen nichts gemeinsam hätten und sich hindernd auf die Arbeit der Wirtschaftskommission auswirkten. *Arutjunian* erklärte, das Ziel dieser Organisationen sei die Wiederaufrüstung Westeuropas, wobei der Aufbau des militärischen Potentials Westdeutschlands durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine wichtige Rolle spiele.



Er fügte hinzu, daß der Exekutivsekretär der ECE von der Kommission nicht ermächtigt sei, solche Kontakte zu unterhalten. Der Exekutivsekretär erklärte, daß die Kommission als solche keine formalen Beziehungen zu den genannten Organisationen unterhalte; soweit es sich um informelle Beziehungen des Sekretariats handle, seien diese jedoch absolut gerechtfertigt. Er halte es für seine Pflicht, diese Kontakte aufrechtzuerhalten, er werde aber auch die Möglichkeiten untersuchen, ähnliche Kontakte mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Osteuropa aufzunehmen.

Der Bericht über die Beziehungen zwischen der ECE und den alliierten Kontrollbehörden in Deutschland wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung des Berichtes des Exekutivsekretärs über die Entscheidungen des Wirtschafts- und Sozialrates und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die für die ECE von besonderer Bedeutung sind, wurde von seiten Griechenlands, Italiens, der Türkei und Jugoslawiens gemeinsam eine Resolution zum *Problem der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebener Länder* eingebracht. Im Hinblick auf den Umstand, daß die wirtschaftliche Förderung dieser Länder, insbesondere in Südeuropa, nicht nur die Lage der betroffenen Völker, sondern die gesamteuropäische Wirtschaftslage verbessern werde, wurde der Exekutivsekretär beauftragt, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Förderung dieser Länder zu untersuchen und in Zusammenarbeit mit den interessierten Regierungen darüber einen Bericht zu erstatten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bei der Beratung des *Arbeitsprogramms der ECE für das Jahr 1953/54* forderte der sowjetische Delegierte, das Sekretariat solle sich auf solche Studien und Forschungsarbeiten beschränken, die der Förderung der friedlichen Wirtschaftsentwicklung und der Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa sowie der Stärkung der Handelsbeziehungen dienen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten begrüßte insbesondere die dem Arbeitsprogramm erstmalig beigelegte Auskunft über die Kosten der einzelnen Projekte. Eine vom Vorsitzenden der Kommission eingebrachte Resolution, die die Ausschüsse und den Exekutivsekretär auffordert, die Entscheidungen der Wirtschaftskommission und die von den Delegierten während der 8. Jahrestagung zum Ausdruck gebrachte Meinung und die sich ändernde Wirtschaftslage genauestens zu beachten, wurde von der Konferenz gebilligt.

Einen breiten Raum nahm die *Erörterung der wirtschaftlichen Situation in Europa* ein. Der Diskussion lag der von der Forschungs- und Planungsabteilung der ECE vorbereitete „Economic Survey of Europe Since the War“ zugrunde. Von der großen Mehrzahl der Delegierten wurde die Grundkonzeption dieses Berichtes, nämlich die Auffassung, daß es viel grundsätzlicherer Aktionsprogramme bedarf als bisher, gebilligt. Ueber den Jahresbericht hat das Europa-Archiv ausführlich in seinen Folgen 6/1953, S. 5567—78, und 7/1953, S. 5599 bis 5612 berichtet. Von verschiedenen Delegierten wurde darauf hingewiesen, daß es für die europäische Wirtschaft außerordentlich schwierig sei, auf den amerikanischen Märkten die so dringend benötigten Dollars zu verdienen. Der französische Delegierte André Philip schlug in diesem Zusammenhang die Bildung einer „Europäischen Exportgemeinschaft“ zur Förderung des

westeuropäischen Exports nach den Vereinigten Staaten vor. Der britische Delegierte Lord Reading bezeichnete die Ausweitung des Welthandels als die beste Garantie für einen steigenden Wohlstand in Westeuropa. Der Wohlstand der westeuropäischen Länder könne nur gehoben werden, wenn es gelinge, durch Ausweitung des internationalen Handels eine wirkungsvolle Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten zu gewährleisten.

Das bemerkenswerteste Ereignis der 8. Tagung der ECE war vielleicht die Bereitschaft der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den westeuropäischen Ländern und darüber hinaus mit allen anderen Ländern. Sie wehrten sich gegen die Auffassung, daß ihre Wirtschaftspolitik autarkisch sei, und versicherten, daß sie zwar größtes Gewicht auf wirtschaftliche Selbständigkeit legten, jedoch nicht, um sich zu isolieren.

Die Konferenz nahm in einer Resolution von dem Jahresbericht der ECE und der Diskussion während der 8. Jahrestagung Kenntnis. Die ursprüngliche Absicht, diesmal eine echte Billigung des Berichtes zu erzielen, wurde nicht verwirklicht.

Die auf der 8. Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission geleisteten Arbeiten haben, abgesehen von dem Beschluß über die Einberufung einer Ost-West-Handelskonferenz, in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden. Es kann aber gesagt werden, daß die 8. Jahrestagung, die zu einem Zeitpunkt stattfand, da die wirtschaftliche Tätigkeit Westeuropas Anzeichen eines gewissen Nachlassens zeigte, wohl die produktivste aller bisherigen Tagungen der ECE war. Die Atmosphäre war entspannter und die Debatten weit weniger polemisch als sonst, und der britische Delegierte Lord Reading konnte am Schluß der Konferenz feststellen, daß der russische Delegierte Arutjunian „relativ gemäßigt“ gesprochen habe.

#### Kongreß der englischen Liberalen

Vom 9. bis 11. April 1953 fand in Ilfracombe eine Tagung der englischen Liberalen Partei statt, in deren Mittelpunkt ein großes Referat des liberalen Parteiführers Clement Davies stand. Die Ansicht der Partei zu den verschiedenen aktuellen Fragen kam in mehreren Resolutionen zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Außenpolitik Großbritanniens ist folgende Entschliebung besonders bemerkenswert:

„In der Ueberzeugung, daß ein gerechter Friede das große Heil ist, das alle Regierungen erstreben sollten, und daß er niemals erreicht wird, wenn sich nicht die nationalen Regierungen der Welt wirksam vereinigen, um die Aggression dadurch zu verhindern, daß sie einen Teil ihrer eigenen Souveränität aufgeben;

im Bewußtsein, daß die schwerste Bedrohung des Friedens für unsere Generation im totalitären Imperialismus und seiner Ermutigung durch die Uneinigkeit und verhältnismäßige Schwäche der freien Welt liegt;

fordert die Versammlung die Regierung auf:

alle Maßnahmen zu unterstützen, welche der Einigung Westeuropas dienen, und zwar durch die enge Assoziation des Vereinigten Königreichs mit den verschiedenen Verwaltungsorganen, welche jetzt errichtet werden; eine Politik, die in keiner Weise seine besondere Bindung mit den Ländern des Commonwealth gefährdet;

ihre Billigung des Sechs-Mächte-Plans für eine Europäische Politische Gemeinschaft auszudrücken, welche in dem von den parlamentarischen Vertretern der sechs Mächte ausgearbeiteten Verfassungsentwurf enthalten ist;

ihren Wunsch auszudrücken, durch einen offiziellen Beobachter vertreten zu sein, wenn dieser Verfassungsentwurf auf dem für den 12. Mai angesetzten Ministertreffen der sechs Mächte behandelt wird;

sich der verbindlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zu unterwerfen, welcher eingerichtet wird, wenn die Konvention der Menschenrechte mit der Ratifizierung durch die sechs Staaten in Kraft tritt;

durch die ständige britische Delegation in Luxemburg den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, an dem gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl teilzunehmen, indem soweit wie möglich die Richtlinien befolgt werden, welche die Hohe Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft verkündet;

zumindest eine symbolische Einheit zu der europäischen internationalen Armee beizusteuern;

alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die Verteidigung Westeuropas und des Vereinigten Königreichs mit der Nordatlantikpakt-Organisation zu integrieren, und jeden Versuch zu machen, um die Mitgliedschaft in der NATO auf alle Länder des Commonwealth und die anderen freien Länder der Welt auszudehnen;

und trotz Fortführung des Widerstandes gegen die Aggression doch keine Möglichkeit zu versäumen, welche sich aus den Verhandlungen mit Rußland und China über einen *modus vivendi* ergeben könnte; dies im Vertrauen darauf, daß nur Geduld, Beharrlichkeit und Prinzipientreue uns Schritt für Schritt einer umfassenden globalen Autorität zur Erhaltung des Friedens und zur Beseitigung von Furcht und Armut näherbringen wird.“

Andere auf dem liberalen Parteikongreß gefaßte Resolutionen betreffen die Agrarpolitik, eine Wahlreform, parlamentarische Detailfragen und Reformen, den Freihandel und das Wohnungsproblem.

#### Der Parteitag der CDU in Hamburg

Der vierte Bundesparteitag der CDU, der unter dem Leitwort „Deutschland — sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa“ stand, fand vom 19. bis 22. April 1953 in Hamburg statt. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Erklärungen des am 19. April aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler *Adenauer*, sowie das einleitende Referat des stellvertretenden Vorsitzenden, Bundestagspräsident *Ehlers*. In diesen Reden, wie auch in den übrigen Referaten und Diskussionen, wurde stark die Leistung der Bundesregierung in den Vordergrund gestellt, in deren vierjähriger Regierungstätigkeit unter maßgeblicher Beteiligung der CDU die Bundesrepublik einen ungeahnten Aufschwung genommen habe.

Dr. Adenauer erklärte, daß Deutschland vor einer

Schicksalsstunde stehe, in der es Entscheidendes für den Frieden in der ganzen Welt beitragen könne. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Ratifizierung des EVC-Vertrages als das Kernstück der Politik des Widerstandes gegen die Sowjetunion. Wenn der Vertrag nicht ratifiziert werde, bedeute das den Zusammenbruch der Politik der freien Welt. Dr. Ehlers wandte sich gegen die unter dem Schlagwort „Kleineuropa“ betriebene Polemik gegen die Europapolitik der Bundesregierung: Selbst das als Kleineuropa bezeichnete Gebiet stelle im Vergleich zu den großen Weltmächten eine beachtliche Kraft dar; man müsse hier zwischen dem Erstrebten und dem Möglichen das gerade noch Erreichbare tun.

In den einzelnen Rechenschaftsberichten und in den sich anschließenden Diskussionen wurde scharfe Kritik an der Haltung der SPD geübt. Heinrich von *Brentano* warf der SPD vor, daß sie durch ihr starres Nein zu den Verträgen das Vertrauen und die Freundschaft gefährde, die Deutschland wieder in der freien Welt genieße. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* bezeichnete das Wirtschaftsprogramm der SPD als eine „Marktwirtschaft mit Linksdrall“ und als eine Irreführung des Volkes.

Am Schlußtage billigte der Parteitag einstimmig das Wahlprogramm der CDU, in dem in sechs Abschnitten die Grundlinien der Politik der CDU im kommenden Bundestag dargelegt werden. Im außenpolitischen Teil des Programms heißt es, es bleibe die Kernaufgabe der CDU, allen Deutschen eine Heimat in einem freien sozialen Rechtsstaat zu geben. Deshalb werde sowohl die Vereinigung Deutschlands als auch die Einigung Europas auf dem eingeschlagenen Wege unbeirrt weiter angestrebt werden.

In einem dem Vertriebenenproblem gewidmeten Abschnitt fordert die CDU die beschleunigte Eingliederung der Vertriebenen und die Förderung des Wohnungsbaus und betont das Recht der Vertriebenen auf die Rückkehr in ihre Heimat. Für die Jugend wird ein Arbeitsschutz- und Berufsausbildungsgesetz und der Ausbau des Bundesjugendplanes gefordert.

Die wirtschaftlichen Programmpunkte enthalten unter dem Prinzip der Fortführung der sozialen Marktwirtschaft folgende Aufgaben: Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung, Verbesserung des Lebensstandards, Förderung des freien Bauern und des mittelständischen Gewerbes, Ausbau der sozialen Sicherheit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bildung von persönlichem Eigentum für breitere Schichten. Dem letzten Punkt ist ein eigener Abschnitt des Programms gewidmet, in dem die Einführung des Miteigentums der Arbeitnehmer an den Betrieben vorgeschlagen wird. Dazu erklärte der Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion, Franz *Etsel*, in einem Referat, dadurch solle eine echte Sozialpartnerschaft geschaffen werden, in der Kapital und Arbeit zu gleichberechtigten Faktoren im Wirtschaftsprozess werden.



## Zeittafel vom 16. April bis 15. Mai 1953

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Integration

16. Die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung fordert nach einer zweitägigen Sitzung in Bonn die europäischen Regierungen auf, die politische Entscheidung über die Bildung der Europäischen Gemeinschaft nicht auf unbestimmte Zeit zu verzögern.
- 17.—18. Sitzung der Allgemeinen (Politischen) Kommission der Beratenden Versammlung des Europarates. In ihrem Bericht an das Plenum schlägt die Kommission vor, den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft ein rasches Vorwärtsschreiten in der Verwirklichung ihrer Einigungspläne zu empfehlen und Maßnahmen für eine möglichst enge Verbindung zwischen dem Europarat und der Gemeinschaft der Sechs zu treffen.
25. Nach mehrtägigen Verhandlungen wird in Paris zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den übrigen Teilnehmerstaaten der EVG sowie Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein Abkommen über die Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages im NATO-Jahr 1953/54 abgeschlossen. Es sieht vor, daß die Bundesrepublik nach dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages bis zum 30. Juni 1954 monatlich 950 Millionen DM an Verteidigungsausgaben leisten wird. Davon soll ein Betrag von zunächst 400 Millionen, der sich allmählich auf 200 Millionen vermindern wird, für die Stationierung ausländischer Truppen im Bundesgebiet abgezweigt werden.
- 27.—30. II. Europäisches Presstreffen der Union Europäischer Föderalisten in Venedig. In drei Hauptreferaten sprechen der Präsident des Verfassungsausschusses, Heinrich von Brentano, über die Europäische Gemeinschaft, das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion Baré über den Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl und der französische Politiker Henri Teitgen über die Probleme der EVG. In einem Gespräch am Runden Tisch wird über nationalistische Uebertreibungen und Vorurteile in der Presse der europäischen Länder diskutiert.
1. Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Stahl der Montanunion.
- 6.—7. Sitzung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg. Der Rat beschließt, ein Aktionsprogramm für den Europarat aufstellen zu lassen und dafür einzutreten, daß der Europarat das zentrale Organ aller europäischen Einigungsbemühungen bleiben soll, wozu eine besonders enge Verbindung mit der Gemeinschaft der Sechs hergestellt werden soll. In der Flüchtlingsfrage werden die europäischen Regierungen zur Zusammenarbeit hinsichtlich der materiellen Hilfe für die Flüchtlinge und hinsichtlich der Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten aufgefordert. Es wird beschlossen, einen europäischen Bevollmächtigten für das Flüchtlingswesen zu ernennen. Ferner beschäftigt sich der Rat mit dem Straßburg-Plan und mit Fragen der

Zusammenarbeit mit der NATO. Die deutsche Delegation übergibt den Delegationen der übrigen Mitgliedstaaten ein neues Memorandum der Bundesregierung zur Saarfrage.

- 7.—13. Erster Abschnitt der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates. Die Versammlung befaßt sich in erster Linie mit der Diskussion des Vertragsentwurfs für die Europäische Gemeinschaft und mit dem Flüchtlingsproblem. (Ein Bericht über die Arbeiten der Versammlung wird in einer der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
9. Errichtung eines Robert Schuman-Lehrstuhls am Europa-College in Brügge anläßlich des dritten Jahrestages der Verkündung des Schuman-Planes. Ziel des Lehrstuhles ist die Förderung der wissenschaftlichen Bearbeitung der wirtschaftlichen Probleme, die durch die europäische Integration gestellt sind.
11. Die „Union der Industrie der sechs Schumanplan-Länder“ erklärt nach einer Tagung in Köln, sie betrachte als ihre Aufgabe die Erarbeitung gemeinschaftlicher Auffassungen der Industrie zu den Problemen der Montanunion und der europäischen Integration. Die Union erklärt weiter, die Industrie, die in erster Linie die Lasten der Montanunion zu tragen habe, wünsche in den sie betreffenden Fragen von der Hohen Behörde gehört zu werden.
12. Kurze Sitzung der Versammlung der Montanunion. Das bisherige Präsidium der Versammlung wird ohne Aenderung wiedergewählt.
- 12.—13. Konferenz der Außenminister der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Paris (vgl. Kurzbericht auf S. 5745).

#### Nordatlantikpakt-Organisation

- 18.—19. Sitzung des Militärausschusses in Paris, bei der über das dem Atlantikrat vorzulegende Rüstungsprogramm für das Haushaltsjahr 1953/54 beraten wird.
- 23.—25. Elfte Tagung des Atlantikrates in Paris. Es wird ein Abkommen über ein gemeinsames Flugzeugbauprogramm der Mitgliedstaaten abgeschlossen. In einer besonderen Resolution fordert der Atlantikrat erneut die schnelle Verwirklichung der EVG. Der Rat nimmt ferner von dem Abkommen über den deutschen Verteidigungsbeitrag (vgl. Europäische Integration) Kenntnis. Der Wortlaut des Schlußkommunikés wird in der kommenden Folge des Europa-Archivs veröffentlicht werden.
12. Der Atlantikrat nimmt in einer Resolution die Ablösung General Matthew B. Ridgways als Oberster Allierter Befehlshaber in Europa mit Bedauern zur Kenntnis und ernennt auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, Eisenhower, den bisherigen Stabschef der alliierten Streitkräfte in Europa, General Alfred M. Gruenther, zum Nachfolger Ridgways. Am 13. Mai nehmen die Generale Ridgway und Gruenther vor der

Presse zu Fragen der europäischen Verteidigung Stellung und erklären, es lägen keine Anzeichen dafür vor, daß die Aufstellung deutscher Streitkräfte innerhalb der EVG weniger dringend geworden sei; es gebe auch nach wie vor keinen Alternativplan für den Fall des Scheiterns der EVG.

7. Generalsekretär Lord *Ismay* gibt bekannt, daß der Zivilverteidigungsausschuß der NATO ein Programm für den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung ausgearbeitet habe. In Zukunft solle der zivilen Verteidigung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden; außerdem solle eine zentral gelenkte Luftabwehr eingerichtet werden.

#### Dänemark

21. Die Wahlen zum Folketing, das nur über die Annahme der neuen Verfassung zu beschließen haben wird, haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze <sup>1</sup>
Sozialdemokraten . . . . .	836 329	61 (59)
Agrarpartei (Venstre) . . . .	455 200	33 (32)
Konservative . . . . .	358 720	26 (27)
Radikale (Liberale) . . . . .	178 907	13 (12)
Rechtsstaatspartei (Georgisten)	116 322	9 (12)
Kommunisten . . . . .	99 024	7 (7)

- <sup>1</sup> In Klammern die Sitzverteilung im bisherigen Folketing.

Am 28. April werden von den Wahlmännern Neuwahlen zum Landsting (Senat) vorgenommen, die folgende neue Sitzverteilung ergeben: Sozialdemokraten 33 (33), Venstre 22 (23), Konservative 13 (12), Liberale 6 (5), Rechtsstaatspartei 1 (1), Kommunisten 0 (1).

22. Die Regierung erklärt ihren Rücktritt. Nach ergebnislosen Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung wird die bisherige Regierung unter Ministerpräsident *Erik Eriksen* am 2. Mai wieder ins Amt eingesetzt. Sie erhält am 8. Mai mit 78 gegen 67 Stimmen das Vertrauen des Folketing.

#### Deutschland

16. In einer Verlautbarung über den Ausbau der bewaffneten Streitkräfte der DDR stellt die amerikanische Hohe Kommission fest, daß in der DDR am 1. März 1953 120 000 Mann unter Waffen waren, darunter 5000 Mann Kriegsmarine und 5000 Mann Luftwaffe. In der *Täglichen Rundschau* erscheint ein Artikel des Generalsekretärs der SED, *Walter Ulbricht*, der im wesentlichen eine Rede *Ulbrichts* vor den Ministern und Staatssekretären wiedergibt. Darin kritisiert *Ulbricht* die oftmals schlechte Qualität der Produktion und fehlerhafte Maßnahmen staatlicher Organe gegenüber den Bauern. Er betont das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und erklärt die Flucht der Bauern nach Westdeutschland mit falschen Maßnahmen unterer Organe. Zur Versorgungskrise erklärt *Ulbricht*, daß solche vorübergehenden Schwierigkeiten nur in Verbindung mit der Lösung neuer, größerer Aufgaben eintreten.

17. Der Ministerpräsident von Baden/Württemberg, *Reinhold Maier*, spricht sich in einem Artikel in der *Stuttgarter Zeitung* dafür aus, vor einer Entscheidung des Bundesrates über die Westverträge die Verfassungsmäßigkeit der Verträge durch das Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen.

Der Vorsitzende der SPD, *Ollenhauer*, begrüßt in einem Rundfunkinterview, daß in Präsident *Eisenhowers* Rede vom 16. April die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands einen hervorragenden Platz eingenommen habe. Er fordert die Bundesregierung auf, ein Programm für das frühzeitige Einschalten Deutschlands in Viermächte-Verhandlungen aufzustellen. Die Lage verlange eine Konzentration aller demokratischen Kräfte auf diese vorrangige Aufgabe.

Die geheimen Viermächtebesprechungen über die Flugsicherheit im Luftkorridor nach Berlin werden mit Sitzungen am 17. und 22. April und am 5. Mai fortgesetzt. Die westlichen Delegationen unterbreiten Gegenvorschläge zu dem sowjetischen Vorschlag vom 7. April, der die Zusammenlegung der Berliner Luftkorridore zu einem einzigen breiteren Korridor vorsah.

18. Der SPD-Vorstand fordert in einer Entschliebung die Bundesregierung auf, während der Vorbereitung und Durchführung von Viermächteverhandlungen engste Fühlung mit den Westmächten zu halten, die Initiative zu Verhandlungen über die Normalisierung der Verhältnisse an der Zonengrenze zu ergreifen und Verhandlungen über die Freilassung der politischen Gefangenen und über Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone vorzuschlagen. Ferner stellt der Vorstand in der Entschliebung fest, daß keine Regierung eines Teiles von Deutschland Verpflichtungen für eine spätere freie deutsche Regierung eingehen könne.

Eine Botschaft des Präsidiums der Volkskammer der DDR an das britische Unterhaus vom 11. April wird in Ostberlin veröffentlicht. Darin wird das Unterhaus ersucht, sich für Viermächteverhandlungen über Deutschland einzusetzen.

Unter Hinweis auf Anschuldigungen, die das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt* gegen die evangelische „Junge Gemeinde“ in der DDR erhoben hatte, kündigt der Vorsitzende des Zentralrates der FDJ, *Erich Honecker*, in einer Rede in Berlin an, daß die FDJ mit allen Mitteln für die Liquidierung der „Jungen Gemeinde“ kämpfen werde, da deren staatsfeindliche Tätigkeit bewiesen sei. Am 21. April nimmt die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands in einer Erklärung zu den Kirchenverfolgungen in der DDR Stellung. Darin werden die Beschuldigungen gegen die „Junge Gemeinde“ als unwahr zurückgewiesen. Der Ministerpräsident der DDR, *Grotewohl*, erklärt darauf am 22. April, es gebe in der DDR keinen Kirchenkampf; nur wer sich gegen den Aufbau in der DDR vergehe, werde zur Verantwortung gezogen. Das Innenministerium der DDR bezeichnet am 27. April in einem Schreiben an Bischof *D. Müller* die „Junge Gemeinde“ als eine Hilfsorganisation des BDJ, die systematisch Hetze und Spionage gegen die DDR betreibe. Am folgenden Tage veröffentlicht der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof *D. Dibelius*, einen Offenen Brief an die Christen in der DDR, in dem er sie aufruft, sich gegenüber allen Verfolgungsmaßnahmen auf Artikel 41 der Verfassung der DDR zu berufen, der die Glaubensfreiheit garantiert. Am 30. April stellt Bischof *Dibelius* Strafantrag gegen die Redaktion der FDJ-



- Zeitung *Junge Welt* wegen Verleumdung unter Verletzung der Verfassung der DDR. Am gleichen Tage fordert das Innenministerium der DDR alle Pfarrer auf, sich von den heuchlerischen und volksfeindlichen Elementen innerhalb der Kirche zu distanzieren. Am 15. Mai protestiert der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinhold von Thadden-Trieglaff, in einem Schreiben an Ministerpräsident Grotewohl gegen die Kirchenverfolgung in der DDR. Er protestiert ferner gegen die Verleumdung der gesamtdeutschen evangelischen Laienbewegung durch das genannte Rundschreiben des Innenministeriums an die Geistlichen in der DDR.
- 19.—22. Vierter Bundesparteitag der CDU in Hamburg (vgl. Kurzbericht auf S. 5750).
21. Der Politische Berater beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Wladimir S. Semjonow, wird nach der Sowjetunion zurückberufen und durch Pawel F. Judin ersetzt.
22. Bekanntgabe der Ernennung des bisherigen Arbeitsministers der DDR, Roman Chwalek, zum Eisenbahnminister.
24. Der Bundesrat beschließt mit 20 gegen 18 Stimmen, seine Stellungnahme zu den deutsch-alliierten Verträgen bis nach Vorliegen eines Gutachtens des Bundesverfassungsgerichtes über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge zu vertragen. Die FDP veröffentlicht daraufhin eine Erklärung, in der sie scharfe Kritik an der Haltung des Bundesratspräsidenten Reinhold Maier übt, der als Ministerpräsident von Baden/Württemberg diesen Antrag im Bundesrat stellte. An den Beschluß des Bundesrates schließt sich eine Reihe von Besprechungen von Bundespräsident Heuss mit Bundeskanzler Adenauer und dem SPD-Vorsitzenden, Ollenhauer, sowie zwischen Adenauer und Ollenhauer an. Ollenhauer erklärt nach seiner Unterredung mit dem Bundespräsidenten, dieser habe erneut versichert, daß er die Ratifizierungsgesetze erst nach Klärung ihrer Verfassungsmäßigkeit unterzeichnen werde. Nach mehreren Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Bundesratspräsident Maier wird der Bundesrat am 8. Mai zur erneuten Behandlung der Verträge einberufen: Der Bundesrat stellt schließlich in seiner Sitzung am 15. Mai mit 23 gegen 15 Stimmen fest, daß die beiden Ratifizierungsgesetze der Hauptverträge beschlossen sind, da der Bundesrat innerhalb der verfassungsmäßig vorgesehenen Frist keinen Einwand gegen sie erhoben hat. Die Ratifizierungsgesetze der Nebenverträge werden vom Bundesrat mit gleicher Mehrheit gebilligt. Dabei gibt der Ministerpräsident von Baden/Württemberg, Maier, die Stimmen seines Landes für die Verträge ab.
- 24.—25. Auf der 2. Organisationsberatung des ZK der SED fordert der Sekretär des ZK Hermann Axen eine straffere Organisation der Kaderausbildung. Generalsekretär Walter Ulbricht sagt in seinem Referat, daß in vielen leitenden Organen der Partei feindliche Agenten entlarvt worden seien. Er erklärt, beim Aufbau des Sozialismus müsse die Partei alle Kräfte auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität konzentrieren. Am 14. Mai gibt das Zentralkomitee der SED den Ausschluß des bisherigen Chefs der Kaderabteilung, Franz Dahlem, aus dem ZK und die Ernennung von Hermann Axen zu seinem Nachfolger bekannt. Bereits am 13. Mai wird Dahlem verhaftet.
25. In Washington wird ein Brief Senator McCarthy's an Außenminister Dulles veröffentlicht, in dem McCarthy kritisiert, daß die amerikanische Hohe Kommission Steuergelder für die Unterstützung von 96 deutschen Zeitungen verwende, von denen ein großer Teil Präsident Eisenhower, Außenminister Dulles und ihn selbst scharf kritisiere. Er wendet sich dagegen, mit amerikanischen Geldern Zeitungen zu unterstützen, die die Vereinigten Staaten angreifen. Dazu erklärt am 28. April der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Wirtschaftlichen Genossenschaft der Presse in der Bundesrepublik, Franz K. Maier, der von Senator McCarthy zitierte Kredit aus Gegenwertmitteln sei seinerzeit zur Stützung der Unabhängigkeit der deutschen Presse gegeben und nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt worden. Eine Presse, die mit der Annahme eines solchen Kredits die Bedingung eingehen würde, eine bestimmte Politik zu vertreten, wäre eine schlechte Stütze für einen demokratischen Staat.
26. Der Bundesvorstand der FDP fordert nach einer zweitägigen Sitzung in Bonn alle Organe der Partei auf, sich entschlossen gegen jeden Versuch einer Unterwanderung der Partei durch rechtsradikale Elemente zur Wehr zu setzen. In der Erklärung heißt es, die Vorgänge um den Naumann-Kreis hätten Gefahren erkennen lassen, die mit allen Mitteln bekämpft werden müßten. Der Verteidiger Naumanns, Ernst Achenbach, wird vom Bundesvorstand seines Postens als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Partei enthoben.
- Nach einer zweitägigen Sitzung des Bundesvorstandes des BHE in Frankfurt erklärt Bundesvorsitzender Waldemar Kraft, der BHE trete für Verhandlungen mit der Sowjetunion ein, wende sich aber gegen ein Nachlassen in den Verteidigungsanstrengungen Westeuropas. Der Vorstand bedaure daher die Entscheidung des Bundesrates, seine Stellungnahme zum EVG-Vertrag erneut zurückzustellen.
- 1.—4. Besuch des norwegischen Außenministers, Halvard Lange, in Bonn. Bundeskanzler Adenauer hebt in seiner Begrüßungsansprache die Bemühungen des Außenministers hervor, die Kluft zu überbrücken, die Norwegen und Deutschland nach dem letzten Kriege getrennt habe, und dankt für die norwegische Hilfe für die deutschen Flüchtlinge. Außenminister Lange, der während seines Aufenthaltes Besprechungen mit dem Bundeskanzler und dem SPD-Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, hat, erklärt vor seiner Abreise, Norwegen trete für die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ein, halte jedoch den Zeitpunkt dafür noch nicht für gekommen.
- 2.—3. Der Hauptausschuß der Europaunion nimmt auf einer Tagung in Speyer zu der Frage der Ost-West-Verhandlungen Stellung und erklärt, daß ein Interessenausgleich mit dem Osten nur möglich erscheine, wenn Europa als Ganzes in die Verhandlungen eintrete und dem Osten ein System wechselseitiger Abkommen unter Einschuß des wiedervereinigten Deutschland vorschlage. Die deutsche Frage könne nicht mehr isoliert gelöst werden; deshalb sei zu fordern, daß Vertreter der Europäischen Gemeinschaft

an Viermächteverhandlungen über Deutschland teilnehmen.

3. Bundespräsident *Heuss* eröffnet die Sendungen der „Deutschen Welle“, die ein Programm für die Deutschen in Uebersee ausstrahlen wird.

5. Durch Beschluß des Ministerrates der DDR wird anläßlich des 135. Geburtstages von Karl Marx der Karl-Marx-Orden als höchste Auszeichnung der DDR gestiftet. Gleichzeitig wird die Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt und der Universität Leipzig in Karl-Marx-Universität angeordnet. Die Umbenennung von Chemnitz wird am 10. Mai durch Ministerpräsident *Grotewohl* vollzogen.

Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, *Walter Ulbricht*, erklärt auf einer Karl-Marx-Feier in Berlin, der Staat der DDR führe erfolgreich die Diktatur des Proletariats durch. Der Klassenkampf werde weiter verschärft werden, und die Staatsmacht werde eingesetzt werden, um alle Klassenfeinde zu beseitigen.

6. Der Bundestag billigt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die „Kleine Steuerreform“, die eine durchschnittliche Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer um 15 Prozent vorsieht. Die im Regierungsentwurf vorgeschlagene Zusammenveranlagung der Ehegatten wird abgelehnt.

Der Ministerpräsident der DDR, *Otto Grotewohl*, begrüßt in einem Schreiben an den Präsidenten des Weltfriedensrates den Vorschlag des Völkerkongresses für den Frieden zum Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte. *Grotewohl* erklärt, daß eine Minderung der internationalen Spannung die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates und den Abschluß eines Friedensvertrages erleichtern werde.

7. In einem Staatsakt erhält die Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg a. d. Oder (DDR) den Namen *Stalinstadt*.

8. In Frankfurt wird die Deutsche Gruppe der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) gegründet. Die Vereinigung besteht aus Wirtschaftlern und Wissenschaftlern der Länder der Europäischen Gemeinschaft, die sich mit der Erörterung der Probleme und Maßnahmen zur Errichtung der europäischen Wirtschaftseinheit befassen.

9. Der hessische Kirchenpräsident, *Martin Niemöller*, führt in Karlshorst Besprechungen mit dem Politischen Berater der Sowjetischen Kontrollkommission, *Pawel F. Judin*. Er erklärt danach, daß die Lage der Kirche in der DDR erörtert worden sei.

10. Wahlkongreß der SPD in Frankfurt. Der Parteivorsitzende, *Ollenhauer*, übt in seiner Rede scharfe Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung, die von Anfang an bewußt die Opposition aus der Außenpolitik ausgeschaltet habe. Eine gemeinsame Außenpolitik bestehe aber nicht darin, daß die Regierung vollendete Tatsachen schaffe und die Opposition diesen nachher zustimme. Das Wahlprogramm der SPD umfaßt in zwölf Thesen unter anderem: ein geeintes Europa der Freien und Gleichen, und nicht ein Teileuropa ohne echte Partnerschaft; Einheit in Freiheit für Deutschland, kein Verzicht auf die Ostgebiete und die Saar; Beschaffung von Arbeit und Wohnungen für jeden;

Steuererleichterungen für die wirtschaftlich Schwachen; Ordnung der Wirtschaft durch Verbindung von Planung und Wettbewerb; Ueberführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum.

In Stuttgart wird ein „Dachverband der Nationalen Sammlung“ gegründet, zu dem sich die Deutsche Gemeinschaft unter Vorsitz von August *Haußleiter* und der Deutsche Block unter Vorsitz von Karl *Meißner* zusammenschließen.

In Düsseldorf gründen der ehemalige Reichskanzler *Josef Wirth* und der ehemalige Oberbürgermeister von Krefeld *Wilhelm Elfes* eine Partei unter dem Namen „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit“. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die Partei aktiv in den kommenden Bundestagswahlkampf eingreifen wolle. Als Ziel der Partei wird die Schaffung eines geeinten Deutschland ohne Bindungen nach Ost und West bezeichnet.

15. Der Justizminister von Baden/Württemberg, *Viktor Renner*, erklärt aus Protest gegen die Haltung von Ministerpräsident *Reinhold Maier* bei der Behandlung der deutsch-alliierten Verträge vor dem Bundesrat seinen Rücktritt. Der Landesvorstand der SPD tritt zu Beratungen darüber zusammen, ob ein Verbleiben der SPD in der Regierung noch möglich ist.

#### Frankreich

23. Außenminister *Bidault* nimmt in einer Rede vor den Delegierten des Atlantikrates zu den Vorschlägen Präsident *Eisenhowers* vom 16. April Stellung und tritt dafür ein, auf die Friedensgesten der Sowjetunion einzugehen, daneben aber das Verteidigungsprogramm des Westens unbeirrt fortzuführen. Zur deutschen Frage erklärt er, die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit sei ein unumgängliches Element einer allgemeinen europäischen Lösung, da die definitive Teilung Deutschlands auch eine dauernde Teilung Europas bedeuten würde. Die Lösung der deutschen Frage sei nur innerhalb Europas möglich, in dem das wiedervereinigte Deutschland seinen Platz finden müsse. Eine bewaffnete Neutralität Deutschlands lehnt *Bidault* ab.

25. Nach der Tagung des Atlantikrates finden in Paris Besprechungen der Außenminister der drei Westmächte statt, in denen die neue Situation im Ost-West-Konflikt, die Oesterreich-Frage und die durch den Angriff des Vietminh auf Laos in Indochina entstandene Lage erörtert werden.

In den *Informations Fédéralistes* werden die Ergebnisse des V. Kongresses der Französischen Union der Föderalisten bekanntgegeben, der am 11. und 12. April in Paris stattfand: Zum Präsidenten des Nationalen Exekutivkomitees wurde *Henri Frenay* wiedergewählt. In einer Resolution wurden die Ratifizierung des EVG-Vertrages und der Abschluß des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft gefordert. Dazu heißt es, daß die dringlich zu fordernde Lösung der Saarfrage nicht zur Bedingung für die Ratifizierung dieser beiden Verträge gemacht werden dürfe.

26. Bei den Gemeindewahlen erleiden die Gaullisten erhebliche Stimmenverluste, während insbesondere die Unabhängigen Republikaner ihre Stimmenzahlen steigern können.



28. Die Regierung gibt eine Neuordnung der französischen Vertretung in Indochina bekannt: Für jeden der drei assoziierten Staaten wird ein Hoher Kommissar ernannt. Außerdem wird das Amt eines Generalkommissars für die drei assoziierten Staaten geschaffen, das einstweilen von dem Minister für die assoziierten Staaten, Jean *Letourneau*, mit übernommen wird. Zum neuen französischen Oberbefehlshaber in Indochina wird am 8. Mai General *Henri Navarre* ernannt.
6. General *Charles de Gaulle* gibt in einer Erklärung bekannt, daß seine Sammlungsbewegung (RPF) sich künftig nicht mehr am parlamentarischen Leben und an Wahlen beteiligen wird. Er stellt den bisherigen gaullistischen Abgeordneten ihre Entscheidung im Parlament frei, spricht ihnen aber das Recht ab, noch weiter im Namen der gaullistischen Bewegung zu handeln. Gleichzeitig erklärt der General, daß seine Bewegung ihren Feldzug zur Abschaffung des gegenwärtigen Regimes in Frankreich fortsetzen werde.
7. Die Regierung überreicht dem amerikanischen Botschafter eine Note, in der sie eine Anrufung der Vereinten Nationen wegen des Einfalls kommunistischer Streitkräfte in Laos ablehnt, da ein solcher Schritt eine Anerkennung der *Vietminh*-Truppen als kriegführende Macht bedeuten würde.
10. Nach Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten von Kambodscha wird in Paris eine Revision der zwischen beiden Ländern bestehenden Konventionen bekanntgegeben, die Kambodscha eine größere Selbständigkeit im Rahmen der Französischen Union verleiht.
12. Ministerpräsident *René Mayer* unterbreitet der Nationalversammlung seinen Plan zum Ausgleich des Budgets, der eine Einschränkung der Staatsausgaben um 100 Milliarden Francs und die Erhöhung einiger Steuern sowie der Tarife der Staatsbahnen vorsieht. Nachdem sich der Finanzausschuß am 13. Mai gegen diesen Plan ausgesprochen hat, wird der Ministerpräsident vom Kabinett ermächtigt, die Vertrauensfrage zu stellen.
13. Der Außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung beschließt, die Behandlung des EVG-Vertrages so lange zurückzustellen, bis die von Frankreich vorgeschlagenen Zusatzprotokolle unterzeichnet sind. Er fordert gleichzeitig die Regierung auf, sich für die Einberufung einer Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion einzusetzen.

### Großbritannien

20. Premierminister *Winston Churchill* begrüßt in einer Unterhausrede die Initiative Präsident *Eisenhowers* zur Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Initiative zu Gesprächen auf höchster Ebene führen werde. Das dringendste Anliegen sei die Herstellung eines ehrenvollen Waffenstillstandes in Korea.
- 21.—22. Sitzung des Exekutivkomitees und des Rates der Liberalen Weltunion in Manchester. In einer Resolution zur internationalen Lage werden die Friedensgesten der Sowjetunion begrüßt und als eine Rechtfertigung der Politik der Wiederaufrüstung der freien Welt bezeichnet. Die Weltunion befürwortet Besprechungen zwischen den Großmächten über die dringenden Probleme, darunter die Friedensverträge mit Oesterreich und Deutschland und die Abhaltung

freier Wahlen in den osteuropäischen Ländern. In einer weiteren Resolution wird der Führung der deutschen FDP das Vertrauen der Weltunion in ihre Fähigkeit ausgesprochen, sich gegen eine Unterwanderung durch illiberale Elemente zur Wehr zu setzen.

30. Nach einer mehrwöchigen Konferenz in London billigen Vertreter der britischen westindischen Kolonien einen Plan zur Errichtung einer Westindischen Föderation.
10. Der britische Hohe Kommissar in Deutschland, Sir *Ivone Kirkpatrick*, wird als Nachfolger von Sir *William Strang* zum Ständigen Staatssekretär im Außenministerium ernannt. Sein Nachfolger als britischer Hoher Kommissar in Deutschland wird Sir *Frederick Hoyer Millar*.
11. Staatsminister *Selwyn Lloyd* gibt dem Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Frankreich zur Fortsetzung der Besprechungen der Außenministerstellvertreter über den österreichischen Staatsvertrag eingeladen habe.
- 11.—12. Außenpolitische Debatte im Unterhaus. (Wortlaut der Rede von Premierminister Sir *Winston Churchill* auf S. 5738 dieser Folge.) In der Debatte unterstützt der Führer der Opposition, *Clement Attlee*, die Vorschläge des Premierministers. Er betont jedoch, vor einer Konferenz auf höchster Ebene müsse sichergestellt sein, daß Präsident *Eisenhower* dazu auch weitgehende Vollmachten mitbringe. In diesem Zusammenhang erklärt er, die amerikanische Regierung leite ihre Befugnisse aus einer auf einen isolationistischen Staat zugeschnittenen Verfassung ab, und es erhebe sich manchmal die Frage, ob Präsident *Eisenhower* oder Senator *McCarthy* mächtiger sei. *Attlee* fordert ferner mit Nachdruck die Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen nach dem Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea und die Hinzuziehung anderer kriegführender Mächte zu den Waffenstillstandsverhandlungen. Die Äußerungen *Attlees* führen zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Senator *McCarthy*, der sie am 14. Mai als einen billigen Angriff auf den amerikanischen Präsidenten und als eine der beleidigendsten Reden, die im Parlament eines Empfängerlandes der amerikanischen Hilfe gehalten wurden, bezeichnet. Darauf antwortet *Attlee* am gleichen Tage mit einer Erklärung, in der er betont, daß er die Vereinigten Staaten nicht angegriffen, sondern lediglich einige Tatsachen festgestellt habe. Er glaube nicht, daß irgend jemand in Großbritannien die Vereinigten Staaten nach Senator *McCarthy* beurteile.
- 13.—14. In London finden Wirtschafts- und Handelsbesprechungen des deutschen Vizekanzlers, *Franz Blücher*, und des Wirtschaftsministers *Ludwig Erhard* mit Schatzkanzler *Richard A. Butler* und Handelsminister *Peter Thorneycroft* statt. Es wird Uebereinstimmung über die weiteren Schritte in Richtung auf die Wiederherstellung der Konvertibilität der Währungen und auf den Abbau der Exportsubventionen erzielt.
14. Beginn eines Besuchs des deutschen Bundeskanzlers, *Konrad Adenauer*, in London. In einer Ansprache vor der Generalversammlung des Internationalen Presseinstituts weist der Bundeskanzler darauf hin, daß es eine falsche Ansicht sei, die Notwendigkeit der Inte-

gration Europas nur aus militärischen Erwägungen zu erklären. Die Tatsache, daß die Integration von der Sowjetunion bekämpft werde, beweise, daß die Konsolidierung Westeuropas die beste Sicherung gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus sei. Am 15. Mai beginnt der Bundeskanzler seine Besprechungen mit der britischen Regierung.

#### Oesterreich

21. Tod des Handelsministers Josef Bök-Greissau. Zu seinem Nachfolger wird am 28. April Landesrat Udo Illig (ÖVP) ernannt.
22. Der Nationalrat verabschiedet mit den Stimmen der Regierungsparteien die Verlängerung des Budgetprovisoriums, das sich auf die Budgetzahlen des vergangenen Jahres stützt, bis zum Ende des laufenden Jahres.

#### Sowjetunion

16. Die *Prawda* fordert in einem Leitartikel, daß in der Führung der KPdSU die Kollektivverantwortung an die Stelle autokratischer Entscheidungen treten müsse. Es gehe nicht an, daß einzelne Führer sich anmaßen, alles zu wissen und alles anzuordnen. Entscheidungen müßten sich auf die Erfahrungen vieler gründen.
18. Durch eine Rede des Ministerpräsidenten der Sowjetrepublik Georgien, *Bachradse*, wird bekannt, daß der georgische Sicherheitsminister, *Ruchadse*, und zwei

seiner Staatssekretäre verhaftet wurden. Ihnen wird vorgeworfen, die Rechte der Sowjetbürger mit Füßen getreten und nationale Feindschaft gesät zu haben, indem sie Unschuldige verhafteten. *Bachradse* gibt bekannt, daß die Betroffenen rehabilitiert wurden und daß einige von ihnen als Minister in die georgische Regierung aufgenommen wurden.

25. Artikel der *Prawda* zur Rede des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. Eisenhower (vgl. den Wortlaut des Artikels auf S. 5734 dieser Folge).
27. Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow antwortet auf ein Schreiben der Kommission des Völkerkongresses für den Frieden vom 27. März, in dem der Abschluß eines Friedenspaktes zwischen der Sowjetunion, der Chinesischen Volksrepublik, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen worden war. Molotow erklärt sich namens der Sowjetregierung mit diesem Vorschlag solidarisch und betont, daß die Sowjetunion mit allen Nationen zur Festigung des Friedens zusammenarbeiten wolle.

#### Tschechoslowakei

4. Eine allgemeine Amnestie wird bekanntgegeben, die einen weitgehenden Erlaß der Strafen von Jugendlichen, Frauen, Kranken und älteren Personen vorsieht. Sie findet auf Personen, die wegen Sabotage, politischer Verbrechen und staatsfeindlicher Betätigung bestraft wurden, keine Anwendung.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

27. In Kairo beginnen die Verhandlungen zwischen der ägyptischen und der britischen Regierung über die Räumung der Suezkanal-Zone. Ministerpräsident Mohammed Naguib erklärt dazu vor der Presse, Aegypten weigere sich, die Räumung der Kanalzone mit irgendwelchen Bedingungen verknüpfen zu lassen. Solange es nicht von fremden Truppen befreit sei, könne es nicht über andere Probleme verhandeln. Die Verhandlungen, die geheim geführt wurden, werden am 6. Mai auf unbestimmte Zeit vertagt.
- 7.—10. Außenministerkonferenz der Arabischen Liga in Kairo. In einer Verlautbarung nach Abschluß der Konferenz wird Aegypten die Unterstützung der arabischen Staaten in seinem Kampfe um die Räumung der Suezkanal-Zone zugesagt. Ferner fordern die Außenminister die Verwirklichung des Teilungsplanes der Vereinten Nationen für Palästina und die Rückführung der arabischen Palästina-Flüchtlinge. Auf der Konferenz werden außerdem Probleme der Sicherheit im Mittleren Osten im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles, erörtert.
- 11.—12. Besuch des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles. Nach seinen Besprechungen mit Ministerpräsident Mohammed Naguib erklärt Dulles, er stimme mit der ägyptischen Regierung darin überein, daß die Suezkanalzone nach und nach von ausländischen Truppen geräumt werden müsse, doch müsse

dafür gesorgt werden, daß die freie Welt im Falle eines Krieges Zugang zur Kanalzone habe. Ministerpräsident Naguib erklärt vor der Presse, Aegypten würde jede amerikanische Intervention bezüglich der britisch-ägyptischen Suezkanalverhandlungen ablehnen. Die Zeitung *Al Misri* übt am 12. Mai scharfe Kritik an Dulles, indem sie erklärt, seine Äußerungen über die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Suezkanal hätten bewiesen, daß er mit einer vorgefaßten Meinung nach Aegypten gekommen sei.

14. Ministerpräsident Mohammed Naguib erklärt zu der Unterhausrede des britischen Premierministers, Sir Winston Churchill, vom 11. Mai, sie stelle eine Bedrohung Aegyptens und der Araber dar. Am gleichen Tage erklärt der Berater des Ministerpräsidenten, Oberst Abdel Nasser, wenn die Kanalzone nicht innerhalb von zwei oder drei Monaten geräumt werde, werde das ägyptische Volk ein Weiterbestehen der britischen Stützpunkte nicht mehr erlauben.

#### AMERIKA

##### Argentinien

16. Nach einem Bombenattentat auf Staatspräsident Juan Perón kommt es zu schweren Ausschreitungen gegen Angehörige oppositioneller Parteien, bei denen Parteibüros und Klubhäuser niedergebrannt werden. In der folgenden Woche werden maßgebliche Persönlichkeiten der Opposition verhaftet. Am 1. Mai beschuldigt Präsident Perón in einer Rede im Parlament „ausländische imperialistische Kreise“, insbesondere die amerikanischen Nachrichtenagenturen, der Verantwortlichkeit



für die ungewöhnliche Lage in Argentinien. Am 7. Mai beschließt das Parlament eine Untersuchung der Tätigkeit der amerikanischen Agenturen.

#### Kanada

- 17.—18. Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird erklärt, daß die kanadische Regierung bereit sei, durch eine Ueberprüfung ihrer Einwanderungsbestimmungen ihr Möglichstes zur Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems beizutragen. Zu den sowjetischen Friedensgesten erklären beide Regierungen, daß die Friedensbereitschaft der kommunistischen Regierungen durch praktische Schritte zur Entspannung in Europa und im Fernen Osten belegt werden müsse. Ferner erklären sich beide Regierungen für die Ausweitung des multilateralen Handels und die Einführung der freien Konvertierbarkeit der Währungen.

#### Vereinigte Staaten

16. Rede Präsident *Eisenhower* vor der American Society of Newspaper Editors (vgl. den Wortlaut auf S. 5731 dieser Folge). Am 18. April nimmt Außenminister *Dulles* vor dem gleichen Forum nochmals zu den von Präsident *Eisenhower* dargelegten Prinzipien Stellung und erklärt, die Vereinigten Staaten planten nicht etwa größere Schwäche, sondern größere Stärke. Der Sowjetunion werde die Hoffnung genommen werden, die Stalin aussprach: daß die Gegner des Kommunismus sich untereinander bekämpfen würden. Deshalb werde die NATO weiterhin zu einer mächtigen Organisation ausgebaut werden. *Dulles* geht auf die Probleme des Fernen Ostens ein, der nun zu einer einzigen Front im Kampfe gegen den Kommunismus geworden sei und in Zukunft eine neue Einstufung in bezug auf Vorrang und Dringlichkeit erhalten werde. Auch im Mittleren Osten, der bisher vom Westen vernachlässigt worden sei, gelte es, der kommunistischen Infiltration Einhalt zu gebieten. Die amerikanische Regierung wünsche klarzustellen, daß sie sich mit dem Status quo, der die Versklavung von Hunderten von Millionen Menschen durch den Kommunismus bedeute, nicht abfinden werde. Die neuen sowjetischen Friedensgesten könnten sehr wohl bloße Taktik sein, sie seien aber auf jeden Fall ein Uebergang zur Defensive.

Beendigung von Wirtschaftsbesprechungen einer Mission der OEEC mit der amerikanischen Regierung (vgl. Kurzbericht auf S. 5745).

23. In Beantwortung des Schreibens Königin *Julianas* der Niederlande vom 27. März versichert Präsident *Eisenhower*, daß die Vereinigten Staaten sich an allen konstruktiven Plänen zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems beteiligen werden.
2. Präsident *Eisenhower* fordert den Kongreß in einer Botschaft auf, eine Kommission zur Ueberprüfung der Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten, insbesondere der Frage der Zolltarife, einzusetzen. Er erklärt in der Botschaft, die Vereinigten Staaten könnten durch eine Steigerung des zweiseitigen Handels und eine Belebung der Investitionstätigkeit im Ausland die gesamte freie Welt wesentlich stärken.
5. In einer Sonderbotschaft fordert Präsident *Eisenhower* den Kongreß auf, im kommenden Rechnungsjahre

5,828 Milliarden Dollar für die Auslandhilfe zu bewilligen, davon 5,25 Milliarden für militärische Hilfe. Außenminister *Dulles* erklärt dazu vor den Außenpolitischen Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses, daß die Kürzung um 1,77 Milliarden gegenüber dem von Präsident *Truman* vorgeschlagenen Auslandhilfeprogramm das Aeüßerste sei, was sich mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten vereinbaren lasse.

10. Außenminister *Dulles* und der Leiter der MSA, *Harold Stassen*, beginnen eine Informationsreise durch den Nahen und Mittleren Osten. Am 11. und 12. Mai wird Ägypten besucht (vgl. Ägypten), am 13. Mai Israel, am 14. Jordanien und am 15. Syrien. Die Reise wird fortgesetzt.
11. Rücktritt des Ständigen Vertreters der Vereinigten Staaten bei der NATO und Sonderbotschafters der MSA in Europa, *William Draper*.
12. Im Zuge einer Neubesetzung der Posten des Oberkommandos der amerikanischen Streitkräfte spricht Präsident *Eisenhower* folgende Ernennungen aus: Chef des Vereinigten Generalstabs: Admiral *Arthur W. Radford*, Stabschef des Heeres: General *Matthew B. Ridgway*, Stabschef der Kriegsmarine: Admiral *Robert B. Carney*, Stabschef der Luftstreitkräfte: General *Nathan F. Twining*.
13. Der Sprecher des Außenministeriums gibt eine Erklärung zu den Vorschlägen des britischen Premierministers, *Sir Winston Churchill*, in seiner Unterhausrede vom 11. Mai ab. Er betont, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung die Sowjetunion Gelegenheit habe, in Korea und in der Oesterreich-Frage ihre friedlichen Absichten unter Beweis zu stellen. Dies würde ein Treffen mit den Führern der Sowjetunion erfolgsversprechend machen. Im Senat übt am gleichen Tage der republikanische Senator *Knowland* Kritik an den Reden *Sir Winstons* und *Attlees*. Er erklärt, die Vereinigten Staaten sähen sich, falls sie Großbritanniens Rat nicht annehmen wollten, vor die Lage gestellt, im Fernen Osten allein weiterkämpfen zu müssen. Ihr Hauptverbündeter habe sich damit anderen Staaten angeschlossen, die schon längst ein fernöstliches „München“ befürworten. Ein solches werde aber mit Sicherheit zum dritten Weltkrieg führen. Die Vereinigten Staaten müßten die Lage in Europa und Asien einer gründlichen Ueberprüfung unterziehen, um zu wissen, auf wen sie zählen können, wenn die entscheidende Stunde kommt. Präsident *Eisenhower* wiederholt in seiner Pressekonferenz am 14. Mai die Erklärung des Außenministeriums, daß die Sowjetunion Beweise ihrer friedlichen Absichten geben müsse. In diesem Falle wäre er mit einer Konferenz der Regierungschefs der Großmächte einverstanden.

#### ASIEN

##### Chinesische Volksrepublik

28. Außenminister *Tschu En-lai* erklärt in einem Antwortschreiben an den Völkertag für den Frieden (vgl. dazu Sowjetunion), die chinesische Volksregierung sei zur friedlichen Lösung aller internationalen Streitfragen bereit und stimme dem Vorschlag eines Friedenspaktes der fünf Großmächte vorbehaltlos zu.



**Japan**

19. Aus den Wahlen zum Unterhaus geht wiederum die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Shigeru *Yoshida* als stärkste Partei hervor, sie erreicht jedoch mit 201 Sitzen nicht mehr die absolute Mehrheit. Die nächststarken Parteien sind die Progressisten mit 76, die Linksozialisten mit 72 und die Rechtssozialisten mit 66 Sitzen.

**Korea**

20. In Panmunjom beginnt der Austausch verwundeter und kranker Kriegsgefangener. Er wird am 4. Mai beendet, nachdem 684 Angehörige der UN-Streitkräfte gegen 6770 Nordkoreaner und Chinesen ausgetauscht wurden.
26. Nach sechsmonatiger Pause beginnen in Panmunjom wieder Waffenstillstandsverhandlungen über den letzten strittigen Punkt: den Austausch der Kriegsgefangenen.

**Laos**

7. Die bis in die Nähe der Hauptstadt Luang Prabang vorgedrungenen kommunistischen Vietminh-Truppen stellen ihren Vormarsch ein und ziehen sich an einigen Stellen bis zu 100 km zurück.
10. In dem von Vietminh-Streitkräften besetzten Gebiet konstituiert sich eine Gegenregierung unter Prinz *Souphanouvong*, die sich „Regierung des Freien Laos“ nennt.

**Pakistan**

17. Generalgouverneur *Ghulam Mohammed* enthebt Ministerpräsident *Khwaja Nazimuddin* seines Amtes und beauftragt den bisherigen Botschafter in Washington, *Mohammed Ali*, mit der Bildung einer neuen Regierung. In einem Kommuniqué wird dazu erklärt, das Kabinett *Nazimuddin* sei nicht imstande gewesen, mit den Schwierigkeiten fertigzuwerden, denen sich das Land gegenübersteht. *Nazimuddin*, der sich zunächst weigert zurückzutreten, erkennt am 19. April seine Amtsenthebung an.

Organisation der Vereinten Nationen

**Vollversammlung**

*Plenum*

18. Einstimmige Billigung der Korea-Resolution (Inhalt vgl. Politische Ausschüsse).
23. Das Plenum billigt gegen die fünf Stimmen des Sowjetblocks die Resolution über die Untersuchung der angeblichen Verwendung bakteriologischer Kampfmittel in Korea und einstimmig die Resolution über die nationalchinesischen Truppen in Burma (Inhalt beider Resolutionen vgl. Politische Ausschüsse). Danach beendet die Vollversammlung ihre diesjährige Sitzungsperiode und beschließt, wieder zusammenzutreten, wenn die Lage in Korea dies erfordern sollte.

*Politische Ausschüsse*

16. Annahme der Resolution über Korea. In ihr wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen in Panmunjom zum baldigen Abschluß eines Waffenstillstands führen, und beschlossen, die Vollversammlung wieder einzuberufen, sobald der Waffenstillstand unterzeichnet ist oder andere Entwicklungen in Korea es erfordern.
20. Die von den Vereinigten Staaten geforderte Resolution über die Untersuchung der angeblichen Verwendung bakteriologischer Kampfmittel in Korea wird gegen die Stimmen des Sowjetblocks angenommen. Durch die Resolution wird eine aus fünf Staaten bestehende Untersuchungskommission gebildet, und alle beteiligten Regierungen werden aufgefordert, der Untersuchung zuzustimmen.

21. Auf die Beschwerde Burmas über die Anwesenheit nationalchinesischer Truppen in seinem Staatsgebiet wird eine Resolution angenommen, in der die Anwesenheit dieser Truppen verurteilt und ihre Entwaffnung angeordnet wird. Die beteiligten Regierungen werden aufgefordert, Verhandlungen über den friedlichen Abzug der Truppen aufzunehmen.

**Wirtschafts- und Sozialrat**

28. Beendigung der am 31. März begonnenen 15. Voll-sitzung des Rates. Der Ratspräsident, *Raymond Scheyven* (Belgien), hebt in seiner Schlußansprache hervor, daß der Rat seine Aufgaben in einer Atmosphäre der Entspannung habe erledigen können. Er weist auf die großen Aufgaben hin, die sich aus einer möglichen Verringerung der Rüstungslasten und dem Übergang zur Friedenswirtschaft ergeben könnten.

*Wirtschaftskommission für Europa (ECE)*

25. Beendigung der Ost-West-Handelsbesprechungen in Genf, die am 13. April auf Beschluß der 8. Tagung der ECE eröffnet worden waren. Bei den Verhandlungen, an denen neben den Mitgliedstaaten der ECE auch Vertreter der meisten europäischen Länder, die nicht Mitglieder der UN sind, teilnahmen, wurden zunächst gemeinsam finanzielle, wirtschaftliche und technische Fragen des Ost-West-Handels erörtert. Anschließend daran fanden bilaterale Verhandlungen über konkrete Möglichkeiten von Handelsgeschäften statt, und in der Schlußphase wurden praktische Maßnahmen zur Förderung des Ost-West-Handels durch die ECE behandelt.



## Bücher und Broschüren

Ammon, Kurt: Die weltwirtschaftliche Verflechtung der Sowjetunion bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Reihe Wirtschaft und Recht, Heft 6. Volkswirtschaftliche Folge Nr. 2, herausgegeben von Professor Dr. Karl C. Thalheim. Vervielfältigt 45 S. mit IX Tabellen.

Mit diesem zweiten Heft der volkswirtschaftlichen Folge vermittelt das Osteuropa-Institut einen Einblick in die weltwirtschaftliche Verflechtung der Sowjetunion in der Zeit zwischen dem Beginn der Fünfjahrplan-Politik und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Der Aufbau einer sozialistischen Kultur. Schriftenreihe „Der Fünfjahrplan“ Heft 16. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1952. 223 S. DM 2.80.

Auf dem Wege zur Kolchase. Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. 40 S. mit 12 Tabellen.

Beiträge zur Moskauer Weltwirtschaftskonferenz. 17. Beiheft zur „Sowjetwissenschaft“. Herausgeber: Jürgen Kuczynski und Wolfgang Steinitz. Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Berlin: Verlag Kultur und Fortschritt 1952. 154 S. DM 2.30.

Der Bund deutscher Jugend und sein „Technischer Dienst“. Sopade Informationsdienst, Denkschriften Nr. 50. Bonn: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vervielfältigt 60 S.

Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen. Einleitung u. Bearbeitung: Dr. Wilhelm Turnwald. Zweite Auflage. München: Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen 1951. XXIX/590 S.

Economic Survey of Asia and the Far East 1951. Prepared by the Secretariat of the Economic Commission for Asia and the Far East. New York: United Nations Department of Economic Affairs 1952. XXIX/400 S. Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden. \$ 2,50.

Dieser vom Sekretariat der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und dem Fernen Osten (ECAFE) veröffentlichte fünfte Jahresbericht behandelt die wirtschaftliche Entwicklung in Brunei, Burma, Ceylon, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Korea, Laos, der Malayischen Föderation, Nepal, Nord-Borneo, Pakistan, den Philippinen, Sarawak, Singapore, Thailand und Vietnam während des Jahres 1951. Der erste Teil des Berichts befaßt sich mit der Erzeugung von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Fertigwaren, während der zweite Teil die Probleme des internationalen Handels und der Zahlungsbilanzen behandelt. Der dritte Teil ist den monetären Fragen (Geld, Finanzen und Preise) gewidmet. Neben der Fülle des sonst kaum erreichbaren statistischen Materials für diese Gebiete ist vor allem das umfangreiche Register hervorzuheben, das die Arbeit mit dem Bericht wesentlich erleichtert.

Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik Band 1: Entscheidungen in Zivilsachen. Heft 2. Herausgegeben vom Obersten Ge-

richt. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag o. J. 182 S. DM 2.70.

A General Economic Appraisal of Libya. Prepared by Mr. John Lindberg, Expert Appointed by the Technical Assistance Administration of the United Nations. New York: United Nations Technical Assistance Administration 1952. VI/55 S. Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden. \$ 0,60.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Lichte Aleksander Brueckners. Einleitung, Uebersetzung und Anmerkungen von Bolko Freiherr von Richt-hofen. Herausgegeben vom „Freiheitsbund Deutsch-Polnische Freundschaft“. Rendsburg: Heinrich Möller Söhne G. m. b. H. 1953. 24 S.

Groß, Hermann: Nah- und Mittelost als Handelspartner Deutschlands. Uebersee-Schriftenreihe Heft 1. Hamburg: Uebersee-Verlag 1953. 34 S. DM 2.—.

Jones, S. W.: Public Administration in Malaya. Published in co-operation with the International Secretariat, Institute of Pacific Relations. London u. New York: The Institute of International Affairs 1953. VIII/229 S. 15s. net.

Kirk, George: The Middle East in the War. Survey of International Affairs 1939—1946. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London: Oxford University Press 1952. 511 S.

Das Werk befaßt sich in erster Linie mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, während die militärischen Ereignisse nur insoweit erwähnt werden, als sie für das Verständnis der politischen Entwicklung erforderlich sind. Ein Ueberblick des Geschehens im Mittleren Osten während der Kriegsjahre, in so gut dokumentierter Form, wie er hier geboten wird, kann viel dazu beitragen, Probleme, wie das britisch-ägyptische Verhältnis oder die Probleme Persiens und Palästinas, in das rechte Licht der Geschichte zu rücken.

Leibholz, Gerhard: Der Strukturwandel der modernen Demokratie. Vortrag, gehalten in der Juristischen Studiengesellschaft in Karlsruhe am 30. April 1952. Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe Heft 2. Karlsruhe: Verlag C. F. Müller 1952. 38 S.

Mattern, Karl-Heinz: Die Exilregierung. Eine historische Betrachtung der internationalen Praxis seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges und deren völkerrechtliche Wertung. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1953. VII/78 S. Brosch. DM 7.80.

Der Verfasser des vorliegenden Buches schildert zunächst die politischen Ereignisse, sichtet sie sodann vom völkerrechtlichen Standpunkt aus und legt schließlich die neuen Völkerrechtssätze dar, die sich hinsichtlich der Exilregierung gebildet haben. Das Buch will den Blick auf ein bisher wenig beachtetes Gebiet des Völkerrechts lenken, ist jedoch gleichzeitig, da es die Geschichte der Exilregierungen bis zu unseren Tagen materialreich darstellt, gleichsam ein Nachschlagewerk für den außenpolitisch Interessierten.

Mobilization of Domestic Capital in Certain Countries of Asia and the Far East. Prepared by the Secretariat of the Economic Commission for Asia and the Far East. Bangkok: United Nations Department of Economic Affairs, ECAFE 1951. XII/240 S. Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden. \$ 1,50.



Das Problem der Finanzierung und wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Asiens und des Fernen Ostens zählt mit zu den Aufgaben, denen sich die ECAFE widmet. Ueber die in diesem Zusammenhang besonders wichtige Frage der Mobilisierung eigener finanzieller Hilfsquellen sind von den in den Bereich der ECAFE fallenden Ländern bisher nur sehr spärliche Informationen bekanntgeworden. Die ECAFE hat daher eine diesbezügliche umfassende Umfrage veranstaltet, deren Ergebnisse nun in einem Bericht an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen veröffentlicht wurden. Der Bericht stützt sich im wesentlichen auf die Länderstudien des Sekretariats der ECAFE und der Untersuchungen des Weltwährungsfonds.

Müller-Ohlsen, Lotte: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Frankreichs. Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Heft 22. Kiel 1952. VII/205 S.

Preller, Hugo: Geschichte Englands. Teil I: bis 1815. 3. stark umgearbeitete Auflage. Berlin: Walter de Gruyter & Co. 1952. 135 S. DM 2.40.

Rumpf, Hans: Der hochrote Hahn. Darmstadt: Verlag E. S. Mittler & Sohn G. m. b. H. 1952. 167 S.

Eine Schilderung der Entwicklung und Folgen des modernen Luftkrieges mit statistischen Angaben über die Verluste der Zivilbevölkerung, die Materialverluste und die während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland vernichteten Kulturgüter.

SBZ von A—Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag 1953. 173 S.

Serbanesco, D. G. R.: Ciel Rouge sur la Roumanie. Mit einem Vorwort von Marceau-Pivert. Paris: Sipuco 1952. 309 S.

Stammer, Otto: Der kleine Mann in der Sowjetzone. Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin. Berlin: Gebrüder Weiß Verlag 1953. 22 S.

Verfassung und Verwaltung in Theorie und Wirklichkeit. Festschrift für Herrn Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Laforet anlässlich seines 75. Geburtstages. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e. V. in Mainz, Band 3. München: Isar Verlag 1952. XIX/475 S.

Dieser Sammelband ist mit seinen 21 Einzelbeiträgen der Bedeutung des überpositiven Rechts in der geschrie-

benen Verfassung, Problemen des Verfassungswandels, Fragen aus der föderativen Struktur des Grundgesetzes, des Verwaltungsrechts, insbesondere des Kommunalrechts, sowie Einzelproblemen des supranationalen und völkerrechtlichen Bereichs gewidmet.

Herausgegriffen seien hier lediglich die Beiträge von Hollós über „Die katholische Weltkirche und ihre Diplomatie“ und von Menzel über „Die Privilegien der internationalen Funktionäre“. Hollós legt die Stellung des Papstes mit theologisch-kirchenrechtlicher Begründung und unter Würdigung der internationalen bzw. völkerrechtlichen Postulate dar. Menzel geht davon aus, daß das Aufkommen der internationalen Organisationen neue Schnittpunkte zwischen ihren Rechtsträgern und den innerstaatlichen Rechtsordnungen bringt, und zeigt Lösungen und Tendenzen für diesen Bereich an dem Ausschnitt des Privilegienrechts dieser Organisationen auf. Das Ergebnis erweist, daß weithin Uebereinstimmung etwa zwischen dem Bereich der Vereinten Nationen und dem der Organisationen zur europäischen Integration besteht. Der Verfasser sieht voraus, daß das innere Spannungsverhältnis zwischen den Bestrebungen der neuen Organisationen auf Freistellung von staatlichen Normen einerseits und den staatlichen Notwendigkeiten andererseits auch zum Entstehen eines internationalen Beamtenrechts neben dem vornehmlich nur gewohnheitsrechtlich geregelten Diplomatenrecht führen muß.

Die Weltwirtschaft — Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1952 Heft 2. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Kiel 1952. 112 S. mit statistischem Anhang.

Im Anschluß an einen weltwirtschaftlichen Ueberblick werden in einem allgemeinen Teil die Themen Arbeitspotential und Beschäftigung, industrielle Produktion, Welternährungslage, öffentliche Finanzen, Weltwarenmärkte, Preise und Löhne, Lagerbewegung, Welthandel, Zahlungsbilanzen und Dollarproblem erörtert. Weitere Teile der Veröffentlichung sind den Länder- und Marktberichten gewidmet. Ein umfangreicher statistischer Teil ist als Anhang beigegeben.

World Production of Raw Materials. Information Papers No. 18. London u. New York. The Royal Institute of International Affairs 1953. 104 S.

Die erstmals im Jahre 1941 veröffentlichte Studie wird nun in ergänzter und überarbeiteter Form vorgelegt. Neben den äußerst wertvollen statistischen Zusammenstellungen verdient die von Ronald Brech vom Londoner *Economist* geschriebene Einleitung besondere Erwähnung. Brech befaßt sich hier unter anderem auch mit den Experimenten internationaler Zusammenarbeit auf dem Sektor der Rohstoffe.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2.50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzodenweg 80, Basel.